

# **RUNDBRIEF JUNI 2024**

**THEMENKOORDINATIONSGRUPPE  
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



# VORWORT

Liebe Rundbrief-Leser\*innen,

zur Situation indigener Völker zeigt sich, dass diese zunehmend bedroht sind, ihre Kultur und Identität zu verlieren, sie zum Teil Gewalt erleben und von ihren Territorien vertrieben werden. In vielen Staaten herrscht eine große Diskrepanz zwischen dem genehmigten staatlichen Vorgehen international agierender Rohstoffkonzerne und der Umsetzung indigener Rechte. Wie Amnesty International beobachtet, wird dabei auch das Mittel einstweiliger Verfügungen genutzt, um entsprechende Projekte gegen den Widerstand indigener Gemeinschaften durchzusetzen bzw. ihr Recht auf Zustimmung zu ignorieren. Wir berichten darüber anhand von Beispielen aus Kanada, Guatemala, Ecuador, Kolumbien, Finnland und in diesem Zusammenhang auch beispielhaft über den Lithiumabbau in Lateinamerika.

An dieser Stelle möchten wir dem Kollektiv Ma'alob Cuxta aus Mexiko danken, das uns im Auftrag des Rates der Gemeinde Ixil einen Bericht über die Verteidigung ihres angestammten Territoriums geschickt hat.

Vor dem Hintergrund der Vertreibung der indigenen Ogiek in Kenia zur Schaffung neuer Schutzgebiete erscheint uns das seitens des UN-Sonderberichterstatters für die Rechte indigener Völker in Erwägung gezogene Moratorium für die Kohlenstoffmärkte erwähnenswert. Chris Chapman, Berater von Amnesty International für die Rechte indigener Völker, sagt dazu: *„Das System der Kohlenstoffmärkte weist unzureichende Menschenrechts- und Umweltschutzgarantien auf, sodass es missbraucht werden kann und der Industrie für fossile Brennstoffe und anderen großen Umweltverschmutzern einen Mechanismus bietet, ihre schädlichen Aktivitäten fortzusetzen.“*

Die Rechte indigener Völker sind aber auch in Gefahr, wenn es um die Umsetzung des internationalen Artenschutzabkommens geht, wie das Beispiel Mexiko zeigt.

Wir berichten außerdem über die dramatische Menschenrechtslage für Indigene in der DR Kongo und in Bangladesch.

Es gibt aber auch erfreuliche Nachrichten: Der brasilianische Staat hat die Verbrechen an der indigenen Volksgruppe der Krenak und der Guarani-Kaiowá während der Diktatur erstmals anerkannt und sich bei den Angehörigen der Opfer für Verfolgung und Mord entschuldigt. In Peru machen sich indigene Gemeinschaften für die Selbstverwaltung ihrer Territorien im Amazonasgebiet stark. In Tansania erreichten die Massai vor Gericht, dass sich die Regierung für die Vertreibungen im Jahr 2017 verantworten muss.

Sie finden in unserem Rundbrief auch wieder einige Aktionen zum Mitmachen sowie interessante Buch- und Filmtipps.

**Und nun noch ein Hinweis in eigener Sache:**

**In Zukunft wird unser Rundbrief nur noch einmal im Jahr in den Sommermonaten erscheinen. Wir werden aber aktuelle Berichte auf unserer Webseite <https://amnesty-indigene.de/> und per Onlinebrief veröffentlichen.**

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine spannende Lektüre und eine gute und entspannte Sommerzeit!

Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

# INHALT

|                                 |    |
|---------------------------------|----|
| Vorwort                         | 2  |
| Impressum                       | 3  |
| UNESCO: Schweigen ist Mitschuld | 4  |
| COP15                           | 7  |
| Kanada                          | 9  |
| USA                             | 18 |
| AI-Broschüre zu Indigenen       | 20 |
| Rohstoff-Abbau in Lateinamerika | 21 |
| Mexiko                          | 23 |
| Guatemala                       | 31 |
| In eigener Sache                | 33 |
| Honduras                        | 34 |
| Kolumbien                       | 36 |
| Ecuador                         | 38 |
| Peru                            | 41 |
| Tansania                        | 45 |
| Kenia                           | 47 |
| DR Kongo                        | 49 |
| Bangladesch                     | 50 |
| Malaysia                        | 55 |
| Australien                      | 56 |
| Finnland                        | 58 |
| Buchtipps                       | 63 |
| Filmtipps                       | 67 |
| Indigene Kunst                  | 71 |

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker  
Marianne Kersten · marianne.kersten@amnesty-indigene.de  
Rosemarie Hofstetter · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.  
[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de); [www.amnesty-indigene.de](http://www.amnesty-indigene.de)

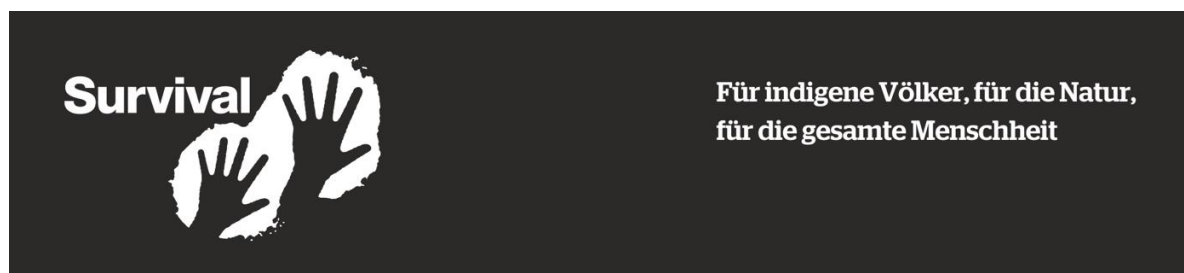
SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX  
Gruppe 2915

# UNESCO: SCHWEIGEN IST MITSCHULD!

Mit dieser Social-Media-Aktion weist Survival International auf die Verantwortung und Mitschuld der UNESCO hin, wenn Indigene aus ihrem angestammten Land, das einen UNESCO Welterbe-Status besitzt, mit Waffengewalt vertrieben und Frauen und Kinder vergewaltigt oder missbraucht werden.

Einen ausführlichen Bericht finden Sie z. B. über den Link auf der nächsten Seite: [UNESCO hat die Vertreibung der Massai](#). Hier wird exemplarisch über die Situation der Indigenen in Thailand, Indien, Nepal, Tansania, der Republik Kongo und der Demokratischen Republik Kongo berichtet, die in einem zum UNESCO Welterbe ernannten Gebiet leben, gewaltsam vertrieben werden.



## Triggerwarnung:

*Im folgenden Text werden die Folgen von sexualisierten Gewalthandlungen für die Betroffene geschildert, die belastend und retraumatisierend sein können.*

Seien es der Taj Mahal, Stonehenge oder die Chinesische Mauer – die wertvollsten Stätten der Menschheit werden von der UNESCO als „von außergewöhnlichem universellem Wert“ anerkannt. Um sie zu schützen, erhalten sie den Status eines Welterbes.

Nicht alle diese Stätten sind laut UNESCO von Menschen geschaffen – einige, die die Organisation „Naturerbe“ nennt, sind Orte, die sie für „natürliche“ Umgebungen hält, wie Regenwälder oder Savannen. Doch wie bei so vielen sogenannten „Wildnissen“ handelt es sich auch hier in Wirklichkeit um das Zuhause von Menschen.

Die riesige Ngorongoro-Region in Tansania oder der Odzala-Kokoua-Nationalpark im Kongo sind zwei solche Beispiele.

Doch dies sind keine friedlichen Orte. Die indigenen Völker, deren Wissen, Fähigkeiten und Sorgfalt für die Entstehung dieser Orte so wichtig waren, werden brutal vertrieben, um eine falsche Vorstellung von „unberührter Natur“ zu schaffen. Ihr Land ist zum Kriegsgebiet geworden.

[Teile unser neues Video](#)



In Ngorongoro leiden Tausende Massai unter Repressionen und dem Entzug grundlegender Dienstleistungen seitens der Behörden. Dadurch versucht die tansanische Regierung, sie von ihrem angestammten Land zu vertreiben. Die [UNESCO hat die Vertreibung der Massai](#), die seit Generationen dort leben, ausdrücklich unterstützt.

Etwas mehr als tausend Kilometer entfernt wurde der Odzala-Kokoua-Nationalpark im Kongo im vergangenen Jahr von der UNESCO zum Welterbe ernannt, obwohl der Park bereits für schreckliche Misshandlungen durch Parkwächter\*innen an den indigenen Baka berüchtigt war. Sie vertrieben das Jäger- und Sammler\*innen-Volk brutal aus seinem Wald, der seit Generationen sein Zuhause ist. Baka-Angehörige wie Ella Ene leiden noch heute unter den Folgen: „Seit ich vergewaltigt wurde, fühle ich mich nicht gut, irgendetwas stimmt nicht mit meinem Körper. (...) Es ist die ganze Zeit in meinem Kopf. Ich sehe immer wieder die Szene der Vergewaltigung, wie sie passiert ist.“

**Schaue das Video an und teile es**

Der Missbrauch, der von Regierungen und großen Naturschutzorganisationen gegen die rechtmäßigen indigenen Besitzer\*innen dieser Gebiete begangen wird, erhält von der UNESCO einen Anstrich von Legitimität.

Das ist gefährlich: Orten wie diesen, an denen Häuser niedergebrannt, Menschen mit Waffengewalt vertrieben und Frauen und Kinder vergewaltigt oder missbraucht werden, sollte der Welterbestatus entzogen werden. Die UNESCO sollte stattdessen Naturschutz fördern, der auf der vollständigen Anerkennung der Landrechte indigener Völker beruht – nur das wird langfristig etwas bewirken.

Wenn du auch dieser Meinung bist, teile bitte unser neues [Video](#) in den sozialen Medien. Markiere dabei die UNESCO (@unesco) und benutze den Hashtag #DecolonizeUNESCO.

Herzlichen Dank!

Fiore Longo

Leiterin der Survival-Kampagne zur Dekolonisierung des Naturschutzes

**Survival International**

PS: Falls du keine sozialen Medien nutzt und diese [E-Mail für die Baka](#) noch nicht verschickt hast, freuen wir uns, wenn du es heute noch tust und sie in deinem Freundes- und Bekanntenkreis teilst. Danke! Außerdem kannst du unsere neue [Webseite](#) besuchen, falls du mehr erfahren möchtest.

Mit freundlicher Genehmigung von Survival International

# COP15

## PLÄNE ZUR ÜBERWACHUNG DES GLOBALEN ARTENSCHUTZABKOMMENS GEFÄHRDEN RECHTE INDIGENER VÖLKER

Die Teilnehmer\*innen der internationalen COP15-Artenschutzkonferenz einigten sich 2022 in Montreal (Kanada) auf das Global Biodiversity Framework<sup>1</sup>, um die Krise der biologischen Vielfalt zu überwinden, das Überleben der Arten zu sichern und das Aussterben zu verhindern.

Dieses Rahmenwerk enthält eine Reihe ehrgeiziger Ziele. Danach sind 30 % der weltweiten Land- und Meeresflächen bis 2030 zu schützen. Im Zentrum steht das sogenannte 30x30-Ziel 3, das eine enorme Ausweitung der ausgewiesenen Schutzgebiete erfordert und die Staaten verpflichtet, die Rechte indigener Völker auf ihr Land und ihr kulturelles Erbe zu schützen und die Zustimmung zu allen Projekten auf ihrem Land einzuholen.

Im Mai 2024 trafen sich in der kenianischen Hauptstadt Nairobi die Vertragsstaaten, um sich auf einen Rahmen zur Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele des *Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework* (KMGBF) zu einigen.

In einer Presseerklärung vom 10. Mai 2024 erklärte Amnesty International, dass die Vorschläge zur Überwachung des internationalen Artenschutzabkommens das Risiko in sich bergen, die Rechte indigener Völker und aller betroffenen Gemeinschaften zu untergraben. Sie sollten geändert werden, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte in vollem Umfang gewahrt und geschützt werden. Die derzeitigen Pläne eignen sich nicht zur Beurteilung, ob die Rechte der ursprünglichen Bewohner\*innen des Landes geschützt werden.

Chris Chapman, Berater für die Rechte indigener Völker von Amnesty International, sagte:

***„Wir sind besorgt, dass der vorgeschlagene Überwachungsrahmen weder die Rechte der indigenen Völker angemessen schützt noch die wesentliche und einzigartige Rolle anerkennt, die diese Gemeinschaften bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt spielen. Dies birgt die Gefahr, dass die Methoden des ‘Fortress Conservation’<sup>2</sup> gefördert werden, bei denen die ursprünglichen Bewohne\*innen, bei denen es sich häufig um indigene Völker handelt, gewaltsam aus Schutzgebieten vertrieben werden.“<sup>3</sup>***

---

<sup>1</sup> UN environment programme, Convention on Biological Diversity, Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework, December 19, 2022, <https://www.cbd.int/doc/decisions/cop-15/cop-15-dec-04-en.pdf>

<sup>2</sup> Das Modell der sog. „Fortress Conservation“ basiert auf der Überzeugung, dass der Erhalt der Biodiversität am besten durch die Einrichtung von Schutzgebieten erreicht wird, in denen Ökosysteme ohne die Störung von Menschen funktionieren.

<sup>3</sup> Amnesty International, „Plans to monitor Global Biodiversity Framework risk harming the rights of Indigenous Peoples“ May 10, 2024, <https://www.amnesty.ca/human-rights-news/global-biodiversity-framework-indigenous-rights/>

In dem Rahmenwerk von 2022 wird bestätigt, dass das Land und die Gebiete indigener Völker und lokaler Gemeinschaften als eine eigene Kategorie von Schutzgebieten eingestuft werden sollten. Allerdings werden sie in dem vorgeschlagenen Überwachungsplan derzeit nicht als eine von staatlichen Naturschutzprojekten getrennte und eigenständige Kategorie anerkannt und verfolgt. Das muss in Nairobi korrigiert werden, so Amnesty International, und veröffentlichte eine Reihe von Empfehlungen<sup>4</sup> zur Überwachung des *Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework*.

Indigene Völker und lokale Gemeinschaften haben vier Indikatoren für „traditionelles Wissen“ vorgeschlagen, die in den Überwachungsplan aufgenommen werden sollen. Es geht dabei um die Bewertung, wie gut die Kulturen und Gesellschaften der Gemeinschaften florieren und was die Staaten tun, um ihre Landrechte zu schützen und sie an Entscheidungen zu beteiligen. Mit entsprechenden Maßnahmen soll der Erhalt traditioneller Berufe überprüft werden, ferner die Nutzung indigener Sprachen, Veränderungen in der Landnutzung und im Landbesitz sowie die Beurteilung staatlicher Politik zum Schutz traditionellen Wissens und zur Einbeziehung indigener Völker in Entscheidungsprozesse.

Chris Chapman sagte: *„Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften vorgeschlagenen Indikatoren für traditionelles Wissen in den Überwachungsplan aufgenommen werden, zumal sie den Fortschritt des Abkommens viel besser beurteilen können und gleichzeitig ihre Rechte schützen. Amnesty International hat sich stets dafür eingesetzt<sup>5</sup>, dass die Rechte der indigenen Völker im Mittelpunkt des internationalen Rahmenwerks für biologische Vielfalt stehen müssen.“<sup>6</sup>*

*„Es ist wichtig, dass die gewählten Überwachungsindikatoren den besonderen Charakter der indigenen Gebiete und den entscheidenden Beitrag der indigenen Völker zum Naturschutz widerspiegeln. Eine Studie nach der anderen hat gezeigt, dass indigene Gemeinschaften die erfolgreichsten Hüter\*innen der natürlichen Umwelt sind, da etwa 80 % der verbleibenden weltweiten biologischen Vielfalt auf dem Land indigener Völker zu finden sind.“<sup>7</sup>*

Am Beispiel Mexiko berichten wir auf Seite 23 von einem diesbezüglichen Konflikt zwischen indigenen Gemeinschaften und der Regierung des Landes.

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>4</sup> Amnesty International, Recommendations on the monitoring of the Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework, May 9, 2024, <https://www.amnesty.org/en/documents/ior40/8039/2024/en/>

<sup>5</sup> Amnesty International, Biodiversity: A COP15 deal must recognize Indigenous peoples as custodians of conservation, December 15, 2022, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/12/biodiversity-a-cop15-deal-must-recognize-indigenous-peoples-as-custodians-of-conservation/>

<sup>6</sup> Amnesty International, “Plans to monitor Global Biodiversity Framework risk harming the rights of Indigenous Peoples” May 10, 2024, <https://www.amnesty.ca/human-rights-news/global-biodiversity-framework-indigenous-rights/>

<sup>7</sup> ebd.



# KANADA

Amnesty Journal – 03/2024

## KRIMINALISIERT, WEIL SIE IHR LAND SCHÜTZEN

**SEIT JAHRZEHNTE WEHREN SICH INDIGENE IN NORDAMERIKA GEGEN DEN BAU NEUER GAS- UND ÖLPIPELINES AUF IHREM LAND. TROTZ ALLER PROTESTE UND WARNUNGEN WIRD WEITER GEBAUT UND GEFÖRDERT.**

Von Marianne Kersten

In den USA fordern Indigene der Anishinaabe Nation seit Jahrzehnten die Stilllegung der 71 Jahre alten Ölpipeline 5 des kanadischen Großkonzerns Enbridge Energy. Sie verursachte in der Vergangenheit mehr als 30 Ölunfälle, bei denen über eine Million Liter Giftstoffe in die Umwelt gelangten.

In Kanada betont die Regierung zwar die guten Beziehungen zu den indigenen Völkern, genehmigt und finanziert aber gleichzeitig umweltzerstörende Megaprojekte zur Weiterleitung von Rohstoffen, die zudem ohne die vorgeschriebene „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ indigener Gemeinschaften durchgeführt werden. Dabei werden Wälder zerstört, die indigene Lebensweise eingeschränkt und Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen.

Zum Schutz ihres Territoriums wehren sich die Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en in der kanadischen Provinz British Columbia gegen den Bau der Flüssiggas-Pipeline Coastal GasLink des kanadischen Unternehmens TC Energy, die durch ihr angestammtes Land verläuft und inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Um Proteste der Indigenen und ihrer Unterstützer\*innen zu erschweren und den Pipelinebau durchzusetzen, beantragte die Firma eine einstweilige Verfügung beim Supreme Court of British Columbia, die im Jahr 2019 auch gewährt wurde.

Damit wurde die Fortsetzung des Baus ohne die Zustimmung der Wet'suwet'en möglich. Zudem enthält die Verfügung Vollstreckungsklauseln, wonach Personen, die sich den Baustellen nähern oder Straßen blockieren, in Haft genommen werden können. Für die Wet'suwet'en bedeutet die Verfügung eine Beschränkung ihrer Rechte auf territoriale Selbstverwaltung und ihrer Versammlungs- und Bewegungsfreiheit.

**„Die Verfügung ist in meinen Augen ein juristisches Mittel für die Regierung und die Industrie, um uns zu ignorieren, zu vertreiben oder zu kriminalisieren“,** sagte Freda Huson, weibliches Oberhaupt der Wet'suwet'en.

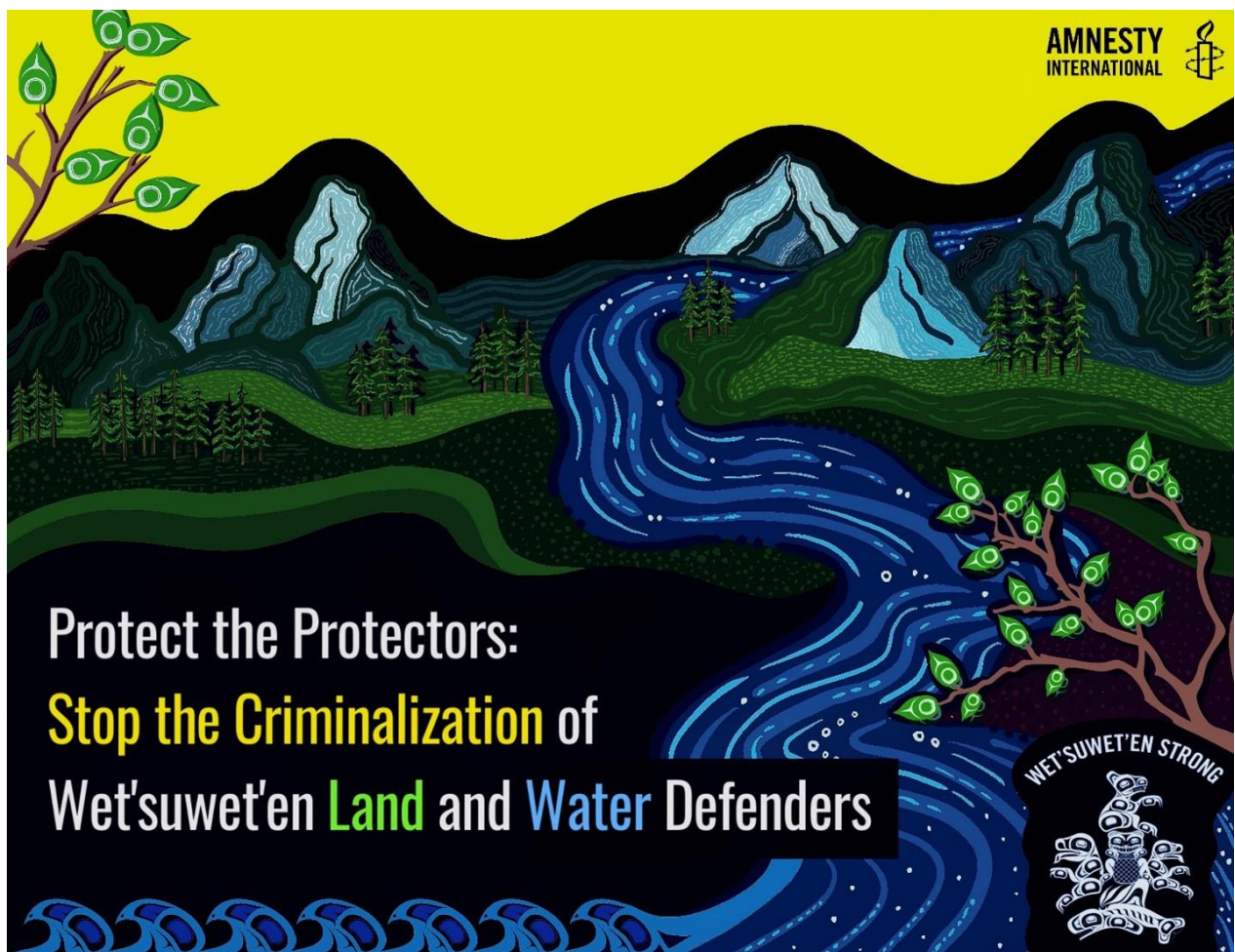
### PERMANENTE ÜBERWACHUNG

Außerdem werden die Wet'suwet'en von der permanent anwesenden kanadischen Polizei und Sicherheitskräften des Pipeline-Unternehmens rechtswidrig überwacht, rassistisch diskriminiert und eingeschüchtert. Bei vier groß angelegten Razzien zwischen 2019 und 2023 ging die Polizei mit unverhältnismäßiger Härte vor und rechtfertigte dies mit der einstweiligen Verfügung. Sie war mit Hubschraubern, Scharfschützen und Hundestaffeln vor Ort, drang gewaltsam in Häuser ein und schüchterte unbewaffnete und friedliche Protestierende ein. Es kam zu rassistischen und sexualisierten Beleidigungen und aggressiven Übergriffen durch maskierte Beamt\*innen, die sich weigerten, sich auszuweisen.

Mehr als 75 Personen wurden während der Razzien willkürlich inhaftiert. Entgegen internationaler Menschenrechtsstandards befanden sich einige von ihnen mehrere Tage lang in Gewahrsam, bevor sie einen Haftrichter zu sehen bekamen. Die Landrechtsverteidiger\*innen wurden in der Haft unzureichend versorgt und hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten, einen Rechtsbeistand zu konsultieren. Die Indigenen unter ihnen wurden rassistisch diskriminiert: Anders als die Nicht-Indigenen wurden sie an Händen und Füßen gefesselt und mussten in langen Unterhosen im Gerichtssaal erscheinen.

Im Januar 2024 sprach der Supreme Court of British Columbia drei Personen wegen Missachtung der einstweiligen Verfügung schuldig. Ihnen drohen 30 Tage Haft. Trotz des Schuldspruchs dauert das Verfahren an, da das Gericht nun Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen während der Polizeirazzien, der Festnahmen und in der Haft prüft. Amnesty International hat den Schuldspruch scharf kritisiert.

**„In einer Zeit, in der indigene Landverteidiger\*innen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent in beispielloser Gefahr sind, weil sie ihre Territorien gegen Rohstoffprojekte verteidigen, sollte Kanada sie schützen, anstatt sie strafrechtlich zu verfolgen“,** sagte Ana Piquer, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International.



## VOR ORT BEI DEN WET'SUWE'TEN LANDVERTEIDIGER\*INNEN



Gemeinschaftssymbol der fünf Clans der traditionellen Wet'suwet'en Nation. Wichtige Entscheidungen werden gemeinsam mit allen getroffen, sowohl innerhalb der eigenen Gemeinschaft als auch zwischen den Clans.<sup>1</sup> © Marianne Kersten

In Solidarität mit den angeklagten Wet'suwet'en Landverteidiger\*innen "Sleydo" (Molly Wickham), Shaylynn Sampson und Corey "Jayochee" Jocko war ich im Juni 2024 mit einer internationalen Delegation von Amnesty International und zwei Mitgliedern von Frontline Defenders in Smithers (British-Columbia, Kanada), um die Fortsetzung des Prozesses gegen sie zu verfolgen. Nach einem kurzen Auftakt im Gerichtssaal musste der Prozess aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig auf September 2024 verschoben werden.

Die drei Angeklagten waren im Januar 2024 wegen strafrechtlicher Missachtung einer einstweiligen Verfügung vom Supreme Court of British Columbia für schuldig befunden, nachdem sie mit friedlichen Aktionen (Blockade einer Straße und Errichtung kleiner Hütten im Baustellenbereich) gegen das Pipelineprojekt protestiert hatten. Ihnen drohen Haftstrafen und ein Eintrag ins Strafregister.

In ähnlicher Weise wurde Dtsa'hyl, ein Hereditary Chief der Wet'suwet'en, im Februar 2024 vom Supreme Court of British Columbia wegen strafrechtlicher Missachtung der einstweiligen Verfügung für

<sup>1</sup> Die Gesellschaft und die Regierungsstrukturen der Wet'suwet'en sind eng mit dem Territorium verbunden. Wie bei vielen Kulturen der First Nation strukturiert sich die Gesellschaft der Wet'suwet'en um „Clans“ und „Häuser“. Jeder Clan setzt sich wiederum aus mehreren „Häusern“ zusammen. Ein Haus ist eine Gruppe von Menschen, die matrilinear organisiert und eng miteinander verwandt sind.



schuldig befunden. Er soll im Juli 2024 verurteilt werden. Ihm droht eine Gefängnisstrafe von 6–9 Monaten.

Amnesty International fordert nach wie vor von der Regierung von British Columbia,

- die Anklagen gegen die Landverteidiger\*innen, die auf ihren Prozess warten, sofort fallen zu lassen.
- die Verfahren gegen diejenigen, deren Prozesse bereits laufen, auszusetzen.
- die Belästigung, Einschüchterung, ungesetzliche Überwachung und Kriminalisierung der Wet'suwet'en Landverteidiger\*innen zu stoppen.
- sicherzustellen, dass einstweilige Verfügungen nicht dazu benutzt werden, die Menschenrechte indigener Völker zu verletzen einschließlich ihrer gewaltsamen Vertreibung aus ihren Territorien.

In vielen Gesprächen und bei gemeinsamen Aktivitäten mit den Oberhäuptern und Mitgliedern der Wet'suwet'en Gemeinschaften wurde deutlich, wie dankbar sie der internationalen Delegation von Amnesty International und Frontline Defenders für unsere Präsenz und Unterstützung sind und wie wichtig es für sie ist, uns die wunderschöne Natur auf ihrem Land sowie das zerstörerische Ausmaß des Coastal GasLink Pipelinebaus zu zeigen. Diese verläuft über 190 km von Ost nach West quer durch ihr Land. Dabei betonte Hereditary Chief NaMoks, dass sie den Kampf gegen das Pipelineprojekt auch angesichts der Klimakrise nicht nur für sich und ihre Kinder führen, sondern für uns alle auf diesem Planeten.

Ihnen geht es darum, die wunderschönen Mischwälder, die Flüsse und Seen, aus denen man noch gefahrlos trinken kann, zu schützen und ihre Lebensweise des Jagens, Fischens und Fallenstellens aufrecht zu erhalten. Dabei achten sie streng darauf, nur das der Natur zu entnehmen, was sie auch verwenden können. Zu ihrer Lebensphilosophie gehört der respektvolle und nachhaltige Umgang mit der Natur und allen Lebewesen. Wer ihr Land zum ersten Mal betritt, wird mit einem kleinen Ritual – einer Gesichtsbemalung - persönlich begrüßt. Auch gilt die Regel, dass sie beim Besuch eines anderen Clans um die Erlaubnis bitten, das Territorium betreten zu dürfen. Ganz anders die Mitarbeiter\*innen von Coastal GasLink, die das Land ohne die Erlaubnis der Wet'suwet'en Chiefs betreten und unter Anwendung einer einstweiligen Verfügung mit dem Pipelinebau begonnen haben.



© Marianne Kersten



Mischwälder auf Wet'suwet'en Land © Marianne Kersten

Es ist das Land ihrer Vorfahren, für das sie sich verantwortlich fühlen und das sie schützen, ein Land, auf dem sie seit Tausenden von Jahren leben und das sie nie aufgegeben haben, ein Land, das ihre Identität definiert und für dessen Erhalt sie kämpfen. Darüber hinaus bietet ihnen das Leben in einer intakten Umwelt auch die Möglichkeit, das generationenübergreifende Trauma der kolonialen Vergangenheit zu heilen. Viele der älteren Menschen erlebten in den kanadischen Residential Schools<sup>2</sup> eine Zeit der Gewalt, des sexuellen Missbrauchs und des Verlustes ihrer Kultur und Identität und leiden bis heute unter den Folgen. Aus diesem Grund hat Howilhat, Freda Huson, weibliches Oberhaupt der Wet'suwet'en, ein Heilungszentrum errichten lassen, dass sie zusammen mit anderen während einer Polizeirazzia im Jahr 2021 friedlich verteidigte. Sie wurde deshalb zusammen mit anderen vorübergehend inhaftiert. In dem Zentrum finden Begegnungen und Workshops statt, in denen es u. a. auch um das Erlernen von alten Jagdtechniken und die Verwendung einheimischer Pflanzen für medizinische Zwecke geht.

Angesichts der besonderen Bedeutung, die die Natur für die Lebensweise, die Identität und die Heilung der Wet'suwet'en hat, wurde mir die immense Tragweite und das verheerende Ausmaß des Pipelineprojekts auch vor dem Hintergrund der kolonialen Vergangenheit erst richtig bewusst, als ich dort war. Dazu gehört auch unsere Verantwortung, die wir durch unser großes Interesse an kanadischem Flüssiggas haben.



Pipelinetrasse © Marianne Kersten



© Marianne Kersten

Es war ein trauriger Moment, die vielen toten Baumstämme zu sehen, die überall auf der Trasse der Gaspipeline liegen, und zu wissen, dass die Rohre unter der Erde liegen, mitten durch das Land verlaufen und es teilen. Ich konnte das Ausmaß der Zerstörung kaum fassen. Ähnlich bestürzt stand ich vor dem weitgehend zerstörten Kontrollpunkt der Gidim'ten Nation und den Schildern von Coastal GasLink, die ein Betretungsverbot ihres angestammten Landes mit entsprechenden Ordnungshinweisen verdeutlichen.

---

<sup>2</sup> Im Auftrag der kanadischen Regierung wurden zwischen 1870 und 1996 indigene Kinder im Alter zwischen 6 und 16 ihren Eltern weggenommen und mit dem Ziel „kill the Indian in the child“ in die vielfach weit entfernten Residential Schools gebracht. Diese Internate wurden von kirchlichen Institutionen geleitet. Von ca. 150 000 Kindern starben oder verschwanden in dieser Zeitspanne etwa 6000 in Folge von sexuellem Missbrauch, Hunger, Unterversorgung, Einsamkeit oder auf dem Fluchtweg zu ihren Familien.





Mitglieder der Amnesty Delegation © Marianne Kersten

Mehrere Mitglieder der Wet'suwet'en berichteten außerdem sehr besorgt über die negativen psychosozialen Auswirkungen, verursacht durch die ständige Präsenz von Bauarbeitern, die in Lagern auf dem Territorium leben. In den letzten Jahren haben Alkoholismus, Drogenmissbrauch und Selbstmorde insbesondere unter jungen Menschen erheblich zugenommen, ebenso die sexuelle Belästigung junger indigener Mädchen und Frauen. Wie der Dokumentarfilm "Yintah" (s. Filmtipps) auf sehr bewegende und verstörende Weise zeigt, wurden diese Probleme zusätzlich durch massive Ängste im Zusammenhang mit der ständigen Überwachung, mit Schikanen, Diskriminierung und Belästigungen durch die Sicherheitskräfte von Coastal GasLink und der kanadischen Polizei verstärkt.

Inzwischen geht es um die Phase 2 des Pipelineprojektes bzw. um den Bau von zusätzlichen Verdichtungsstationen zur Erhöhung der Pipelinekapazität, von der eine Station ganz in der Nähe des Heilungszentrums gebaut werden soll. Die Grundfläche für eine Station umfasst etwa 17 Fußballfelder. Die Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en haben auch diesem neuen Bauvorhaben nicht zugestimmt und sich in einem Brief an potenzielle Investor\*innen des Großkonzerns TC Energy<sup>3</sup> gewandt. Darin äußern sie sich tief besorgt über die Nähe zu wichtigen kulturellen Stätten, die zu erwartende Lärmbelästigung, chemische Verschmutzungen, den jahrelangen Bauverkehr sowie Risiken für indigene Frauen und Kinder, die in der Nähe der geplanten Standorte leben.

---

<sup>3</sup> Coastal GasLink (CGL) ist eine Tochtergesellschaft der TC Energy Corporation.

Insgesamt war ich während unseres Aufenthalts in Smithers von der wunderbaren Gastfreundschaft, der Herzlichkeit und Offenheit der Wet'suwet'en, ihrer Bereitschaft, uns alles zu zeigen und zu erklären, sowie von der wunderschönen Natur sehr beeindruckt, ebenso wie von ihrer ungebrochenen Bereitschaft, ihrem Mut und der enormen Ausdauer den Kampf für ihre Rechte und den Schutz der Natur unabhängig von Niederlagen fortzusetzen.

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker



Indigenous Day in Smithers © Marianne Kersten

# AKTIONSPOSTKARTE

**STOP CRIMINALIZATION OF WET'SUWET'EN LAND DEFENDERS!**

**“OUR LAND IS OUR IDENTITY” WET'SUWET'EN HEREDITARY CHIEF MOOS**

**Bitte solidarisieren Sie sich auch weiterhin mit den angeklagten Landverteidiger\*innen der indigenen Wet'suwet'en Nation und schicken Sie eine Postkarte an die Generalstaatsanwältin von British Columbia, Niki Sharma.**

Fordern Sie die Generalstaatsanwältin auf,

- die Anklagen gegen die Landverteidiger\*innen wegen Missachtung einer einstweiligen Verfügung unverzüglich fallen zu lassen und
- jede Form der Einschüchterung, Belästigung, unrechtmäßige Überwachung und rassistische Diskriminierung seitens der kanadischen Polizei (RCMP) und der Sicherheitskräfte des Pipeline-Unternehmens sofort zu beenden.

Sie können die Postkarten unter [gruppensprecher@indigene-amnesty.de](mailto:gruppensprecher@indigene-amnesty.de) bestellen.

**Die Aktion läuft bis zum 31. Oktober 2024.**

50 Postkarten kosten 5 EUR inkl. Versand.

Bitte geben Sie bei der Bestellung Ihre vollständige Adresse und die Gruppennummer mit an.

Zusammen mit den Postkarten schicken wir Ihnen einen Hintergrundbericht und eine Übersetzung der Postkarte. Weitere Informationen finden Sie in unserem [Dezember-Rundbrief 2023](#), Seite 15 ff.

Sie können sich aber auch an der [Online-Petition](#) des Internationalen Sekretariats von Amnesty International beteiligen.

Eine englischsprachige **Video-Botschaft** des Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en Nation Na`Moks finden Sie [hier](#), ebenso den aktuellen englischsprachigen Amnesty-Bericht [“Removed from our Land for Defending it – Criminalization, Intimidation and Harassment of Wet'suwet'en Land Defenders”](#).



# CANADA: STOP CRIMINALIZATION OF WET'SUWET'EN LAND DEFENDERS!

” Our land is our identity.  
Wet'suwet'en Hereditary Chief Woos

**BITTE SOLIDARISIEREN SIE SICH MIT DEN WET'SUWET'EN!**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL** 

Dear Honourable Niki Sharma,

I am deeply concerned about the ongoing criminalization and the criminal charges against Indigenous Wet'suwet'en land defenders who were resisting the construction of the Coastal GasLink (CGL) pipeline through their ancestral, unceded territory without their free, prior and informed consent.

For years they have experienced intimidation, harassment, discrimination and the eviction from their land by the Canadian police (RCMP) and security forces of CGL. Their forests, waters, biodiversity and sacred sites have been damaged and their Indigenous rights violated.

**I ask you to ensure that**

- the criminal contempt charges against the land defenders and their supporters are dropped immediately,
- harassment, intimidation, unlawful surveillance and criminalization are stopped.

Best regards

\_\_\_\_\_  
Name, Surname

\_\_\_\_\_  
City, Country

\_\_\_\_\_  
Date, Signature

"REMOVED FROM OUR LAND FOR DEFENDING IT" - Report by Amnesty International 2023

Bitte mit  
95 Cent  
freimachen

The Honourable Niki Sharma,  
Attorney General of British Columbia  
2135 East Hastings Street,  
Vancouver, BC V5L 1V2  
CANADA

# USA

## "STOP COP CITY"

**Im US-Bundesstaat Georgia protestiert ein breites Bündnis aus Umweltaktivist\*innen, Anti-rassist\*innen, Anwohner\*innen und Indigenen der Muskogee gegen den Bau einer Ausbildungs- und Trainingsanlage der Polizei. Ein Aktivist wurde von der Polizei erschossen, 61 Angeklagte stehen vor Gericht.**

*Von Carl Melchers*

Das Repressionslevel bleibt hoch: Am 13. November verschärfte die Polizei in Atlanta, Georgia, abermals ihre Gangart gegenüber all jenen Menschen, die gegen den Bau einer umstrittenen Trainingsanlage für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte protestieren. In diesem ungleichen Kräftemessen trat die Polizei zuletzt in martialischer Kampfmontur auf und setzte Tränengas, Pfeffergeschosse und Blendgranaten gegen etwa 400 teils verummte Demonstrant\*innen ein, die sich notdürftig mit Gasmasken und Regenschirmen schützten. Auf den Straßen patrouillierten Polizeikräfte in gepanzerten Fahrzeugen, ausgestattet mit Sturmgewehren und Aufnähern, auf denen "Scharfschütze" stand.

Seit mehr als zwei Jahren kämpft ein Bürgerbündnis gegen den Bau des geplanten Public Safety Training Centers. Es soll auf 35 Hektar Fläche im Waldgebiet des malerischen South River Forest in DeKalb County im Südosten der US-Metropole Atlanta entstehen und 90 Millionen Dollar (82 Millionen Euro) kosten. Die Anlage umfasst Hallen, Klassenzimmer sowie einen sogenannten Übungsstadtteil mit Apartments, einer Bar und einer Schule. Zudem soll ein Schießstand integriert werden. All das soll im Herbst 2024 fertig sein.

### VERTREIBUNG DER MUSKOGEE IM 19. JAHRHUNDERT

Die Protestbewegung nennt den Wald lieber Weelaunee, so wie ihn die Muskogee-Ureinwohner\*innen immer nannten. Diese siedelten in der Gegend, bevor US-Präsident Andrew Jackson sie in den 1830er Jahren zwang, aus dem Südwesten der USA nach Oklahoma umzusiedeln, damit auf dem geraubten Land Plantagen entstehen konnten, auf denen versklavte Afroamerikaner\*innen in sengender Hitze Baumwolle pflücken mussten. Im 20. Jahrhundert entstand auf dem Gelände dann ein Gefängnis mit angeschlossener landwirtschaftlicher Nutzfläche. Das Gelände des Public Safety Training Centers ist somit auch stark geprägt von einer Geschichte des Rassismus und der Vertreibung der amerikanischen Ureinwohner\*innen.

Die Befürworter\*innen des Projekts argumentieren, dass der Bau dringend notwendig sei, um eine veraltete und unzureichende Ausbildungsinfrastruktur zu ersetzen und der Polizei bei der Rekrutierung von Anwärter\*innen zu helfen. Zu den Befürworter\*innen zählen sowohl die republikanische Regierung des Bundesstaats als auch der demokratische Bürgermeister von Atlanta, Andre Dickens.

Die Gegner\*innen warnen davor, dass der Bau von "Cop City", wie sie die Anlage spöttisch nennen, zu zahlreichen Umweltschäden führe. Außerdem werde die Anlage die Probleme in den angrenzenden, überwiegend von Afroamerikaner\*innen bewohnten Stadtvierteln erheblich verschärfen. Städtisches Geld, das in die Trainingsanlage fließe, fehle in diesen Stadtteilen und verschlechtere deren Lage. Diese seien jetzt schon benachteiligt und finanziell schlecht gestellt.

Zudem besteht die Sorge, dass "Cop City" zu einer verstärkten Militarisierung der Polizei führen könnte. Die Internetseite der Kampagne "Stop Cop City" gibt an, die Anlage diene dazu, Polizist\*innen in Berei-

chen urbaner Kriegsführung sowie Aufstandsbekämpfung auszubilden. Die Aktivist\*innen befürchten, dass die in der Anlage geschulten Einsatzkräfte in ärmeren Gegenden oder gegen soziale Bewegungen eingesetzt werden könnten; eine Besorgnis, die durch die rabiatischen Einsätze der Polizei seit Beginn der Proteste immer wieder neue Argumente bekommt.

### **MIT ERHOBENEN ARMEN ERSCHOSSEN**

Die Bewegung "Stop Cop City" umfasst mittlerweile Menschen aus dem ganzen Land und aus dem Ausland. Sie ist vielfältig, dezentral organisiert und versammelt Gruppen von Umweltschützer\*innen, Aktivist\*innen gegen rassistische Polizeigewalt sowie Anwohner\*innen, die sich für den Schutz ihres Naherholungsgebiets einsetzen. Auch Vertreter\*innen der Muskogee nehmen an den Protesten teil. Kamau Franklin, Mitgründer der stadtpolitischen Community Movement Builders, betonte gegenüber Amy Goodman vom Rundfunksender Democracy Now: "Seit ihren Anfängen hat die Bewegung einen enormen Wirkungsbereich." Seine Organisation entstand im Jahr 2020 als Reaktion auf den Tod George Floyds in Minneapolis und andere Fälle rassistischer Polizeigewalt und schloss sich der landesweiten Protestbewegung "Black Lives Matter" an.

Polizeigewalt gegen die Protestbewegung gehört in Atlanta zum Alltag. Zu einer Demonstration am 13. November reisten sogar die Eltern von Manuel Esteban Paez Terán – auch als "Tortuguita" bekannt – aus Panama an. "Tortuguita", 26 Jahre alt und im Umweltschutz aktiv, wurde am 18. Januar 2023 während der Räumung eines Protestcamps auf dem Gelände von "Cop City" mit 57 Kugeln getötet. Die Polizei behauptet, Terán sei bewaffnet gewesen und habe auf die Beamt\*innen geschossen, ein Beamter sei verletzt worden. Eine Lüge, sagen viele, die gegen "Cop City" protestieren. Die demokratischen Kongressabgeordneten Cori Bush und Rashida Tlaib schrieben im September in der Zeitschrift The Nation, dass Körperkamera-Aufnahmen des Polizeieinsatzes darauf hindeuten, dass ein Beamter einen anderen angeschossen habe. Die Autopsie ergab, dass Terán die Arme erhoben hatte. "Tortuguitas" Hände wiesen keine Schmauchspuren auf.

Doch die Justiz zog ihre eigenen Schlüsse. Am 5. September erhob Georgias Generalstaatsanwalt Chris Carr Anklage gegen 61 Personen nach dem RICO-Gesetz (Racketeer Influenced and Corrupt Organizations) des Bundesstaates, das eigentlich zur Bekämpfung organisierter Kriminalität vorgesehen ist. Demnach handelt es sich beim Protest gegen das Trainingsgelände um eine kriminelle Verschwörung, die schon beim Produzieren und Verteilen von Flugblättern beginnt. Hinzu kämen Verstöße gegen das Vermummungsverbot, Gewalt gegen Polizist\*innen und Fälle von Brandstiftung.

### **BIS ZU 20 JAHREN GEFÄNGNIS**

Carr, der im Juli seine Kandidatur für den Gouverneursposten ankündigte, inszeniert sich dabei als un-nachgiebiger Verfechter im Kampf gegen "gewalttätige Extremisten" und "Anarchisten". Seit Mitte November stehen die Angeklagten vor Gericht. Ihnen drohen möglicherweise drakonische Strafen von bis zu 20 Jahren Gefängnis. Drei Organisatoren von Kautionsfonds für vorübergehend inhaftierte Protestierende wurden zudem wegen Geldwäsche angeklagt, fünf Personen wird sogar inländischer Terrorismus zur Last gelegt.

Dabei erweist es sich als praktisch, dass das Abgeordnetenhaus von Georgia im Jahr 2017 ein Gesetz über inländischen Terrorismus verschärft hat. Demnach ist Inlandsterrorismus nicht mehr nur auf strafbare Handlungen beschränkt, die darauf abzielen, Menschen zu töten oder zu verletzen. Das verschärfte Gesetz umfasst seither auch vage gehaltene Eigentumsdelikte.

Eine Vielzahl von Menschen- und Bürgerrechtsgruppen sowie Umweltschutzorganisation, darunter Amnesty International, Greenpeace und "Black Lives Matter", wandten sich in einem offenen Brief an Generalstaatsanwalt Carr und forderten ihn eindringlich auf, die Anklage gegen die Aktivist\*innen der "Stop Cop City"-Bewegung fallen zu lassen. Kritisch bemerken sie, dass einige der Angeklagten einander zuvor noch nie begegnet seien und keinerlei Aktivitäten gemeinsam koordiniert hätten. Die Verbindung zwischen den Angeklagten sei rein ideell. Gemeinsame Ideen und Vorstellungen stünden jedoch unter dem Schutz des ersten Verfassungszusatzes, der die Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit schützt. Die Anklage unternehme den absurden Versuch, "verschiedene Proteste zu einem Komplott zusammenzufassen, nur weil sie ähnliche Ziele verfolgen". Die Logik der Anklageschrift könne, so die warnende Schlussfolgerung, einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der künftig jede soziale Bewegung zur Zielscheibe von Kriminalisierung mache.

Die fortwährenden Proteste gegen "Cop City" und die rigiden Gegenmaßnahmen machen die zusehends tiefer werdenden Risse zwischen staatlicher Autorität und dem Recht auf legitimen Protest in den USA deutlich sichtbar. Der Schutz grundlegender Bürgerrechte ist in Gefahr.

*Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal 01/2024 von Carl Melchers.*

*Carl Melchers ist Politologe und freier Journalist.*

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

---

## AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

**Indigene und Menschenrechte** – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)

---

# ROHSTOFF-ABBAU IN LATEINAMERIKA

## DIE „GRÜNE WENDE“ UND IHRE SOZIO- ÖKOLOGISCHEN IMPLIKATIONEN – AM BEISPIEL VOM LITHIUM-ABBAU

Trockenheit, sinkende Grundwasserspiegel und daraus resultierende Wasserknappheit für Natur und Mensch sowie die zunehmende Beeinträchtigung der Stabilität umliegender Ökosysteme – das haben die Atacama-Wüste in Chile und der Uyuni-Salzsee in Bolivien gemeinsam. Der Grund dafür ist der Abbau von Lithium, welches unter anderem nach Europa exportiert wird, um dort in Batterien für Elektroautos, -roller und -fahräder verwendet zu werden, die im Zuge klimapolitischer Ziele in den Ländern des sogenannten Globalen Nordens<sup>1</sup> vermarktet werden.

In Uyuni setzen sich die dort ansässigen Indigenen dafür ein, den Abbau von Lithium kritisch zu hinterfragen und aktiv am politischen Diskurs um die Rohstoffgewinnung teilzunehmen.<sup>2</sup> Auch in Argentinien wehren sich indigene Bewohner\*innen nahe der Salzwüste Salinas Grandes gegen den Lithium-Abbau.<sup>3</sup> Sie befürchten eine Gefährdung der Grundwasserversorgung (um 1 Tonne des Rohstoffs zu gewinnen, verdunsten 2 Millionen Liter Grundwasser), die Kontamination des Süßwassers, die Gefährdung ihrer Gesundheit durch sehr hohe Staubbelastung und freigesetzte Chemikalien sowie drohende Umsiedlungen, was dafür sorgen könnte, dass die jahrtausendealte Existenzgrundlage und die Lebensweise indigener Völker sowie die sie umgebende Natur bald verschwindet. Im Dreiländerdreieck Argentinien, Bolivien und Chile befinden sich schätzungsweise 70 % der weltweiten Lithium-Felder.

Wie die Beispiele aus Bolivien und Argentinien zeigen, hat der Lithium-Abbau direkte Konsequenzen für die Lebenssituation der Indigenen. Auf dieser Grundlage verstehen und äußern sie sich als direkt Betroffene von den extraktivistischen<sup>4</sup> Maßnahmen als zentrale kritische Stimme.

---

<sup>1</sup> Die Einteilung in „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ ist nur bedingt geographisch gedacht. Als Länder des sogenannten Globalen Südens gelten gemeinhin Staaten, die im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext im Vergleich zu anderen Ländern benachteiligt sind. Je nach Definition zählen dazu die bisher und zum Teil noch immer als Entwicklungsland oder Schwellenland bezeichneten Staaten. Es handelt sich dabei um ein relationales Konzept, das Beziehungen und Ungleichheiten abbildet und sich nicht auf geografische Verortungen beschränkt. Ein Land des sogenannten Globalen Südens kann sich somit auch im Norden der Erde befinden. <https://www.fes.de/wissen/Globaler-sueden>; <https://www.faire-metropole-ruhr.de/wissenswertes/Globaler-sueden-Globaler-norden.html>

<sup>2</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/627440/21dc4b97c8404198595dec98a4506a79/WD-8-135-18-pdf-data.pdf>, S. 8 [aufgerufen am 28.04.2024]

<sup>3</sup> <https://www.spiegel.de/fotostrecke/lithium-foerderung-in-argentinien-streit-um-salinas-grandes-fotostrecke-169238.html>

<sup>4</sup> Als Extraktivismus bezeichnete man ursprünglich nachhaltige Produktionsformen, z. B. Subsistenzwirtschaft. Vor allem traditionell lebende indigene Völker bestreiten ihren Lebensunterhalt – ganz oder teilweise – auf diese Weise. In der jüngeren wirtschaftspolitischen Debatte bezeichnet der Begriff den Abbau von Rohstoffen zum Zweck des Exports auf den Weltmarkt. Dabei kommt es im Herkunftsland, meist im Globalen Süden, zu Landraub, Vertreibung, verstärkten Umweltbelastungen und Zerstörung von Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölke-



Amnesty International forderte bereits 2021, dass die Konzerne zur Einhaltung der Menschenrechte und zu ökologischen Standards verpflichtet werden und mit Umweltschützer\*innen und indigenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten. Diese sollen bei geplanten Projekten ordnungsgemäß konsultiert und über die möglichen Risiken informiert werden sowie die Einhaltung der Rechte auf sauberes Trinkwasser, saubere Luft, Gesundheit, ihre traditionelle Lebensweise und die Bewahrung der sensiblen lokalen Ökosysteme gewährleistet werden.<sup>5</sup>

Das Beispiel Lithium verdeutlicht, wie die Extraktivierung endlicher, nicht erneuerbarer Rohstoffe weltweit zunimmt, um klimapolitische Zielsetzungen im Globalen Norden zu erfüllen. Ein Paradox, auf das hier ein kurzer Blick geworfen werden soll.

Die EU geht davon aus, dass bis 2030 mindestens 30 Millionen emissionsfreie Elektroautos gekauft werden.<sup>6</sup> Debatten im Globalen Norden bezüglich solcher Einschätzungen und Ziele werden oft in dem Kontext der sogenannten *grünen Wende* betrachtet. Im Globalen Süden hingegen, und hier insbesondere bei den Indigenen, sieht man *emissionsfreie/erneuerbare Energien* jedoch zunehmend aus einer anderen Perspektive. Denn was am Anfang dieser Technologien steht, ist meist nicht *grün*. Die moralisch zunächst vertretbar formulierten Klimabestrebungen des Globalen Nordens weisen bei ihrer Realisierung zum Teil umfassende sozioökologische Implikationen im Globalen Süden auf. Kritik an globalen machtpolitischen Strukturen und Fragen der Klimagerechtigkeit um den Abbau von Lithium wird zunehmend geäußert und durch Indigene bekräftigt.

Die Klimakrise selbst findet ihren Ursprung bereits in der „Folge von Ausbeutungsprozessen von Umwelt und Menschen des Globalen Südens durch den Globalen Norden [...] und verschärft damit als globale Gerechtigkeitskrise bestehende Ungleichheiten.“<sup>7</sup> Hier schließt sie an dem Lithium-Abbau in Chile<sup>8</sup> und Bolivien an. Die Wünsche im Globalen Norden nach einem grüneren, klimafreundlicheren Lebensstil werden mit Umweltkonsequenzen im Globalen Süden bezahlt. Es stellt sich die Frage, inwiefern eine durch Klimaschutzmaßnahmen bedingte Nachfrage an nicht erneuerbaren, endlichen Rohstoffen wie Lithium im Globalen Norden neokoloniale Machtstrukturen belebt und darüber hinaus in direkter Mitverantwortung an Umwelt- und Lebensraumzerstörung durch die Extraktion dieser Rohstoffe steht.

Auf diese Frage ausführlicher einzugehen, würde den Rahmen dieses Textes überschreiten. Doch zeigt diese kurze Darstellung, dass besonders Menschen im Globalen Süden und dort insbesondere marginalisierte, direkt betroffene Gruppen mit einbezogen werden sollten in die Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse von extraktivistischem Abbau. Dies ist von zentraler Bedeutung, weil es hier um nicht erneuerbare, endliche Ressourcen geht, die in sehr sensiblen und bereits gefährdeten Ökosystemen vorzufinden sind. Fragen der Klimagerechtigkeit als Teilbestand der menschengemachten Klimakrise könnte so wirksamer begegnet werden.

S. García

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

rung, oft lokale indigene Gemeinschaften. Die Bearbeitung der Rohstoffe und die Wertschöpfung finden hingegen überwiegend im Zielland – meist im Globalen Norden – statt. <https://www.npla.de/lexikon/extraktivismus/>

<sup>5</sup> <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/unternehmensverantwortung-wertschoepfungsketten-batterien-umweltstandards>

<sup>6</sup> <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20220228STO24218/neue-eu-vorschriften-fur-nachhaltigere-und-ethisch-bedenkenlose-batterien> [aufgerufen am: 28.04.2024]

<sup>7</sup> <https://www.amnesty.de/allgemein/kampagnen/deutschland-warum-arbeitet-amnesty-zur-klimakrise> [aufgerufen am: 26.04.2024]

<sup>8</sup> <https://www.theguardian.com/Global-development/video/2020/feb/18/will-green-technology-kill-chiles-deserts-video> [aufgerufen am: 29.04.2024]

# MEXIKO

## INTERNATIONALES SCHUTZGEBIETS- ABKOMMEN FÜHRT ZU KONFLIKTEN MIT INDIGENEN GEMEINDEN

Im Rahmen der internationalen Konferenz COP15 zum Schutz der Artenvielfalt wurde 2022 in Montreal ein Abkommen verabschiedet, nach dem 30 % der weltweiten Land- und Meeresflächen bis 2030 geschützt werden sollen.

Wie das Beispiel Mexiko zeigt, führen Regierungspläne zur Umsetzung der international vereinbarten Artenschutzpolitik zu Konflikten mit indigenen Gemeinden. Dabei geht es seitens der Indigenen um den Vorwurf der Beschränkung ihrer wichtigen Lebensgrundlagen, obwohl das mexikanische Sekretariat für Umwelt und natürliche Ressourcen Unterstützung und Landtitel versprochen hatte.

Wie das Online-Magazin *Mongabay*<sup>1</sup> am 5. März 2024 berichtete, bemühen sich Landwirte einer indigenen Gemeinde im Bundesstaat Campeche, die im UNESCO Biosphärenreservat *Calakmul Biosphere Reserve (CBR)* leben, die Grenzen des Reservats neu auszuhandeln, um alltägliche Aktivitäten wie den lebensnotwendigen Anbau von Nahrungsmitteln und die Jagd zu ermöglichen. Sowohl die Bewohner\*innen von El Sacrificios<sup>2</sup> als auch die Verwaltung des Reservats sind sich einig, dass eine Ausgliederung, bei der die Grenzen des Reservats neu definiert werden und die Menschen nicht länger innerhalb des Schutzgebietes leben, eine mögliche Lösung des Konflikts wäre. Nach Angaben von José Adalberto Zúñiga Morales, dem Direktor des Reservats, wurden diese Versuche allerdings von der mexikanischen Regierung, die für die Anliegen der Reservate zuständig ist, abgelehnt. Als Begründung hieß es, dass „der Vorschlag nicht umsetzbar sei“, da diese Anpassung den Verlust geschützter Landfläche nicht berücksichtige.

**„Das betrifft uns, weil uns das Leben im Reservat daran hindert, zu leben, uns selbst zu versorgen und unseren Lebensunterhalt zu bestreiten“<sup>3</sup>, sagte Felipe Ramírez, ein indigener Landwirt einer Gemeinde im Reservat, gegenüber Mongabay. „Die Bundesregierung erlaubt uns nicht, das Reservat frei zu bewirtschaften, und wir haben keine Dokumente, die bestätigen, dass das Land uns gehört.“<sup>4</sup>**

Das Vorgehen der Regierung wird auch damit begründet, dass Mexiko das Ziel 3 des *Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework (GBF)* <sup>5</sup> erfüllen müsse: Dies bedeutet, dass der Prozentsatz der unter Schutz stehenden Flächen erhöht, aber nicht verringert werden dürfe. Mexiko gehört zu den

---

<sup>1</sup> Aimee Gabay, Global protected area policies spark conflicts with Mexico Indigenous groups, 5 March 2024, Mongabay Series, <https://news.mongabay.com/2024/03/global-protected-area-policies-sparks-conflicts-with-mexico-indigenous-groups/>

<sup>2</sup> El Sacrificios ist eines der neu gegründeten Ejidos (gemeinschaftliches Land, das für landwirtschaftliche Zwecke und zur Forstwirtschaft genutzt wird).

<sup>3</sup> Aimee Gabay, Global protected area policies spark conflicts with Mexico Indigenous groups, 5 March 2024, Mongabay Series, <https://news.mongabay.com/2024/03/global-protected-area-policies-sparks-conflicts-with-mexico-indigenous-groups/>

<sup>4</sup> ebd.

<sup>5</sup> Convention on Biological Diversity, Kunming-Montreal Global biodiversity framework, 7-19. December 2022, <https://www.cbd.int/doc/c/e6d3/cd1d/daf663719a03902a9b116c34/cop-15-l-25-en.pdf>

fast 200 Ländern, die sich in Montreal im Sinne des sogenannten 30x30-Ziels verpflichtet haben, 30 % der Gewässer und Landflächen der Erde zu schützen.

Die Regierung und die für das Reservat zuständigen Behörden haben es dabei entgegen den Zielen und Bestimmungen des *Kunming-Montreal Global Biodiversity Framework* versäumt, die Gemeinde in den Schutz des Biosphärenreservats einzubinden. Solche Maßnahmen könnten Schulungen, Besprechungen mit Landwirt\*innen und gemeinsame Projekte sein, um das Gebiet zu verwalten und den Schutz der Gemeinde sicherzustellen. Außerdem sollten die Gemeinden und ihr regionales Wissen bei der Verwaltung von Ökosystemen mit einbezogen werden.<sup>6</sup>

In der Fachzeitschrift *Environmental Science and Policy*<sup>7</sup> wird darauf hingewiesen, dass die Konflikte darauf zurückzuführen sind, dass die Staaten der Ausdehnung von Schutzgebieten zu viel Bedeutung beimessen, während sie weniger Aufmerksamkeit den sozioökonomischen Faktoren, der gerechten Bewirtschaftung, der Einhaltung der Menschenrechte und der Einbeziehung von indigenen und lokalen Gemeinden schenken. Es wird zu viel Wert darauf gelegt „Wie geschützt werden soll“ und nicht genug auf das „Wie geschützt werden soll“,<sup>8</sup> so die Forscher\*innen.

Auch Amnesty International forderte in einer Presseerklärung vom 10. Mai 2024, dass die Vorschläge zur Messung des Fortschritts bei der Umsetzung des globalen Artenschutzabkommens geändert werden sollten, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte in vollem Umfang gewahrt und geschützt werden. Amnesty wies in diesem Zusammenhang auf das Risiko hin, dass die Rechte indigener Völker und aller betroffenen Gemeinschaften bei der Umsetzung des Abkommens untergraben werden.

#### **ZUM HINTERGRUND:**

Seitdem die mexikanische Regierung das Calakmul Biosphärenreservat 1989 ins Leben rief, kommt es mit den Bewohner\*innen in Bezug auf die Landrechte und Beschränkungen bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen zu Konflikten.

In ihrem Bestreben, die Region Calakmul wieder zu bevölkern, siedelten sich dort in den 90er-Jahren Menschen aus ganz Mexiko und dem Nachbarland Guatemala an. Sie bildeten in der Region mehrere Ejidos (gemeinschaftliches Land, das für landwirtschaftliche Zwecke und zur Forstwirtschaft genutzt wird). Die Regierung begann mit einem Prozess der offiziellen Anerkennung von Grundbesitzrechten. Jedoch stellte sich schnell heraus, dass vier Ejidos innerhalb der Grenzen des UNESCO Biosphärenreservat *Calakmul Biosphere Reserve* liegen und daher nicht anerkannt werden können.

Fast zehn Jahre später, im Jahr 1999, wurden die vier Gemeinden in die Stadt Santo Domingo umgesiedelt, wo sie ein neues Ejido namens El Sacrificio gründeten. Die 450 Bewohner\*innen setzten sich aus mindestens drei indigenen Gemeinden zusammen, deren Lebensgrundlage die Landwirtschaft und das Jagen ist.

---

<sup>6</sup> Aimee Gabay, Global protected area policies spark conflicts with Mexico Indigenous groups, 5 March 2024, Montgabay Series, <https://news.mongabay.com/2024/03/global-protected-area-policies-sparks-conflicts-with-mexico-indigenous-groups/>

<sup>7</sup> Conservation backfire: Local effects of international protected area policy, *Environmental Science & Policy*, Volume 153, March 2024 <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1462901124000108?via%3Dihub>

<sup>8</sup> Aimee Gabay, Global protected area policies spark conflicts with Mexico Indigenous groups, 5 March 2024, Montgabay Series, <https://news.mongabay.com/2024/03/global-protected-area-policies-sparks-conflicts-with-mexico-indigenous-groups/>

Jedem Haushalt wurden 20 Hektar Land zugewiesen, jedoch ohne die offizielle Anerkennung der Landrechte. Ursprünglich wollte man die Bewohner\*innen in ein Gebiet außerhalb des Reservats umzusiedeln, doch aufgrund mangelhafter Absprachen zwischen den Behörden leben seitdem noch 47 % der Bewohner\*innen von El Sacrificio versehentlich innerhalb des Reservats.<sup>9</sup>

**„Als uns die Regierung überzeugte, die Umsiedlung nach El Sacrificio zu akzeptieren, versprach sie uns Lebensmittel, Wohnraum und offizielle Anerkennung unseres Anspruches auf das Land“, so Ramírez. „Doch bis heute wurde dieses Versprechen nicht erfüllt, sie haben uns hintergangen und jetzt müssen wir darunter zu leiden“.**<sup>10</sup>

Nach Angaben von Romel Rubén González Díaz, einem indigenen Menschenrechtsaktivisten und Koordinator des regionalen Rats für Indigene in Xpujil, wurden die Bewohner\*innen von Sacrificio zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie Pflanzen anbauten oder Bäume fällten.

**„Die meisten können das Land nicht nutzen, da sie der Abholzung von Wäldern beschuldigt werden.“**<sup>11</sup>

Übersetzt und zusammengestellt von Mario Alfa

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

-----

---

<sup>9</sup> ebd.

<sup>10</sup> Aimee Gabay, Global protected area policies spark conflicts with Mexico Indigenous groups, 5 March 2024, Montgabay Series, <https://news.mongabay.com/2024/03/global-protected-area-policies-sparks-conflicts-with-mexico-indigenous-groups/>

<sup>11</sup> ebd.

## TREN MAYA: SEGEN ODER FLUCH?

Nach nur dreieinhalb Jahren Bauzeit wurde am 15. Dezember 2023 der erste knapp 500 Kilometer lange Abschnitt des Tren Maya (Maya-Zug) zwischen San Francisco de Campeche am Golf von Mexiko und dem Badeort Cancún an der Karibikküste in Betrieb genommen.

Das Prestigeobjekt des amtierenden mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) ist nach wie vor bei Umweltschützern und Teilen der Bevölkerung umstritten. Die mit 20–30 Milliarden Euro teure Bahnstrecke, die ursprünglich mit 8 Milliarden veranschlagt war, führt künftig mit 1.554 Kilometern Länge durch die drei Bundesländer der Halbinsel Yucatán - Campeche, Yucatán und Quintana Roo - sowie über das Bundesland Tabasco und bis zum Bundesland Chiapas. Der Zug soll noch mehr Touristen in die berühmten Maya-Stätten und an die beliebten Küstenregionen der Riviera Maya bringen. Der Tourismus-Boom der Vergangenheit hat bereits viele Auswirkungen hervorgerufen. So dürfen z. B. die Touristen seit Jahren nicht mehr auf die großen Pyramiden wie z. B. die von Chichén Itzá und Uxmal steigen, weil die Jahrhunderte alten Steintreppen den Tourismusströmen nicht länger standhalten würden. Nicht alle Bewohner wollen noch mehr Bettenburgen wie in Cancún oder Tulum.<sup>1</sup>

Mit dem Tren Maya erhofft sich AMLO nicht nur für die Halbinsel Yucatán einen Aufschwung, sondern für ganz Mexiko. Bei der Projektentwicklung beteiligt sich auch eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn.

„Vor einigen Jahren hat der Konzern Monsanto viel Urwald zerstört, um genveränderten Soja in Monokulturen anzupflanzen. Später wurden Schweinezuchtbetriebe angesiedelt, die ebenfalls große Flächen in Anspruch nehmen, aber vor allem durch ihren Gestank noch viel größere Gebiete beeinträchtigen. In ihrer Umgebung kann man dadurch nicht mehr gut leben. Dann kamen Wind- und Solarparks hinzu, in denen erneuerbare Energie erzeugt wird. In alarmierender Weise tauchten außerdem Immobilienunternehmen auf, die begannen, für den Tourismus interessante Gebiete, die im kollektiven Besitz indigener Gemeinschaften sind, an sich zu reißen, auf denen sich etwa Cenotes, archäologische Spuren, Seen oder Urwald befinden“, berichtet der Maya-Aktivist Pedro Uc Be in einem Interview.<sup>2</sup>

„Der Tren Maya ist nun das Projekt, das all diese Projekte zusammenfasst und verbindet. Denn die Sojaproduzenten und Schweinezüchter können damit ihre Ware abtransportieren, die Hotel- und Restaurantbetreiber haben ihren Zug, mit dem die Touristen reisen können. Die Betreiber der Wind- und Solarparks können ihren Strom an die Bahn verkaufen. Es sind nicht mehr fünf Projekte, sondern ein einziges Megaprojekt, das einem globalen Interesse gehorcht.“<sup>3</sup>

### AUSWIRKUNGEN AUF DIE INDIGENE BEVÖLKERUNG

Während ein Teil der Bevölkerung das Bahnprojekt befürwortet und sich auf mehr Arbeitsplätze in den Tourismusregionen und auf eine bessere Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung freut, sind besonders die kleineren Maya-Gemeinden vom Verlust ihres Landes betroffen. So gibt es z. B. im Bundesstaat Quintana Roo noch viele Orte, in denen die yukatekischen Maya sehr traditionell ihr Ejidoland (Gemeindeland) bestellen und ihren alten Bräuchen nachgehen. Diese Gemeinden sind durch die Bahntrasse und vom damit einhergehenden Landverlust betroffen. Wenn sie kein Land mehr haben, auf

<sup>1</sup> Das einstige Fischerdorf hat heute 11.000 Touristenbetten. 1,8 Millionen Feriengäste waren im letzten Jahr dort. <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5981787#:~:text=In%20vielen%20Windungen%20wird%20sich,Millionen%20Fahrg%C3%A4ste%20im%20Jahr%20bef%C3%B6rdern>

<sup>2</sup> <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/sie-wollen-uns-ausloeschen/>

<sup>3</sup> ebd.



dem sie Mais für ihre Tortillas sowie Bohnen und Kürbisse anbauen können, müssen sie diese Lebensmittel zu hohen Preisen kaufen, was die Armut fördert. In der Stadt Felipe Carrillo Puerto mit 31.000 Einwohnern (2020), in der mehrheitlich Maya leben, entsteht einer der Bahnhöfe für den Tren Maya. Auch dort erwarten die Bewohner steigende Preise durch Immobilienspekulanten. Viele der indigenen Bevölkerung in der Stadt und in den umliegenden Gemeinden befürchten den Verlust ihrer Sprache, Bräuche und ihrer Identität. Es ist die Frage, ob sich die Maya-Bevölkerung, die im Tourismusbereich meist im Niedriglohnssektor arbeitet, auch weiterhin ihre Identitätszugehörigkeit erhalten kann.

Erika Guevara- Rosas, ehemalige Amerika-Direktorin bei Amnesty International, forderte bereits 2018, dass das Projekt nur umgesetzt werden dürfe, wenn die möglicherweise betroffenen indigenen Völker ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung geben. Mexiko müsse seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommen und die indigenen Völker ordnungsgemäß zu öffentlichen Richtlinien und Regierungsmaßnahmen konsultieren, die sich auf ihre Territorialrechte sowie ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte auswirken könnten.<sup>4</sup>

## RECHT AUF EINE GESUNDE UMWELT

Die Selva Maya in Mexiko, Guatemala und Belize ist das größte Regenwaldgebiet im amerikanischen Kontinent nach dem Amazonas. „*Wir werden keinen einzigen Baum fällen*“, erklärte der mexikanische Präsident über den Tren Maya im Jahr 2018. Inzwischen ist klar, dass mindestens 6.659 Hektar Regenwald und damit viele Millionen Bäume für den Tren Maya abgeholzt wurden, wie Umweltorganisationen in Mexiko nachgewiesen haben. Das Projekt hat massive negative Auswirkungen auf die Lebensgrundlage und die Rechte der indigenen Bevölkerung der Halbinsel Yucatán.<sup>5</sup>

Trotz richterlich angeordneter Baustopps auf Teilstrecken ging der Bau 2023 weiter. Mit dem Urteil wurde die Regierung auch angewiesen, dem Gericht die Protokolle, Bauberichte und alle Aufzeichnungen über die Höhlen und Cenotes entlang der Strecke zu übergeben, außerdem Unterlagen zu den zur Vermeidung einer Grundwasserkontamination ergriffenen Schutzmaßnahmen, Berichte über mögliche bei den Arbeiten aufgetretene Erdrutsche oder Absackungen und die ergriffenen Gegenmaßnahmen.<sup>6</sup> Das Projekt bedroht die Natur im Süden Mexikos sowie das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt, so Amnesty International im Jahresbericht 2023.<sup>7</sup> Umweltschützer\*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen werfen der Regierung vor, sich bei dem Bauprojekt nicht an die Umweltgesetzgebung zu halten. Sie weisen zudem darauf hin, dass sich das Projekt negativ auf das Ökosystem auswirke, insbesondere auf das unterirdische Wassersystem im Südosten des Landes. Die Umweltgesetzgebung verpflichtet die Behörden, die Umwelt zu schützen und bei öffentlichen Bauvorhaben Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzunehmen. Die Kommission für Umweltzusammenarbeit (*Comisión de Cooperación Ambiental*), die im Zuge des ersten Freihandelsvertrags zwischen Mexiko, den USA und Kanada gegründet wurde, empfahl den mexikanischen Behörden, einen Bericht über die Risiken und Auswirkungen des Projekts zu erstellen.<sup>8</sup>

Welche Auswirkungen der Tren Maya mit seinen 34 Haltestellen auf Menschen, Tiere und Umwelt haben wird, werden wir voraussichtlich erst in einigen Jahren wissen.

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>4</sup> <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/11/mexico-el-tren-maya-debe-contar-con-consentimiento-libre-previo-e-informado-de-los-pueblos-indigenas-que-pudieran-ser-afectados-2/>

<sup>5</sup> <https://www.regenwald.org/news/11995/einweihung-des-maya-zugs-in-mexiko-kein-grund-zum-feiern>

<sup>6</sup> <https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/richter-will-baustopp-fuer-bahntrasse-durchsetzen/>

<sup>7</sup> <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/mexiko-2023>

<sup>8</sup> ebd.

## DIE MAYA-GEMEINSCHAFT IXIL VERTEIDIGT IHRE ANGESTAMMTEN TERRITORIEN

Ixil ist ein wunderschönes Maya-Dorf mit etwa 4.500 Einwohnern, das 25 Minuten von Mérida entfernt in Yucatán, Mexiko, liegt. Wir haben viele archäologische Stätten, wie zum Beispiel die noch nicht ausgegrabenen Pyramiden neben unserer Kirche aus dem 17. Jahrhundert. Unsere Identität ist tief mit dem Chilam Balam von Ixil verwurzelt, dass im 18. Jahrhundert von unseren Maya-Vorfahren verfasst wurde und eine von nur neun erhaltenen Maya-Chroniken aus der Kolonialzeit ist.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die von der Gewalt des „Kastenkrieges“ geprägt war und in der der letzte große Aufstand der Maya auf der Halbinsel Yucatán blutig niedergeschlagen wurde, wurden die Ixil gewaltsam in die Henequén-Sklavenwirtschaft (Sisal-Plantagen) gezwungen, welche unser Land und die Werke unserer Vorfahren ausbeutete. Das damals erwirtschaftete große Vermögen beherrscht noch heute Yucatáns Wirtschaft und Politik. Nach der Revolution wurde ein Teil dieser Ländereien von unserer Gemeinschaft zurückerobert, während weitere Teile unseres angestammten Territoriums in privatem Besitz verblieben, obwohl es sich um Gemeinschaftsland handelt, das von unserem Volk seit Generationen in friedlicher und ununterbrochener Weise bewirtschaftet wurde.

In den letzten Jahren ist Ixil zu einem Symbol des Widerstands der Maya gegen Enteignung und Missbrauch im Rahmen der ungerechten, betrügerischen und zerstörerischen Entwicklungspolitik geworden, die dem Maya-Volk von Yucatán seit den 1980er Jahren so viel Leid zugefügt hat. Wir haben bisher mit Erfolg unser kollektives Territorium gegen zahlreiche Enteignungsversuche durch private Investoren wie Immobiliengesellschaften, Megawindprojekte usw. verteidigen können.

Diese Privatinvestoren haben es auf Ixil abgesehen, weil unser Territorium nahe von Mérida, der Hauptstadt von Yucatán, liegt und noch so schön ist, dass es fast unberührt erscheint. Dieses Land, das sie uns wegnehmen wollen, ist von herausragender Bedeutung: Es ist unsere Lebensquelle und die Grundlage unserer Kultur und Identität. Überall gibt es archäologische Stätten, zahlreiche heilige Orte und eine Vielzahl von Geschichten, die mit diesem Land verwoben sind. Wir haben Tausende von Hektar Laubwald mit einer großen Artenvielfalt und reiche Küstenökosysteme im Übergang zwischen Wald und Meer.

Wir schützen das wahrscheinlich größte und am besten erhaltene Gebiet der Yucatán-Savanne, ein Feuchtgebiet an der Küste, das es nur auf der Halbinsel Yucatán gibt und das zum Opfer der Immobilienindustrie geworden ist. Es gibt ein großes Mangrovegebiet, das durch die betrügerische Privatisierung des Küstenstreifens in Mitleidenschaft gezogen wurde, aber vollständig wiederhergestellt werden kann, woran wir bereits mit Unterstützung zweier staatlicher Universitäten arbeiten. Ein sehr großes Gebiet mit einem endemischen Ökosystem, das Calichal genannt wird, hat sehr interessante geologische Formationen, die durch den Einschlag des großen Meteoriten entstanden sind, der einst das Aussterben der Dinosaurier verursachte. Diese Gebiete beherbergen viele gefährdete Arten. Unsere Küstenökosysteme sind für den Schutz der Gemeinschaft hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels äußerst wichtig.

Die Verteidigung unseres Territoriums wird von der Versammlung der Ixil-Gemeinschaft koordiniert, die den Ixil-Gemeinderat (3 Frauen und 3 Männer) wählt, der sie vertritt. Die Organisation der Versammlung begann im Jahr 2018. Seitdem haben wir gewaltsame Übergriffe der Staatspolizei mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft erlebt, Proteste in Ixil und in Mérida sowie zahlreiche Prozesse, Pressekonferenzen, Verhinderung von Immobilienprojekten, Anklagen gegen korrupte Beamt\*innen, Foren und Seminare organisiert. Trotz ständiger polizeilicher Überwachung und der Abriegelung eines Teils unseres Territoriums mit Stacheldraht bewirtschaften und pflegen wir weiterhin unsere Ländereien, den Dschungel, die Mangroven, Savannen und Sümpfe – auch in den gesperrten Gebieten. Und wir pflegen unser kulturelles Erbe. Noch ist unser Territorium in der Hand der Gemeinschaft, und kein einziges

Immobilien- oder Energie-Megaprojekt wurde gebaut, obwohl bereits mehrere von der Regierung genehmigt wurden.

Aktuell stehen wir vor sehr großen Herausforderungen: In der Klage zur Verteidigung eines Teils unseres Territoriums müssen wir 188.818 Pesos (ca. 6.600 Euro) als Kautions hinterlegen, um einen endgültigen Aufschub zum Schutz unserer Ländereien bis zum Ende des Prozesses zu erhalten. Dieser wurde uns bis Montag, den 27. Mai 2024, gewährt. Wenn wir diese Kautions nicht rasch hinterlegen, wird das Gericht die Aussetzung aufheben, was weitere Polizeigewalt gegen unsere Gemeinde und den möglichen Verlust von Hunderten Hektar Kulturland bedeuten würde. Hunderte von Maya-Familien sind von dem Kulturland abhängig. Einige dem Gouverneur von Yucatán nahestehende Familien wollen dort ein Mega-Immobilienprojekt bauen und werden dabei von der Staatsanwaltschaft und der Staatspolizei unterstützt, die seit August 2023 mehrere Einheiten zur ständigen Bewachung unserer Ländereien einsetzen. Wir bewirtschaften diese Ländereien weiter, wir bewahren unser Land, obwohl die Staatsanwaltschaft verfügt hat, diesen Teil mit Stacheldraht abzusperren. Wir steigen über diese Absperrungen und pflegen unsere Kulturen und Bienenstöcke weiter, aber ohne die Aussetzungsanordnung droht jetzt ein Räumungsbefehl. Der Räumungsbefehl würde weit mehr Polizeigewalt hervorbringen, als wir bisher erlebt haben.

Bisher haben wir den Versuch der Enteignung von 5.300 Hektar Ejido-Land (Allmende/Gemeinschaftsland) bei der auf Menschenrechte spezialisierten Bundesstaatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die Ermittlungen sind in vollem Gange und wir hoffen, dass sie zu exemplarischen Strafen gegen die Geschäftsleute führen werden, die versucht haben, uns dieses Land zu stehlen. Nach jahrelanger Sensibilisierung der Gemeinschaft und rechtlichen Schritten haben wir gegen private Interessen die Kontrolle über das Ejido für die Menschen zurückgewonnen. Es ist uns auch gelungen, zwei Mega-Immobilienprojekte zu stoppen, für die insgesamt mehr als 1.000 Hektar Wald abgeholzt werden sollten. Und wir setzen die gemeinschaftliche Arbeit zur Wiederherstellung der Mangroven fort, die durch Enteignung und die sogenannte Entwicklung unserer Küste beschädigt wurden.

Wir haben uns mit anderen Maya-Gemeinschaften im Kampf gegen die Enteignung verbündet. Sie nehmen an den Foren und Seminaren teil, die wir in Ixil organisieren, wie z. B. kürzlich an einem Seminar zu den Rechten indigener Völker und Gemeinschaften, und wir halten mitunter gemeinsame Pressekonferenzen ab. Wir arbeiten auch mit Solidaritätsorganisationen wie der Yansa-Stiftung zusammen, die die Verteidigung unseres Territoriums seit Jahren begleitet. Das Endziel dieser Arbeit ist die vollständige Rückgabe unseres Territoriums an die Gemeinschaft zur Erhaltung unserer Kultur und Umwelt.

Wenn Sie mehr über unsere Gemeinschaft erfahren oder unsere Bemühungen zur Verteidigung unseres Gebiets unterstützen möchten, schreiben Sie bitte an [maalob.cuxta@gmail.com](mailto:maalob.cuxta@gmail.com).

Das Kollektiv Ma'alob Cuxta im Auftrag des Rates der Gemeinde Ixil

Übersetzung von Kirsten vom Heu. Sie arbeitet im Umweltschutz und in der Entwicklungszusammenarbeit.



# GUATEMALA

## ERFOLG FÜR DIE MAYA-Q'EQCHI' NACH JAHRELANGEN PROTESTEN GEGEN DIE NICKELMINE FÉNIX

Jahrzehntelang wehrte sich die lokale Bevölkerung im guatemalteckischen El Estor gegen die verheerenden Auswirkungen der Fénix-Nickelmine, die von der Compañía Guatemalteca de Níquel (CNG), einem Tochterunternehmen der Solvay Investment Group, betrieben wird. Die Luft und das Wasser des Izabal-Sees wurden kontaminiert, was zu Fischsterben und teils schweren Gesundheitsschäden bei den Bewohner\*innen führte.<sup>1</sup>

Nach langem Rechtsstreit hat am 15. Dezember 2023 der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte in Costa Rica dem Volk der Q'eqchi' in der Region Izabal Rechte an dem Land zugesprochen, das sie seit dem 19. Jahrhundert bewohnen und bewirtschaften.<sup>2</sup> Der Staat „ist verantwortlich für die fehlende Anerkennung des kollektiven Eigentums, für das Fehlen einer angemessenen Konsultation über die Bergbauaktivitäten und für Gewaltakte und Schikanierungen einer indigenen Gemeinschaft“, heißt es im Urteil. Das Gericht wies den Staat Guatemala an, das Land zurückzugeben und die Maya-Gemeinschaften der Q'eqchi' zu dem Bergbauprojekt zu befragen.<sup>3</sup> Gemäß des von Guatemala ratifizierten ILO-Übereinkommens 169 ist der Staat verpflichtet, Konsultationen durchzuführen, um die freie, vorherige und informierte Zustimmung der indigenen Völker einzuholen.

Seit 1970 wird in der Mine Nickel abgebaut, zunächst von einem kanadischen Unternehmen. 2011 übernahm die Schweizer Firma Solvay Group die Mine. Die dort lebenden Menschen wurden nicht in die Projekte einbezogen, obwohl sie ein angestammtes Recht auf das Land genießen. Teilweise wurden die Q'eqchi' in den 1970er Jahren umgesiedelt. Obwohl 2019 das guatemalteckische Verfassungsgericht feststellte, dass die Lizenz der Mine illegal erteilt wurde und eine Konsultation der betroffenen indigenen Bevölkerung gemäß der ILO-Konvention 169 anordnete, wurden Teile der Mine weiterbetrieben. Im Herbst 2021 kam es zu einer großen Protestbewegung und brutaler staatlicher Gewalt gegenüber den Protestierenden.

Das Gerichtsurteil des Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, welches etwa 400 Menschen der Gemeinde Agua Caliente Lote 9 betrifft, wird voraussichtlich auch Einfluss auf anhaltende und zukünftige Streitigkeiten anderer indigener Gemeinschaften in ganz Lateinamerika nehmen. Denn das Urteil ist bindend, kann nicht angefochten werden und hat nach Ansicht beteiligter Juristen richtungsweisenden Charakter.

---

<sup>1</sup> <https://konzernverantwortung.ch/beispiele/gewalt-und-umweltzerstoerung-in-guatemala/>  
<https://forbiddenstories.org/in-guatemala-the-devils-metal-is-ravaging-local-environments/>  
<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/guatemala-landrechte-indigene-qeqchi>

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/guatemala-rechte-indigene-minen-100.html>

<sup>3</sup> <https://amerika21.de/2024/01/267675/nickelmine-guatemala-sieg-fuer-indigene>  
Zum Verlauf der Auseinandersetzungen und Einzelheiten zum Urteil siehe auch unter <https://www.prensalibre.com/economia/la-corteidh-le-ordena-al-gobierno-de-guatemala-titular-tierras-y-consultar-a-poblacion-indigena-sobre-la-minera-fenix/>



Der Staat Guatemala muss innerhalb von sechs Monaten die Eigentumsurkunden für das Land der indigenen Gemeinschaft übergeben. Darüber hinaus muss die Befragung der Q'eqchi-Gemeinden in El Estor, Izabal, Cahabón, Panzos und Senahú in Alta Verapaz im Zusammenhang mit dem Bergbauprojekt Fénix wiederholt werden.

-----

## PREIS FÜR JURISTISCHE VERDIENSTE FÜR DEN EINSATZ DER MEINUNGSFREIHEIT

Am 11. April 2024 erhielt die Human Rights and Indigenous Peoples Clinic (juristische Beratergruppe für Menschenrechte und indigene Völker der Universität Suffolk, USA)<sup>4</sup> gemeinsam mit der Vereinigung der Maya-Anwält\*innen und -Notar\*innen in Guatemala den „Columbia Global Freedom of Expression“. Besonders gewürdigt wurden u. a. auch zwei Rechtsberater\*innen der Maya Kaqchikel.

Ihr unermüdlicher Einsatz im Fall der Maya Kaqchikel von Sumpango vs. Guatemala vor dem Inter-amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte führte zu einer bahnbrechenden Entscheidung, mit der diskriminierende Vorschriften zur Zuteilung von Funkfrequenzen in Guatemala angefochten wurden.<sup>5</sup>

Bei der Vergabe von Radiofrequenzen für indigene Sender wurden diese in der Vergangenheit vom Staat nicht berücksichtigt. Es gibt nur einen offiziellen Community-Sender, Radio Qawinagel, aber auch viele Sender in Gemeinden, die keine Lizenz haben, also illegal betrieben werden. Da 80 Prozent der Indigenen in Guatemala als arm gelten, besitzen auch die Gemeinden nicht die finanziellen Mittel, um die Radiofrequenzen zu erwerben, die nach dem Allgemeinen Telekommunikationsgesetz meistbietend versteigert werden. Für die Maya-, Xinca-Völker und Garifuna in Guatemala, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, ist es wichtig, über eigene Medien zu verfügen, da die Bewahrung, Verbreitung und Entwicklung indigener Kulturen und Sprachen eine wichtige Rolle spielen.

Am 17. Dezember 2021 gab der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte seine Entscheidung im Fall der *Indigenen Maya Kaqchikel-Völker von Sumpango vs. Guatemala* bekannt. Das Gericht entschied, dass die Republik Guatemala „international für die Verletzung der Rechte indigener Völker auf freie Meinungsäußerung, Gleichheit vor dem Gesetz und Teilnahme am kulturellen Leben“ verantwortlich sei.

---

<sup>4</sup> Human Rights and Indigenous Peoples Clinic tritt im Namen von indigenen Völkern oder indigenen gemeinnützigen Organisationen vor internationalen Menschenrechtsorganen wie den Vereinten Nationen oder der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR) ein. Derzeit vertritt die Beratergruppe guatemaltekeische Organisationen für die Rechte indigener Völker vor dem IACHR in einer Petition zur Meinungsfreiheit.

<https://www.suffolk.edu/law/academics-clinics/clinics-experiential-opportunities/clinics/human-rights-and-indigenous-peoples>

<sup>5</sup> <https://www.culturalsurvival.org/news/human-rights-and-indigenous-peoples-clinic-suffolk-university-and-association-maya-lawyers-and>



Das Gericht wies den Staat an, „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den indigenen Maya-Gemeinschaften den freien Betrieb ihrer Gemeinderadiosender zu ermöglichen, die internen Vorschriften anzupassen, um Gemeinderadiosender als differenzierte Kommunikationsmittel anzuerkennen, ein einfaches Verfahren zur Erlangung von Lizenzen zu regeln und einen Teil davon für diese zu reservieren.“<sup>6</sup>

Entscheidungen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte sind bindend, was bedeutet, dass der Staat Guatemala dem Urteil und seinen damit verbundenen Verpflichtungen nachkommen muss.

Barbara Hermanns

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

# IN EIGENER SACHE

## UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos per E-Mail bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

[barbara.hermanns@hamburg.de](mailto:barbara.hermanns@hamburg.de)



---

<sup>6</sup> <https://www.culturalsurvival.org/news/press-conference-celebrates-and-clarifies-momentous-ruling-inter-american-court-human-rights>

# HONDURAS

## SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR AUFKLÄRUNG

**Im März 2016 wurde die Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres in Honduras ermordet. Die Hintergründe des Mordkomplotts wurden nie vollständig aufgeklärt. Doch gibt es Hinweise, dass eine Überweisung der niederländischen Entwicklungsbank FMO eine Rolle spielte.**

*Aus La Esperanza von Knut Henkel*

Utopia« steht in dicken Lettern über dem Eingang zum Tagungszentrum, daneben die sechs Buchstaben COPINH. Die Initialen stehen für »Rat indigener und ziviler Organisationen aus Honduras«. Die überaus aktive zivilgesellschaftliche Organisation hat ihren Sitz in der Stadt La Esperanza, nur ein paar Dutzend Kilometer entfernt von der Grenze zu El Salvador. Mitgründerin und langjährige Koordinatorin von COPINH war Berta Cáceres, die sich unter anderem gegen das Staudammprojekt Agua Zarca des Bauunternehmens DESA wehrte. Am 2. März 2016 wurde die charismatische Umweltaktivistin in ihrem Haus in La Esperanza von einem Killerkommando erschossen. Die Strafverfolgung verlief schleppend. Zwar wurden inzwischen einige Täter und Mittelsmänner verurteilt, nach Auffassung von COPINH und der Familie von Berta Cáceres blieben jedoch bislang einige Drahtzieher des Mordkomplotts im Dunkeln. Das soll sich bald ändern.

Eine holprige Schotterpiste führt an Neubauten und landwirtschaftlichen Betrieben vorbei zu dem abgelegenen Zentrum, das in einem weitläufigen Flachbau untergebracht ist. Dort arbeiten Bertha Zúñiga Cáceres, die Tochter von Berta Cáceres, und der Sozialwissenschaftler Camilo Bermúdez. Der drahtige 32-Jährige ist der Leiter der Rechtsabteilung von COPINH und die treibende Kraft hinter zwei Klagen, die die Organisation und die Familie Cáceres in Amsterdam eingereicht haben. Denn Bermúdez wirft einer niederländischen Bank vor, mit ihren Zahlungen die Verfolgung und Ermordung von Berta Cáceres erst ermöglicht zu haben.

»Wir haben zwei Verfahren gegen die niederländische Bank FMO angestrengt: ein zivilrechtliches, in dem es um den Verdacht der Fahrlässigkeit geht, und ein strafrechtliches, in dem wegen potenzieller Mittäterschaft an dem Mord ermittelt wird«, sagt Bermúdez. Er erwartet einen baldigen Prozessbeginn. Für die halbstaatliche Entwicklungsbank mit Sitz in Amsterdam sind beide Verfahren ein Desaster. Das Finanzunternehmen, an dem der niederländische Staat mit 51 Prozent die Mehrheit hält, hat im Jahr 2014 einen Kredit in Höhe von 15 Millionen US-Dollar für den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca an das ausführende Bauunternehmen DESA vergeben und muss nun nachweisen, sich dabei an die internationalen Ausschreibungs- und Vergabestandards gehalten zu haben.

Nach Ansicht von Camilo Bermúdez könnte das Geld für den Auftragsmord aus einer Überweisung der FMO von mehr als 1,7 Millionen US-Dollar stammen. Das legen Textnachrichten aus den ausgewerteten Mobiltelefonen der Mörder und des DESA-Geschäftsführers David Castillo nahe. Demnach wurde das Geld über ein Konto der Deutschen Bank in New York nicht an den FMO-Kreditnehmer DESA überwiesen, sondern an das Zementunternehmen Concretos del Caribe S.A., und Zugriff auf dieses Konto hatten sowohl der DESA-Geschäftsführer David Castillo als auch DESA-Finanzchef Daniel Atala Midence. Castillo wurde bereits zu 22 Jahren und sechs Monaten Haft wegen Mittäterschaft an dem Mord verurteilt. Gegen Atala Midence, der der einflussreichen Bankiersfamilie Atala Zablah angehört, erließ die Generalstaatsanwaltschaft im Dezember 2023 einen Haftbefehl.

## LANDRECHTE VIELFACH VERLETZT

Das ist nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdlichen Arbeit von COPINH. Die Organisation brachte den Mordfall immer wieder in die Öffentlichkeit und machte auch hinter den Kulissen Druck. Kaum ein Fall erhielt in Honduras ähnliche Aufmerksamkeit. Das Foto der 2015 mit dem Goldman-Umweltpreis ausgezeichneten Berta Cáceres hängt auch acht Jahre nach ihrem Tod an Plakatwänden und ziert Hauswände in La Esperanza und im Rest des Landes. Im Mai 2022 erklärten die Abgeordneten des Parlaments Cáceres zur Nationalheldin, und seit ein paar Monaten lächelt sie einem auch auf dem 200 Lempira-Geldschein entgegen.

Dass dieser Heldinnenstatus dazu führt, die Hintergründe des Mordes lückenlos aufzuklären, bezweifelt Bertha Zúñiga Cáceres, die 2017 die Nachfolge ihrer Mutter als COPINH-Koordinatorin antrat. »Nur ein Beispiel: Trotz aller Proteste und internationaler Aufmerksamkeit nach dem Mord ist die Konzession für den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca am Fluss Gualcarque nach wie vor gültig«, kritisiert Zúñiga. Für die Lenca, eine indigene Bevölkerungsgruppe, die rund 130.000 Menschen in der Grenzregion von Honduras und El Salvador umfasst, ist der Gualcarque ein heiliger Fluss.

Im traditionellen Siedlungsgebiet der Lenca sind derzeit noch 50 weitere Konzessionen für Wasserkraft- und Bergbauprojekte gültig. COPINH macht sich dafür stark, dass sie annulliert werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Organisation sind zahlreiche Landkonflikte, die Lenca-Gemeinschaften betreffen. Die Organisation vertritt rund 200 Gemeinden, deren Landrechte verletzt wurden und bietet ihnen juristische Beratung an. Wenn nötig, vertrete man die Gemeinden auch vor Gericht, sagt Camilo Bermúdez.

### **»Die Konzession des Wasserkraftwerks ist nach wie vor gültig.«**

*Bertha Zúñiga Cáceres*

Bei ihm laufen alle Initiativen zur Aufklärung des Mordes an Berta Cáceres zusammen. Er hofft, dass Daniel Atala Midence bald festgenommen wird, denn vieles deute darauf hin, »dass er einer der Verantwortlichen für den Mord an Berta Cáceres ist«. Es sei das Ziel der Familie Cáceres und der Organisation COPINH, alle Verantwortlichen für den Mord zu belangen und Wege aufzuzeigen, wie man sich in einem Land ohne funktionierende Justiz wehren kann, ergänzt Bertha Zúñiga Cáceres.

Acht Jahre nach dem Mord scheint dieses Ziel näher zu rücken. Die Regierung von Xiomara Castro hat sich mehrfach zur lückenlosen Aufklärung der Hintergründe des Mordes an Berta Cáceres bekannt. Ein Prozess gegen Atala Midence ist zumindest in den Bereich des Möglichen gerückt. Allerdings dürfte seine einflussreiche Familie hinter den Kulissen immensen Druck ausüben. Die Bankiersdynastie initiierte nicht nur den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca, sondern finanzierte auch zahlreiche andere Großprojekte, von denen keines politisch unumstritten war.

Doch die COPINH-Aktivist\*innen sind gewappnet. »Wir wollen mit öffentlichen Aktionen die Zivilgesellschaft mobilisieren«, erklärt Camilo Bermúdez. Aufgrund der Popularität der Umweltaktivistin stehen die Chancen dafür gut. Das wiederum könnte die Arbeit des niederländischen Rechtsanwalts Wout Albers erleichtern, der die Familie Cáceres und COPINH in den beiden Verfahren gegen FMO in Amsterdam vertritt. Ein Prozess gegen Atala Midence in Honduras könnte möglicherweise auch Details der fragwürdigen Finanzierung des Wasserkraftwerks und Hintergründe des Mordes ans Licht bringen.

*Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal 03/2024 von Knut Henkel.*

*Knut Henkel arbeitet als freier Korrespondent in Lateinamerika.*

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Amnesty International wieder.*

# KOLUMBIEN

## »JEDE WOCHEN WERDEN ZWEI MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER\*INNEN ERMORDET«

FÜR LAND- UND UMWELTVERTEIDIGER\*INNEN IST KOLUMBIEN DAS TÖDLICHSTE LAND WELTWEIT

Der Amnesty-Experte *Camilo Vargas Betancourt* über Gefahren und Schutzmaßnahmen

Interview: *Maja Liebing*

### Warum ist Kolumbien für Aktivist\*innen so gefährlich?

Weil es ein Land voller Widersprüche ist. Kolumbien hat eine bemerkenswert vielfältige Geografie mit einem unglaublichen Reichtum an Ökosystemen und biologischer Vielfalt. Diese komplexe Geografie bringt aber große Herausforderungen für die staatlichen Institutionen mit sich: Sie sind hauptsächlich in den städtischen Zentren angesiedelt und in den abgelegenen Gebieten nicht präsent. Und dort, wo der Staat abwesend ist, hat sich die Zivilgesellschaft gut entwickelt. In Kolumbien gibt es starke zivilgesellschaftliche Organisationen, die sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene tätig sind. Häufig übernehmen Menschenrechtsverteidiger\*innen eine Führungsrolle in ihren Gemeinschaften und stehen an vorderster Front, was den Schutz von Land und Umwelt betrifft. Sie haben es aber mit ebenfalls mächtigen Gegner\*innen zu tun, die in Abwesenheit des Staates die Umwelt und die lokalen Gemeinschaften ausbeuten wollen.

### Warum sind diese Gemeinschaften so gefährdet?

Der Großteil der ländlichen Gebiete wird von indigenen, afrokolumbianischen und kleinbäuerlichen Gemeinschaften bewohnt, die über Jahrzehnte oder Jahrhunderte Lebensweisen entwickelt haben, die mit den Ökosystemen Kolumbiens harmonieren. Dazu gehört zum Beispiel die traditionelle Fischerei in den großen Gewässern des Landes. Diese Gemeinschaften wirtschaften nachhaltig. Gleichzeitig expandieren Wirtschaftszweige wie die Agrarindustrie, der Bergbau, die Energiewirtschaft, aber auch illegale Ökonomien, häufig in genau diesen ländlichen Gebieten und betrachten die Gemeinschaften als »Entwicklungshindernisse«. In Ermangelung des Staates, der Sicherheit und Gerechtigkeit garantiert, ist es dann einfach, die führenden Vertreter\*innen dieser Gemeinschaften zu bedrohen, zu vertreiben oder sogar zu ermorden.

### Wie hat sich die Situation seit dem Amtsantritt von Präsident Gustavo Petro verändert?

Sein Amtsantritt vor anderthalb Jahren brachte bedeutende Veränderungen mit sich. Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen wird nun als Problem erkannt. Frühere Regierungen versuchten, das Problem lediglich durch die Bereitstellung von kugelsicheren Westen, Fahrzeugen oder Leibwächtern zu lösen. Diese Schutzmaßnahmen haben sich jedoch als unzureichend erwiesen, weil sie nicht von Maßnahmen begleitet waren, die auch die Ursachen der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen angehen. Die derzeitige Regierung hat in ihrem ersten Jahr einen Notfallschutzplan umgesetzt, den zivilgesellschaftliche Organisationen und Bündnisse mithilfe der Vereinten Nationen entworfen haben. Er wirkt aber noch nicht ausreichend. Die Gewalt ist zwar zurückgegangen, hat aber immer noch ein skandalös hohes Niveau. Jede Woche werden zwei Menschenrechtsverteidiger\*innen ermordet.

### **Was müsste noch getan werden?**

Eine wirksame Schutzpolitik muss vor allem die strukturellen Ursachen von Gewalt bekämpfen, also die Abwesenheit staatlicher Institutionen und das Fehlen wesentlicher öffentlicher Güter wie Sicherheit, Justiz, Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Teilhabe. Wenn dies nicht geschieht, gedeihen kriminelle Organisationen, die den Interessen derjenigen dienen, die diese Gemeinschaften, deren Gebiete und die Umwelt zerstören wollen. Kolumbien plant kollektive Schutzmaßnahmen, um ländliche Gemeinschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken und die Ursachen der Gewalt zu bekämpfen. Die Umsetzung einer umfassenden Schutzpolitik ist jedoch schwierig.

### **Welche Schutzmaßnahmen gibt es für Menschenrechtsverteidiger\*innen?**

Es gibt in Kolumbien klare Verfahren, nach denen Menschenrechtsverteidiger\*innen Hilfe und Schutz suchen können. Erste Ansprechpartner\*innen bei Drohungen und Angriffen sind die Kommunalverwaltungen, also die mehr als 1.100 Bürgermeister\*innen und 32 Regionalgouverneur\*innen. Eine betroffene Person kann sich auch an die Nationale Schutzeinheit (UNP) wenden, die den Fall dann analysiert und den notwendigen Schutz gewährt, wie zum Beispiel Leibwächter. Außerdem gibt es kollektive Schutzmaßnahmen, die Konsultationen mit lokalen Organisationen und Gemeinschaften vorsehen, um zu analysieren, wie die strukturellen Ursachen der Gewalt in der jeweiligen Umgebung beseitigt werden können.

### **Welchen Schutz bekommt Yuly Velásquez?**

In ihrem Fall hat FEDEPESAN alle diese Maßnahmen beantragt. Seit 2020, als Yuly Drohungen und Angriffen ausgesetzt war, weil sie die Wasserverschmutzung im Feuchtgebiet von San Silvestre anprangerte, erhält sie Schutz durch die UNP. Dies hat ihr bei neuen Angriffen tatsächlich das Leben gerettet. Grundlegendere Lösungen, die der Staat FEDEPESAN zur Verfügung stellen sollte, fehlen jedoch noch immer. Es gibt eine große Diskrepanz zwischen dem umfassenden Schutz, den der Staat verspricht, und dem, was tatsächlich umgesetzt wird.

### **Was kann Amnesty International tun?**

Internationale Solidarität ist nötig und kann Leben retten. Amnesty International dokumentiert seit Jahren die Situation von Menschenrechtsverteidiger\*innen, die sich für Landrechte und Umweltschutz einsetzen, und fordert die kolumbianischen Behörden auf, diejenigen zu schützen, deren Leben in Gefahr ist. Trotz der Menschenrechtskrise stehen wirksame Schutzmaßnahmen in Kolumbien leider nicht vorrangig auf der politischen Agenda und werden in der Öffentlichkeit kaum diskutiert. Wenn eine globale Bewegung wie Amnesty International ihre Besorgnis über die Geschehnisse in Kolumbien zum Ausdruck bringt, trägt dies dazu bei, dem Thema Priorität einzuräumen, die politisch Verantwortlichen zum Handeln zu zwingen und einen wirksamen Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen herbeizuführen.

*Mit freundlicher Genehmigung der Übernahme aus dem Amnesty-Journal 03/2024 von Camilo Vargas Betancourt.*

*Camilo Vargas Betancourt, geboren 1988, ist Politikwissenschaftler, Völkerrechtler und Soziologe. Er arbeitet im Regionalbüro Nord- und Südamerika des Internationalen Sekretariats von Amnesty mit Sitz in Mexiko-Stadt und beschäftigt sich seit zehn Jahren insbesondere mit der Zivilgesellschaft und den Menschenrechten in Kolumbien.*

# ECUADOR

## HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN ECUADOR UND KANADA? – INDIGENE RECHTE IM KONFLIKT MIT WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN

Angesichts der katastrophalen Menschenrechtslage in Ecuador treiben die Regierungen von Ecuador und Kanada die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen voran. Dieses birgt enorme Risiken für die Menschen, den Amazonas-Regenwald und besonders die Rechte indigener Völker. Vertreter\*innen beider Länder haben erklärt, dass es ihr Ziel sei, mehr kanadische Bergbauprojekte in Ecuador anzuziehen und diese zu schützen. Expert\*innen der Vereinten Nationen warnen vor solchen Schutzmaßnahmen für Investor\*innen, die „katastrophale Folgen“ für die Menschenrechte und die Umwelt haben könnten.

Aktuell befinden sich beide Länder noch in den Verhandlungen über das neue Handelsabkommen. Allerdings sind dabei wichtige Stimmen ausgeschlossen worden, was zu wachsendem Widerstand der betroffenen indigenen und ländlichen Gemeinden geführt hat. Ein zentraler Kritikpunkt ist ihre fehlende Information und Konsultation - ein Verstoß gegen die ecuadorianische Verfassung und internationale Menschenrechtsverpflichtungen beider Länder. Bereits jetzt leiden indigene und ländliche Gemeinden in Ecuador unter den zerstörerischen Auswirkungen und der Gewalt, die mit kanadischen Bergbauprojekten zusammenhängen.

Bei einer Anhörung vor dem *House of Commons' Standing Committee on International Trade* (CIIT) am 13. März 2024 wies die kanadische Sektion von Amnesty International im Rahmen einer Untersuchung zum Freihandelsabkommen auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Ecuador hin. Die Organisation forderte Maßnahmen, die sicherstellen, dass jedes Abkommen mit den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen Kanadas zu vereinbaren sei.

- Dazu gehört eine glaubwürdige Bewertung der Auswirkungen des Abkommens auf die Menschenrechte, insbesondere für indigene Völker, rassifizierte Menschen, Frauen und Mädchen – gemäß der UN-Standards.<sup>1</sup>
- Außerdem muss gewährleistet werden, dass kein Freihandelsabkommen mit Ecuador ohne umfassende, transparente Konsultationen und die freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen indigenen Völker geschlossen wird.<sup>2</sup>

Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation von *Global Affairs Canada* 2023 mit Interessenvertreter\*innen äußerte sich Amnesty International Kanada außerdem besorgt, dass Menschenrechts-, Umwelt- und indigene Organisationen in Ecuador weder informiert noch konsultiert wurden, obwohl sie unter den weitreichenden Auswirkungen von Bergbauprojekten am meisten leiden würden.<sup>3</sup> Aus

---

<sup>1</sup> Amnesty International Canada, „Amnesty International Canada shares concerns at parliamentary study of free trade negotiations with Ecuador“, 16.02.2024, <https://amnesty.ca/human-rights-news/amnesty-international-canada-shares-concerns-at-parliamentary-study-of-free-trade-negotiations-with-ecuador/>

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> ebd.



diesem Grund hat die Organisation in ihrer schriftlichen Eingabe an *Global Affairs Canada* die Stimmen der Menschenrechtsverteidigerinnen von Ecuador aufgenommen.

**„Wir, die Amazonas-Frauen von Ecuador, Verteidigerinnen des Amazonas-Regenwaldes, haben uns organisiert, um unsere Menschenrechte zu verteidigen und den Amazonas vor irreversiblen Kipppunkten zu schützen, die Auswirkungen auf den gesamten Planeten haben würden. Wir sind sehr besorgt über die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und Kanada, weil verstärkte Investitionen in Bergbauprojekte im Amazonasgebiet den Kipppunkt überschreiten, unsere Menschenrechte verletzen und zu mehr Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen führen könnten.“<sup>4</sup>**

*Amazonian Women Defenders of the Rainforest, Ecuador*

Die indigenen Frauen wurden mit Morddrohungen und Angriffen konfrontiert, weil sie sich zu den ökologischen und sozialen Auswirkungen von Rohstoffabbauprojekten in ihren Gebieten äußerten. Dazu gehört auch ein erhöhtes Maß an geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die mit der Ansiedlung von Öl- und Bergbauunternehmen und einer Militarisierung zusammenhängt.<sup>5</sup>

Die Auswirkungen eines Handelsabkommens und die Proteste beschränken sich aber nicht nur auf das ecuadorianische Amazonasgebiet, sondern sie betreffen auch weitere Teile Ecuadors. Das zeigt ein Statement von *Indigenous Peoples Rights International* (IPRI), das auf die zunehmende Gewalt in den Gemeinden *Palo Quemado* und *La Pampa* in der andinen Provinz Cotopaxi aufmerksam macht. Diese Gewalt ist das Ergebnis von polizeilichen Repressionen gegen Bergbau-Gegner\*innen. Laut Berichten von *Confederacion de Nacionalidades Indigenas del Ecuador* (CONAIE) und *Anti-Mining Front* wurden 15 Personen durch den Einsatz von Gummigeschossen, Pellets und Tränengasbomben verletzt. Des Weiteren beschuldigte das kanadische Bergbauunternehmen *Atico Mining* 70 Gemeindemitglieder nur aufgrund ihres Widerstands gegen das Bergbauprojekt unrechtmäßig als "Terrorist\*innen".<sup>6</sup>

### Wie geht es weiter?

Es sind nicht nur die indigenen und ländlichen Gemeinden, die sich gegen das Handelsabkommen wehren. Das Ergebnis eines Referendums vom 21. April 2024 zeigt, dass die Mehrheit der Ecuadorianer\*innen diesem ebenfalls kritisch gegenüberstehen. Zwar befürworten sie die Stärkung der Sicherheitsmaßnahmen gegen das organisierte Verbrechen, sprechen sich aber gleichzeitig gegen neoliberale Wirtschaftsreformen aus, worunter auch das geplante Freihandelsabkommen fällt. Dadurch werden die Verhandlungen zunächst ausgebremst.<sup>7</sup> Die Bürger\*innen haben entschieden, dass ihre Stimmen und ihre Rechte nicht im Namen wirtschaftlicher Interessen geopfert werden dürfen.

---

<sup>4</sup> Amnesty International Canada, „Canada: No Ecuador Trade Deal Without Human Rights, Consultation and Consent“, [https://takeaction.amnesty.ca/page/147301/action/1?\\_ga=2.175693601.249375679.1712686337-137448441.1704726768](https://takeaction.amnesty.ca/page/147301/action/1?_ga=2.175693601.249375679.1712686337-137448441.1704726768)

<sup>5</sup> Amnesty International Canada, „Amnesty International Canada shares concerns at parliamentary study of free trade negotiations with Ecuador“, 16.02.2024, <https://amnesty.ca/human-rights-news/amnesty-international-canada-shares-concerns-at-parliamentary-study-of-free-trade-negotiations-with-ecuador/>

<sup>6</sup> IPRI, „Ecuador. Immediately cease repression and criminalization of community members of the parishes of Palo Quemado and La Pampa defending their territories against mega-mining projects“, 21.03.2024, <https://iprights.org/images/2024/ECUADOR/STATEMENT%20Ecuador%20Cotopaxi%20English%20final%20.pdf>

<sup>7</sup> Amazon Watch, „Los ecuatorianos votan para fortalecer las medidas de seguridad y rechazar las reformas económicas neoliberales en el último referéndum“, 24.04.2024, <https://amazonwatch.org/es/news/2024/0424-ecuadorians-vote-to-strengthen-security-measures-and-reject-neoliberal-economic-reforms-in-latest-referendum>

Diese Entscheidung, verbunden mit den Protesten und Sorgen der betroffenen Gemeinden sowie von Amnesty International, UN-Gremien und weiteren internationalen Organisationen, sollten die Regierungen verpflichten, die Verhandlungen transparenter und partizipativer zu gestalten. Es bleibt abzuwarten, ob am Ende der demokratische Wille und die Menschenrechte oder wirtschaftliche Interessen gewinnen.

#### **ZUM HINTERGRUND:**

Der 9. Januar 2024 kann als Höhepunkt der Gewalteskalation in Ecuador betrachtet werden: Gefängnisausbruch eines der mächtigsten Anführer ecuadorianischer Banden, eskalierende Gewalt, zahlreiche Gefängnisaufstände, Autobombenanschläge, Morde und Entführungen. Als Reaktion darauf rief der amtierende ecuadorianische Präsident Daniel Noboa den Ausnahmezustand und den „internen bewaffneten Konflikt“ im Land aus, womit VERSCHÄRFTE Maßnahmen gegen die Banden implementiert wurden. Dieses Vorgehen wird jedoch von verschiedenen Seiten kritisiert, da sowohl Menschenrechtsverletzungen und willkürliche Festnahmen als auch fragwürdige wirtschaftliche Entscheidungen mit Folgen für indigene Rechte Teil des Regierungskurses sind.<sup>8</sup>

Die angespannte Lage in Ecuador hat die Regierung dazu veranlasst, nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, darunter die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Kanada sowie die Fortführung der Ölförderung im Yasuni-Nationalpark. Obwohl Ecuador im August 2023 durch eine Volksabstimmung als erstes Land fossile Brennstoffe im Boden belassen wollte – ein historischer Sieg für die Rechte der Indigenen –, untergräbt die Regierung nun dieses Ergebnis, indem sie die Ölförderung im Yasuni fortsetzt. Präsident Noboa hat seine Unterstützung für ein Moratorium angekündigt, das die Umsetzung der Referendumsentscheidung um mindestens ein Jahr verzögern würde. Dies rechtfertigt er unter dem Vorwand, den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu finanzieren.<sup>9</sup> Doch die indigene Bewegung Ecuadors wirft der Regierung vor, demokratische Entscheidungen zu untergraben und das Chaos im Land auszunutzen, um wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.

**Bitte beteiligen Sie sich an der Online-Petition der kanadischen Sektion von Amnesty International zum Freihandelsabkommen zwischen Ecuador und Kanada.**

Den Link dazu finden Sie hier:

[https://takeaction.amnesty.ca/page/147301/action/1?\\_ga=2.175693601.249375679.1712686337-137448441.1704726768](https://takeaction.amnesty.ca/page/147301/action/1?_ga=2.175693601.249375679.1712686337-137448441.1704726768)

Amelie Philipsenburg

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

<sup>8</sup> Washington Post, „A narco revolt takes a once-peaceful nation to the brink“, 12.04.2024, <https://www.washingtonpost.com/world/interactive/2024/ecuador-gang-takeover-noboa-cocaine/>

<sup>9</sup> Amazon Watch, „Trotz des Sieges in einem historischen Referendum ist der Yasuni-Nationalpark erneut in Gefahr“, 30.01.2024, <https://amazonwatch.org/de/news/2024/0130-despite-victory-in-a-historic-referendum-yasuni-national-park-is-again-at-risk>

# PERU

## SELBSTVERWALTENDE STRUKTUREN: EIN BEITRAG ZUM ERHALT DER LEBENS-GRUNDLAGE INDIGENER VÖLKER

In Peru leben mehr als 30 Millionen Menschen. Davon sind ca. 6 Millionen Indigene, die sich in 55 verschiedene indigene Völker unterteilen, von denen 4 in den Anden wohnen und 51 aus dem Amazonasgebiet stammen. Jedes Volk verfügt über eine eigene Geschichte und kulturelle Identität.<sup>1</sup>

Indigene Völker Perus sehen ihre Lebensgrundlage zunehmend durch die Rohstoffförderung und den Klimawandel bedroht. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die immer häufiger auftretende Wasserknappheit sowie extreme Wetterereignisse münden in heftigen Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit der dort lebenden Bevölkerung. Diese Entwicklung bringt Konflikte zwischen dem Staatsapparat, den Großkonzernen und den Menschen, die sich für ihre Rechte und den Schutz der Umwelt einsetzen, mit sich.<sup>2</sup>

Massive Probleme verursacht die Ölgewinnung sowie der um sich greifende illegale und legale Bergbau, welche den Amazonas-Regenwald kontinuierlich zerstört. Trotz der Zerstörung wird an der ökonomischen Bedeutung festgehalten. Gewonnene Ressourcen aus dem Bergbau machen ca. 60 % des Gesamtexports aus. Es wird von einem weiteren Wachstum der Branche ausgegangen.<sup>3</sup>

### ÜBERREGIONALE AUTONOME TERRITORIALREGIERUNGEN

Die peruanischen indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet setzen sich für die Schaffung autonomer Territorialregierungen (ATGs) ein, um ihre Gebiete selbstverwaltend zu schützen und die kulturelle Kontinuität zu gewährleisten. Mit Unterstützung von Amazon Watch und Organisationen wie AIDESEP<sup>4</sup> streben die Gemeinschaften eine rechtliche Anerkennung und den Schutz ihres Landes an. Diese ATGs sollen als kollektive Regierungsstrukturen fungieren, die Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Aktivitäten verwalten und sich gegen äußere Bedrohungen wie Öl- und Bergbauunternehmen behaupten. Die ATGs fördern die Einheit und Widerstandsfähigkeit der indigenen Völker und stärken ihre Fähigkeit, ihre Rechte und Territorien zu verteidigen.

Da es an konkreten Maßnahmen seitens der Regierung fehlt, diese Zerstörungen zu verhindern, haben auch die Wampis, die den Awajún-Indigenen und Mestizen angehören, im Jahr 2015 eine autonome Nation (Nación Wampís) ausgerufen. Die Wampis orientieren sich an dem peruanischen Staatsmodell, das heißt, sie wählen ebenfalls Präsident\*innen und Minister\*innen, um auf Augenhöhe mit der peruanischen Regierung zu verhandeln. Als Grundlage für ihre Vorgehensweise beziehen sie sich auf die Er-

---

<sup>1</sup> <https://casayohana.org/blog/uberblick-indigene-volker-in-peru/>

<sup>2</sup> <https://www.comundo.org/de/was-wir-bewirken/unsere-einsatzlaender/peru>

<sup>3</sup> <https://perspektive-online.net/2024/03/anhaltende-proteste-in-peru-gegen-legalen-und-illegalen-bergbau/>

<sup>4</sup> AIDESEP: Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana (Interethnische Vereinigung zur Entwicklung des peruanischen Regenwaldes). Es ist eine bedeutende indigene Organisation in Peru, die sich für die Rechte und das Wohl der indigenen Völker im Amazonasgebiet einsetzt. AIDESEP spielt eine zentrale Rolle bei der Verteidigung indigener Landrechte, dem Schutz der Umwelt und der Förderung der kulturellen Identität und Selbstbestimmung der indigenen Gemeinschaften.

klärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (2007). In der Erklärung ist das Recht auf Selbstbestimmung sowie territoriale, politische und administrative Selbstverwaltung verankert. Sie wehren sich gegen Projekte und Bauvorhaben, welche nicht mit ihnen abgesprochen worden sind und erklären ihr Gebiet zur „abbaufreien Zone“. Die autonomen Territorialregierungen werden allerdings nicht von der peruanischen Regierung anerkannt.<sup>5</sup>

### BEISPIELE FÜR PROTESTE IM NORDEN UND SÜDEN PERUS

Seit fast 10 Jahren setzt sich die organisierte Bewegung für Verbote des illegalen Bergbaus ein. Die in Gemeinden organisierten autonomen Indigenen sind darüber hinaus in überregionalen Zusammenschlüssen vereinigt. Da der Staat diese Verbote nicht selbst durchsetzt, versucht die Wampi Nation immer wieder, Beteiligte illegaler Goldschürf-Operationen zu vertreiben. Die Indigenen sprechen von staatlicher Passivität und fordern von der Polizei und der Staatsanwaltschaft, für die allgemeine Sicherheit zu sorgen sowie den illegalen Bergbau durch Großkonzerne strafrechtlich zu verfolgen.

Im Februar 2024 haben Mitglieder der indigenen Gemeinde Villa Gonzalo 7 am illegalen Goldabbau beteiligte Personen festgenommen. Die Goldschürfer\*innen, welche sich in Begleitung von bewaffnetem Sicherheitspersonal befanden, waren dabei, neue Baggerschiffe auf dem Santiago-Fluss zu installieren. Die Behörden reagierten weder auf die Forderungen der Wampis, dafür zu sorgen, dass die Festgenommenen das Gebiet verlassen, noch die Baggerschiffe zu entfernen. Die festgenommenen Personen wurden nach ein paar Tagen wieder freigelassen.

Auch im südöstlichen Teil Perus sind die drastischen Folgen der Ausbeutung erkennbar. Innerhalb weniger Jahrzehnte entstand die Stadt „La Pampa“ auf Basis des illegalen Bergbaus. Bei der Goldgewinnung wurde Quecksilber eingesetzt, was dazu geführt hat, dass bereits tausende Hektar Regenwald vergiftet worden sind. Expert\*innen vermuten, dass dort über Generationen keine Wiederaufforstung möglich ist.

Die Zerstörung durch den illegalen Bergbau führt dazu, dass die Gesellschaft sich ebenfalls vermehrt gegen legale Bergbauprojekte wehrt. Beispiele für anhaltende Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen und internationalen Großkonzernen sind das Großprojekt „Las Bambas“ und die Mine in „Cuacone“ im Süden des Landes.

Mehrere Monate versuchten Einheimische die Bergbautätigkeiten zu blockieren, indem sie das Trinkwasserreservoir besetzten, durch das auch tausende Arbeiter\*innen des Bergwerks versorgt wurden. Im Verlauf der Proteste kam das peruanische Militär zum Einsatz. Durch die Aktivitäten der dort lebenden Menschen entstehen dem wachsenden Sektor immer wieder enorme wirtschaftliche Verluste. Das hält die Industrie und die Regierung allerdings nur in seltenen Fällen davon ab, mit der Ausbeutung des Bodens fortzufahren.

Trotz der Gründung autonomer territorialer Regierungen sowie der Unterstützung durch den nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Sektor münden viele Proteste in weitere Umweltzerstörung, Gewalt, Mord und Verlust der Lebensgrundlagen. Es gibt aber auch positive Meldungen. So wurde zum Beispiel ein anderes Bergbauprojekt im Jahr 2019 nach anhaltenden Protesten von der peruanischen Regierung gestoppt.<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> <https://amazonwatch.org/news/2024/0327-unity-and-resilience-pioneering-indigenous-self-governance-in-the-peruvian-amazon>

<sup>6</sup> <https://perspektive-online.net/2024/03/anhaltende-proteste-in-peru-gegen-legalen-und-illegalen-bergbau/>

## LANDESÜBERGREIFENDE KOOPERATIONEN

Mittlerweile wird auch grenzüberschreitend zusammengearbeitet: Indigene Organisationen aus Peru und Brasilien kooperieren, um ihre Regierungen zum Schutz des Yavarí-Tapiche-Territorialkorridors zu bewegen, der sich über 16 Millionen Hektar erstreckt. Diese Initiative soll die Gebiete isoliert lebender indigener Völker sichern, die grenzübergreifend leben und ebenfalls durch illegale Aktivitäten bedroht werden.

Geplant ist die Gründung einer binationalen Kommission, die Wissen austauscht und Schutzrichtlinien entwickeln soll. Trotz des politischen Widerstands und der langsamen staatlichen Fortschritte bemühen sich die Organisationen weiterhin um gesetzliche Anerkennung und besseren Schutz dieser Gebiete. Indigene Vertreter\*innen betonen die Dringlichkeit, gegen die Bedrohungen vorzugehen und die Koordination beider Länder zum Beispiel auch in Gesundheitsfragen zu fördern.<sup>7</sup>

## NEUES FORSTGESETZ TRÄGT ZUR WEITEREN ENTWALDUNG UND BEDROHUNG INDIGENER VÖLKER BEI

Eine neue rechtliche Grundlage trifft die Menschen zusätzlich wie ein Schlag. Am 11. Januar 2024 verabschiedete der peruanische Kongress ein neues Forst- und Wildtiergesetz, das nach Ansicht von Umwelt- und Menschenrechtsexpert\*innen die Abholzung des Regenwaldes begünstigt und die Rechte indigener Völker beschneidet. Das Gesetz erleichtert die Umwandlung von Waldflächen in landwirtschaftliche Flächen, indem es Umweltverträglichkeitsprüfungen und Vorabkonsultationen mit indigenen Gemeinden nicht mehr vorschreibt. Diese Änderungen haben zur Folge, dass bisherige Schutzmaßnahmen für Waldflächen aufgehoben werden und die Zuständigkeit vom Umwelt- auf das Landwirtschaftsministerium übergehen wird.

Von dem Gesetz profitieren vor allen Dingen die großen Agrarunternehmen und illegalen Akteure, die bereits große Flächen ohne offizielle Genehmigungen nutzen. Unzählige Fälle von Verstößen gegen das bisherige Forstgesetz könnten nun straffrei bleiben, was die Rechtsunsicherheit und Gefahren weiterhin für indigenen Gemeinden erhöht.

Gegen das Gesetz wurde eine Verfassungsklage eingereicht, da es gegen Artikel 66 der peruanischen Verfassung verstößt. In dem Artikel werden Wälder als nationales Naturerbe definiert. Zudem missachtet das Gesetz das Recht auf Vorabkonsultation indigener Völker und untergräbt Perus internationale Verpflichtungen zum Wald- und Klimaschutz.

Die Gesetzesänderung wurde ohne ausreichende Beratung und trotz Warnungen von Fachleuten und Regierungsvertreter\*innen beschlossen. Verschiedene nationale und internationale Organisationen sowie indigene Verbände haben das Gesetz kritisiert. Sie befürchten, dass es die Entwaldung beschleunigt und die Rechte der indigenen Bevölkerung und Kleinbäuer\*innen zunehmend verletzt. Außerdem besteht die Sorge, dass Peru seine Handelsverträge mit der EU und den USA gefährdet und auf die rote Liste der Länder gesetzt wird, die internationale Standards nicht einhalten.<sup>8</sup>

Die Gesetzesänderung hat breite Proteste und Kritik von Menschenrechtsorganisationen, indigenen Vertreter\*innen, kirchlichen Institutionen und internationalen Botschaften hervorgerufen, die die möglichen negativen Auswirkungen auf Waldschutzinitiativen und die Rechte indigener Völker verurteilen.<sup>9</sup>

---

<sup>7</sup> <https://news.mongabay.com/2024/04/cross-border-indigenous-efforts-in-peru-brazil-aim-to-protect-isolated-groups/>

<sup>8</sup> <https://www.infostelle-peru.de/indigene-und-regenwald/neues-forstgesetz-foerdert-entwaldung-und-bedroht-indigene-voelker/>

<sup>9</sup> <https://www.infostelle-peru.de/indigene-und-regenwald/neues-waldgesetz-wer-profitiert-wer-verliert/>

Trotz der massiven Herausforderungen und Bedrohungen durch staatliche und wirtschaftliche Interessen werden sich die Menschen in Peru weiterhin für ihre Rechte einsetzen und für den Schutz ihrer Umwelt kämpfen.

Quellen:

<https://www.comundo.org/de/was-wir-bewirken/unsere-einsatzlaender/peru>

<https://casayohana.org/blog/uberblick-indigene-volker-in-peru/>

<https://perspektive-online.net/2024/03/anhaltende-proteste-in-peru-gegen-legalen-und-illegalen-bergbau/>

<https://amerika21.de/2024/03/268396/indigene-wampi-peru-gegen-goldabbau>

<https://amazonwatch.org/news/2024/0327-unity-and-resilience-pioneering-indigenous-self-governance-in-the-peruvian-amazon>

<https://news.mongabay.com/2024/04/cross-border-indigenous-efforts-in-peru-brazil-aim-to-protect-isolated-groups/>

<https://www.infostelle-peru.de/indigene-und-regenwald/neues-forstgesetz-foerdert-entwaldung-und-bedroht-indigene-voelker/>

<https://www.infostelle-peru.de/indigene-und-regenwald/neues-waldgesetz-wer-profitiert-wer-verliert/>

Übersetzt und zusammengefasst von Anne Zummach

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker



# TANSANIA

## MASSAI WEITER UNTER DRUCK

Am 29. November 2023 feierten vier indigene Massai-Gemeinschaften in Loliondo einen seltenen Sieg, als die Berufungsabteilung des Ostafrikanischen Gerichtshofs (East African Court of Justice EACJ) ihrer Berufung in einem Fall vom September 2022 stattgab und die Kosten beider Verfahren der Regierung auferlegte. Das Urteil bezieht sich auf ein Verfahren, in dem die Regierung für die gewaltsamen Vertreibungen indigener Massai in vier Dörfern im Jahr 2017 zur Verantwortung gezogen wird. Durch die Räumungen wurden 20.000 Massai obdachlos. 5.800 Häuser wurden beschädigt oder vollständig niedergebrannt. Dieses Urteil ist von großer Bedeutung, weil es einen Präzedenzfall für die Gerichte darstellt, die für die Prüfung aller vorgelegten Beweise verantwortlich sind.<sup>1</sup>

Das Europäische Parlament (EP) hat am 13. Dezember 2023 in Straßburg eine Resolution gegen die Vertreibung der Massai aus den Gebieten Ngorongoro und Loliondo verabschiedet. Die Resolution unterstützt den Kampf der Massai gegen die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen und fordert die tansanische Regierung auf, die Vertreibungen von ihrem angestammten Land sofort zu stoppen.<sup>2 3</sup>

Zur gleichen Zeit protestierten Survival International und der Massai-Aktivist und Menschenrechtsanwalt Joseph Oleshangay in Frankfurt gegen den Schutzgedanken des „Fortress Conservation“-Modells<sup>4</sup> der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) und die Vertreibung von Zehntausenden Massai. Inzwischen droht Joseph Oleshangay wegen seines Engagements die Verhaftung.

Vom 3.–9. Februar 2024 untersuchte eine Mission der UNESCO Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der UNESCO Welterbestätte *Ngorongoro Conservation Area (NCA)*. Die Massai hatten verschiedenen UN-Gremien Berichte über die teilweise gewaltsamen Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, so u. a. auch eine-Petition an die UNESCO, und eine Untersuchungsmission gefordert. Diese wurde jedoch den betroffenen lokalen Massai-Gemeinden nicht angekündigt, sodass sie nicht angehört werden konnten.<sup>5 6</sup>

Die Zoologische Gesellschaft Frankfurt (ZGF) hingegen wurde von der tansanischen Regierung zu Gesprächen mit Vertreter\*innen der UNESCO-Mission eingeladen. Die ZGF betont immer wieder die angeblich negativen Umweltauswirkungen der Landnutzung durch die Massai und unterstützt die Regierungspläne einer Umsiedlung der Massai von ihrem angestammten Land. Sie spricht sich gegen das Zusammenleben von Massai und Wildtieren im Ngorongoro Schutzgebiet aus und setzt sich für die Wildtiere und den Naturschutz ohne die Massai ein.

---

<sup>1</sup> <https://www.iwgia.org/en/tanzania/5319-Massai-loliondo-win-important-appeal.html>

<sup>2</sup> [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2023-0511\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2023-0511_EN.html)

<sup>3</sup> [https://survivalinternational.de/nachrichten/13846?utm\\_medium=email&utm\\_source=engagingnetworks&utm\\_campaign=SuccessesMarch2024&utm\\_content=240321+Email+update+Success+Newsletter+March+2024+-DE](https://survivalinternational.de/nachrichten/13846?utm_medium=email&utm_source=engagingnetworks&utm_campaign=SuccessesMarch2024&utm_content=240321+Email+update+Success+Newsletter+March+2024+-DE)

<sup>4</sup> Das Modell des „Fortress Conservation“ basiert auf der Überzeugung, dass der Erhalt der Biodiversität am besten durch die Einrichtung von Schutzgebieten erreicht wird, in denen Ökosysteme ohne die Störung von Menschen funktionieren und indigenen Völkern nicht die Kontrolle über ihr eigenes Land und die dort lebenden Tiere anvertraut.

<sup>5</sup> <https://www.survivalinternational.de/nachrichten/13882>

<sup>6</sup> <https://www.fian.de/aktuelles/pressemitteilung-tansania-unesco-mission-in-massai-gebiet-muss-abgebrochen-werden/>

Das Netzwerk MISA (Maasai International Solidarity Alliance) fordert die UNESCO dringend auf, unverzüglich sicherzustellen, dass die betroffenen Gemeinschaften vor Ort angehört werden. Die UNESCO müsse gewährleisten, dass sich die Massai nach dem Prinzip der freien, vorherigen und informierten Zustimmung an einem offenen Prozess beteiligen können, wie sie es bereits wiederholt gefordert haben. Das für die UNESCO zuständige Außenministerium sollte sich umgehend einschalten und eine Mission nach UNESCO-Verfahrensregeln sicherstellen.<sup>7</sup>

Im Januar 2024 hat die *Ngorongoro Conservation Area Authority (NCAA)* den Abschluss eines Abkommens mit der chinesischen Regierung bekannt gegeben, das den Ausbau des Tourismus im Ngorongoro Naturschutzgebiet zum Ziel hat. Teil des Abkommens sind laut NCAA mehrere Bau- und Modernisierungsmaßnahmen, darunter ein Museum und geologisches Forschungsinstitut zur Untersuchung von Rohstoffvorkommen, sowie mehrere Aussichtsplattformen für Tourist\*innen. Der tansanische Kommissar für kulturelles Erbe und Geologie erklärte, der Ausbau der Tourismusattraktionen solle Tourist\*innen zu einem längeren Aufenthalt bewegen. Dies bedeutet weitere gewaltsame Vertreibungen der Massai zugunsten von wirtschaftlichen Interessen.<sup>8</sup>

-----

Aus dem **RUAHA-NATIONALPARK** sollen ca. 20.000 indigene Massai, Sangu und Sukuma aus ihren Dörfern vertrieben werden mit der Begründung des „*Fortress Conservation*“-Modells, der auf dem Ausschluss der indigenen Bevölkerung von ihrem Land beruht. Die Fläche des Nationalparks soll verdoppelt werden, um den Tourismus in dieser Region anzukurbeln.

#### ZUM HINTERGRUND:

Die Weltbank bewilligte 2017 der tansanischen Regierung diese Expansion durch ein Förderprogramm über 150 Mio. US-Dollar. Ziel war die Umsetzung des Projekts „*Resilient Natural Resource Management for Tourism and Growth*“ (REGROW) zur Verbesserung des Naturschutzmanagements in Tansania. Von dem Geld dieses umstrittenen REGROW-Projekts wurden u. a. Ranger finanziert, denen seit 2017 Morde, sexuelle Gewalt und weitere gewaltsame Übergriffe vorgeworfen werden. In jüngster Zeit wurden Rinder in großer Zahl beschlagnahmt, um die Indigenen weiter unter Druck zu setzen und ihre Lebensgrundlage zu zerstören, damit sie das Gebiet verlassen.<sup>9</sup>

Nach internationalem Druck und Petitionen<sup>10 11</sup>, in denen die Weltbank aufgefordert wurde, aufgrund von Zwangsräumungen und Menschenrechtsverletzungen die Finanzierung zu beenden, hat sich die Weltbank im April 2024 aus dem Projekt zurückgezogen.<sup>12</sup> Daraufhin hat die tansanische Regierung angekündigt, das REGROW-Projekt trotz Aussetzung der Finanzierung durch die Weltbank fortzusetzen.

Rosie Hofstetter

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>7</sup> <https://afsafrica.org/wp-content/uploads/2024/04/misa-news-march-april-2024-final.pdf>

<sup>8</sup> <https://www.africa-live.de/Massai-vertreibungen-in-tansania-neues-tourismus-abkommen-mit-china-in-vermeintlichem-naturschutzgebiet/>

<sup>9</sup> <https://www.oaklandinstitute.org/unaccountable-complicit-world-bank-finances-evictions-human-rights-abuses-tanzania>

<sup>10</sup> <https://www.rainforest-rescue.org/petitions/1275/world-bank-stop-financing-evictions-and-human-rights-abuses-in-tanzania>

<sup>11</sup> <https://www.regenwald.org/petitionen/1275/kein-geld-fuer-vertreibung-und-menschenrechtsverletzungen-in-tansania>

<sup>12</sup> <https://thechanzo.com/2024/04/29/world-bank-and-regrow-project-in-tanzania-a-timeline-of-key-events/>

# KENIA

## VERTREIBUNG DER OGIEK AUS DEM MAU-FOREST GEHT WEITER

Seit dem 2. November 2023 führt die kenianische Regierung Zwangsräumungen bei der Ogiek-Gemeinschaft im Mau-Forest-Komplex durch (siehe hierzu auch unseren Bericht im Rundbrief von Dezember 2023).

Der Ogiek-Ältestenrat hatte mit Unterstützung der Nationalen Menschenrechtskommission Kenias das zuständige Umwelt- und Landgericht (Environment and Land Court) um die Entscheidung gebeten, ob die Ogiek berechtigt seien, dort zu leben. Am 15. November 2023 ordnete das kenianische Umwelt- und Landgericht den Stopp der Räumungen bis zu einer gerichtlichen Entscheidung an.

Die Ogiek warten bis heute auf die Entscheidung des Gerichts sowie auf eine weitere Anhörung vor dem Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und Rechte der Völker (African Court on Human and Peoples' Rights, ACHPR). Bereits 2017 erkannte der ACHPR den Anspruch der Ogiek auf ihr angestammtes Land im Mau-Forest an. Die kenianische Regierung hätte schon im Juni 2023 einen Bericht über die Umsetzung der früheren Entscheidung des Gerichts vorlegen sollen, mit der den Ogiek ihre Landrechte gewährt wurden. Sie hat dies jedoch noch immer nicht getan, obwohl der ACHPR bereits 2017 den Anspruch der Ogiek auf ihr angestammtes Land im Mau-Forest anerkannte.

Am 6. Februar 2024 wurde der Generalstaatsanwaltschaft in Nairobi ein Aufforderungsschreiben überreicht, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Gerichtsurteile umgehend umzusetzen und die Zwangsräumungen zu stoppen. Außerdem fordern die Ogiek in diesem Schreiben die Wiedergutmachung und Rückgabe ihres angestammten Landes und ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu allen dort ergriffenen Maßnahmen. Die kenianische Regierung ignoriert dies jedoch weiterhin.

Auch in jüngster Vergangenheit rückte der Mau-Forest, der traditionelle Lebensraum der Ogiek, wieder in den Fokus. Der Wald ist Gemeindeland, doch die Regierung versucht derzeit, die Eigentumsrechte unter ihre Hoheit zu bekommen.<sup>1</sup> Lucy Claridge, Direktorin des International Lawyers Project und Beraterin der Ogiek, erklärte: „Wir haben den starken Verdacht, dass dies mit Emissionsgutschriften zusammenhängt.“ Sie verwies auf die Verhandlungen zwischen der kenianischen Regierung und Blue Carbon, einem Unternehmen aus Dubai, das sich für den Mau-Forest interessiert.

Allein in den letzten Monaten hat Blue Carbon Verträge mit den Regierungen in Tansania, Liberia, Sambia und Simbabwe über insgesamt 24 Millionen Hektar Gemeindeland unterzeichnet.

Auf der 23. Sitzung des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen vom 16.–26. April 2024 kritisierte Daniel Kobei, Geschäftsführender Direktor des Ogiek Peoples' Development Program (OPDP), dass sich die kenianische Regierung durch den CO<sub>2</sub>-Markt zum

---

<sup>1</sup> <https://www.oaklandinstitute.org/green-colonialism-two-carbon-offsets-africa>

Vorkämpfer gegen den Klimawandel machen will, dabei aber die Rechte der indigenen Völker missachte.<sup>2 3</sup>

CO<sub>2</sub>-Zertifikate werden nicht für bereits existierenden Schutzgebiete ausgestellt, sondern nur für solche, die zusätzlich hinzukommen. Auch der Mau-Forest soll ohne Zustimmung der Ogiek zum Schutzgebiet erklärt werden. Zunehmend werden hier Flächen eingezäunt, um die Ogiek auch mit Waffengewalt fernzuhalten.

Erst im Oktober 2023 hat Kenias Präsident Ruto der Umweltschutzbehörde zugesagt, den bereits jetzt militärisch ausgebildeten und bewaffneten Wildhütern noch mehr Ausrüstung zu überlassen, um den Mau-Forest „vor Eindringlingen“ zu bewahren.

Die immer noch ungeklärte Eigentumsfrage an ihrem Land gefährdet also das Leben der Ogiek weiterhin.

Quellen:

<https://www.culturalsurvival.org/>

<https://news.mongabay.com/2023/12/violent-evictions-are-latest-ordeal-for-kenyas-ogiek-seeking-land-rights/>

<https://newint.org/kenya-indigenous-demand-land-rights>

Rosie Hofstetter

Themenkooperationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>2</sup> <https://iprights.org/index.php/en/all-news/under-siege-the-lives-of-indigenous-peoples-who-are-stewards-of-natural-resources>

<sup>3</sup> <https://social.desa.un.org/issues/indigenous-peoples/unpfii/23rd-session>

# DR KONGO

## DRINGENDER APPELL ZUR EINSTELLUNG DER GEWALT GEGENÜBER DEN INDIGENEN BATWA IM KAHUZI-BIEGA NATIONALPARK

Am 19. Januar 2024 hat die Afrikanische Menschenrechtskommission durch ihre Arbeitsgruppe zu indigenen Völkern und Minderheiten in Afrika (WGIPM) einen dringenden Appell an die kongolesische Regierung unter Präsident Tshisekedi gerichtet.<sup>1</sup> Darin fordert sie, die Gewalt und Zwangsräumung der indigenen Batwa im Kahuzi-Biega-Nationalpark sofort zu beenden. Die Arbeitsgruppe, unter Leitung von Dr. Litha Musyimi-Ogana, äußert darin ihre tiefe Sorge und verweist auf die irreparablen Schäden, die mit dem Verlust der Existenzgrundlage und körperlicher Unversehrtheit verbunden sind. Betroffen sind vor allem die vulnerablen Gemeinschaftsmitglieder, insbesondere Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Der Appell der Afrikanischen Menschenrechtskommission verdeutlicht die neueste Entwicklung in einer Reihe von sich ständig wiederholender Gewalt gegen die Batwa, die im letzten Jahrzehnt von verschiedenen Organisationen mit Sorge verfolgt wurde.

Besonders bemerkenswert ist der Bericht von Minority Rights „To Purge the Forest by Force: Organized violence against Batwa in Kahuzi-Biega National Park“, erschienen 2022.<sup>2</sup> Im Rahmen dieser 90-seitigen Schilderung wird die Geschichte des Nationalparks und die damit verbundenen Vertreibung der Batwa dargestellt und schwerste Verbrechen gegenüber den Batwa dokumentiert: gewalttätige Vertreibungen durch Parkrangers, Inbrandsetzung von Holzhäusern der indigenen Gemeinschaft, Gruppenvergewaltigungen indigener Frauen und Verstümmelung und öffentliche Hinrichtung von Mitgliedern der Gemeinschaft im Beisein von Familienangehörigen.

Jegliche Unterstützung der indigenen Bevölkerung im Kahuzi-Biega Nationalpark seitens der kongolesischen Regierung bleibt aus. Der Nationalpark gehört zum UNESCO Weltnaturerbe und wird von Tourist\*innen auf der Suche nach Begegnungen mit Gorillas und unberührter Natur im Kongobecken mit 5/5 Sternen auf Google bewertet.

Die Batwa-Bevölkerung scheint ein weiteres Opfer der sogenannten „Fortress Conservation“<sup>3</sup> -Anstrengungen europäischen Ursprungs auf dem afrikanischen Kontinent zu sein.

Francesca Mazzali – Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

---

<sup>1</sup> African Commission on Human and Peoples' Rights, African Commission sends urgent letter of appeal to the Government of the Democratic Republic of Congo (DRC) calling for cessation of the violence and eviction of members of the Batwa indigenous population in the Kahuzi-Biega National Park (PNKB), 22.01.2024, <https://achpr.au.int/en/news/press-releases/2024-01-22/african-commission-sends-urgent-letter-appeal-government-democr> (zuletzt am 04.05.2024 aufgerufen).

<sup>2</sup> Minority Rights Group International (Robert Flummerfelt), To Purge the Forest by Force: Organized violence against Batwa in Kahuzi-Biega National Park, April 2022, <https://minorityrights.org/app/uploads/2023/12/to-purge-the-forest-by-force-online-eng-pubpage.pdf> (zuletzt am 04.05.2024 aufgerufen).

<sup>3</sup> Das Modell der sog. „Fortress Conservation“ basiert auf der Überzeugung, dass der Erhalt der Biodiversität am besten durch die Einrichtung von Schutzgebieten erreicht wird, in denen Ökosysteme ohne die Störung von Menschen funktionieren.

# BANGLADESCH

## URGENT ACTION

## INDIGENE WILLKÜRLICH INHAFTIERT

UA-048/2024 – AI-Index: ASA 13/8076/2024 – Datum: 22. Mai 2024 – ar

### MINDESTENS 100 ANGEHÖRIGE DER BAWM

Seit dem 7. April sind in der Bergregion der Chittagong Hill Tracts im Südosten von Bangladesch mehr als 100 Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Bawm willkürlich festgenommen und inhaftiert worden. Ihnen wird „Terrorismus“ vorgeworfen und sie werden verdächtigt, der bewaffneten Gruppe KNF nahestehen, die am 2. und 3. April zwei Banken ausgeraubt und einen Bankdirektor als Geisel genommen haben soll. Zahlreiche Bawm sind aus Angst vor Festnahme in die Dschungelgebiete nahe den Dörfern geflüchtet oder haben das Land verlassen. Die Inhaftierten müssen umgehend freigelassen und die Schikanen gegen die Bawm beendet werden.

Seit dem 7. April sind im Rahmen eines Militäreinsatzes in Dörfern der Chittagong Hill Tracts mehr als 100 Angehörige der indigenen Gemeinschaft der Bawm willkürlich festgenommen und inhaftiert worden, darunter auch Kinder und eine schwangere Frau. Einige Tage zuvor, am 2. und 3. April, hatte die bewaffnete Gruppe Kuki-Chin National Front (KNF) dem Vernehmen nach zwei Banken ausgeraubt und einen Bankdirektor als Geisel genommen. Die Behörden gehen pauschal davon aus, dass die gesamte Gemeinschaft der Bawm der KNF angehört oder die Gruppe unterstützt. Die festgenommenen Menschen werden gemäß Abschnitt 13 des drakonischen Sicherheitsgesetzes (Special Powers Act) der Aufwiegelung beschuldigt. Zudem wird ihnen u. a. Raubüberfall und Entführung vorgeworfen.

Die Betroffenen bleiben in den Polizeiunterlagen ungenannt und werden als „130-150 bewaffnete terroristische Räuber“ bezeichnet. Einige von ihnen sind bereits vor Gericht erschienen und haben neue Untersuchungshaftanordnungen erhalten. Andere sind noch keinem Gericht vorgeführt worden. Es gibt Überwachungsaufnahmen von dem Raubüberfall, auf denen zu sehen ist, wer die Banken ausgeraubt hat. Anstatt diese Aufnahmen zu nutzen, um die Verantwortlichen zu identifizieren, verfolgt die Regierung pauschal alle Bawm und Amnesty International betrachtet mit Sorge, dass die Gemeinschaft der Bawm Gefahr läuft, von den Behörden kollektiv bestraft zu werden. Die Festgenommenen wurden einen ganzen Tag lang unter der sengenden Sonne verhört und bekamen nichts zu essen. Die willkürlichen Masseninhaftierungen, bei denen Kleinkinder mit ihren Müttern ins Gefängnis geschickt wurden, da sich sonst niemand um sie kümmern konnte, zeigen das Ausmaß der Militäroperation. In Bangladesch leben etwa 11.000 Bawm, und die meisten von ihnen müssen derzeit befürchten, festgenommen zu werden, nicht genügend zu essen zu erhalten und keinen Zugang zu Bildung und Beschäftigung zu haben. Militärangehörige haben in einigen Dörfern Lager aufgeschlagen, wo sie die Mobiltelefone der Dorfbewohner\*innen konfiszieren und ihnen so den Kontakt zu ihren Familienangehörigen verwehren.

## HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Indigene Gemeinschaften in Bangladesch werden seit jeher verfolgt und sozioökonomisch und politisch diskriminiert. Vor mehr als 25 Jahren unterzeichneten die Regierung und die Organisation Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti ein Friedensabkommen für die Chittagong Hill Tracts. Die Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti war gegründet worden, um die Interessen der indigenen Bevölkerungsgruppen in der Region zu vertreten. Mit dem Friedensabkommen sollte der Konflikt beendet und die systematische Ungleichbehandlung in der Region beseitigt werden. Dennoch ist die Lage heute derart eskaliert, dass Menschen aus ihren Dörfern fliehen mussten.

Am 8. April gegen 5.30 Uhr morgens kamen Militärangehörige in das Dorf Bethel, das einer der ausgeraubten Banken am nächsten lag. Sie gingen davon aus, dass die Dorfbewohner\*innen über den Überfall bzw. die Räuber Auskunft geben könnten, und griffen entsprechend hart durch. Nach Angaben eines Familienmitglieds einer festgenommenen Person forderten die Streitkräfte die Anwohner\*innen auf, sich auf dem Schulgelände zu versammeln, trennten die Männer von den Frauen und nahmen dann wahllos Menschen fest. Die Festgenommenen, unter denen sich auch 50- bis 60-Jährige befanden, wurden gegen 20:30 Uhr auf die Polizeiwache der Stadt Bandarban gebracht.

Der KNF wird neben dem Raubüberfall auch vorgeworfen, 14 Waffen gestohlen zu haben. Laut Angaben der Dorfbewohner\*innen sagten die Militärangehörigen, die Massenfestnahmen würden aufhören, sobald die Waffen wieder auftauchten. Bawm-Aktivist\*innen gehen davon aus, dass die tatsächliche Zahl der Festnahmen höher liegt als 100, da sie nur von den Fällen wissen, von denen sie durch Kontakte erfahren haben.

Im Rahmen des Einsatzes ordnete das Militär an, dass jede Person nur 5 kg Reis kaufen und mit sich führen durfte. Diese Menge wurde inzwischen auf 1 kg reduziert, was für die Bawm nicht ausreicht, um ihre Familien zu ernähren. Armeeangehörige haben Kontrollpunkte eingerichtet, an denen Menschen stichprobenartig durchsucht und willkürlich festgenommen werden. Auch Schüler\*innen und Studierende haben unter den Folgen des Einsatzes zu leiden. Laut Angaben eines Sprechers der Bawm gibt es ca. 200-300 Bawm, die Schulen und Universitäten in Dhaka und anderswo besuchen. Sie befanden sich für das Fest des Fastenbrechens (Eid al-Fitr) gerade zuhause, als der Militäreinsatz begann, und waren bisher nicht in der Lage, an ihren Bildungsort zurückzukehren. Einige von ihnen sind ebenfalls willkürlich festgenommen worden.

Ähnlich wie andere indigene Gemeinschaften in Bangladesch leben auch die Bawm vom Wanderfeldbau, was bedeutet, dass die Felder für einen bestimmten Zeitraum genutzt und dann andere Felder erschlossen werden. Zur jetzigen Jahreszeit müssten eigentlich die Feldflächen vorbereitet und bestellt werden, was für die Bawm jedoch nur schwer möglich ist, da so viele von ihnen in den Dschungel fliehen mussten oder inhaftiert wurden.

Der Militäreinsatz betrifft fünf Dörfer in den Unterbezirken Ruma, Bandarban und Rowangchari der Chittagong Hill Tracts: Bethel, Pankhyang, Suanlu, Faruk, Eden und Darjeeling.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE LUFTPOSTBRIEFE, FAXE ODER E-MAILS MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN:**

- Beenden Sie bitte das scharfe Vorgehen gegen die indigene Gemeinschaft der Bawm.
- Lassen Sie unbedingt alle willkürlich inhaftierten Zivilpersonen frei, insbesondere Kinder und die schwangere Frau.
- Sorgen Sie bis zu deren Freilassung bitte dafür, dass alle willkürlich Inhaftierten Zugang zu angemessener rechtlicher Vertretung erhalten und Besuch von ihren Familienangehörigen empfangen dürfen, ohne dass diese befürchten müssen, ebenfalls festgenommen zu werden.
- Gewährleisten Sie zudem, dass militärische Aktivitäten auf dem Land indigener Bevölkerungsgruppen nur mit deren Zustimmung und im Einklang mit der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker durchgeführt werden.
- Setzen Sie bitte alle Menschenrechtsbestimmungen aus dem Friedensabkommen für die Chittagong Hill Tracts um.

**ACHTUNG!** Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.



#### APPELLE AN

#### PREMIERMINISTERIN

Scheich Hasina Wajed, Prime Minister's Office  
Old Sangsad Bhaban, Tejgaon, Dhaka-1215, BANGLADESCH  
(Anrede: Prime Minister Sheikh Hasina / Sehr geehrte Premierministerin)  
**E-Mail: [ps1topm@pmo.gov.bd](mailto:ps1topm@pmo.gov.bd)**

#### KOPIEN AN

#### BOTSCHAFT DER VOLKSREPUBLIK BANGLADESCH

S. E. Herr Md Mosharraf Hossain Bhuiyan  
Kaiserin-Augusta-Allee 111, 10553 Berlin  
**Fax: 030-39 89 75 10; E-Mail: [info.berlin@mofa.gov.bd](mailto:info.berlin@mofa.gov.bd)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Bengalisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **22. August 2024** keine Appelle mehr zu verschicken.

Sie können sich auch gern online an der entsprechenden Urgent Action auf der Amnesty-Webseite der deutschen Sektion beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

**<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/bangladesch-indigene-bawm-willkuerlich-inhaftiert-2024-05-23>**

-----

## DIE CHT-KOMMISSION ÄUSSERT SICH SCHOCKIERT ÜBER GERICHTS- ENTSCHEIDUNG

Die Chittagong Hill Tracts Kommission äußert sich am 24.4.2024 bestürzt, dass das Oberste Magistrategericht im Distrikt Rangamati am Vortag den Abschlussbericht der Polizei zum Verschwinden der indigenen Menschenrechtsaktivistin Kalpana Chakma akzeptiert hat. Das hat zur Folge, dass alle Verdächtigen freigesprochen wurden.

Kalpana Chakma war Organisationssekretärin der Hill Women's Federation und wurde am 12.6.1996 unmittelbar vor den Parlamentswahlen zusammen mit zwei Brüdern aus ihrem Haus in Baghaichari gewaltsam von Sicherheitskräften entführt. Den Brüdern gelang die Flucht. Sie konnten drei der Entführer identifizieren. Einer der Brüder hat die Tat zur Anzeige gebracht, aber die Namen der mutmaßlichen Täter wurden von der Polizei nicht in die Anzeige aufgenommen. Kalpana Chakma ist seit dem Tag ihrer Entführung verschwunden. Immer wieder hat die Familie von Kalpana Chakma rechtliche Schritte eingeleitet, ohne Erfolg. Im Laufe der Jahre wurde der Fall zwar von 38 Beamt\*innen untersucht, aber ohne die Erstellung eines abschließenden Berichtes. 2016 wurde vom damaligen Polizeichef schließlich ein Abschlussbericht vorgelegt, in dem kein Verantwortlicher für die Entführung genannt wurde. Nach Aussage des Bruders wurde keiner der mutmaßlichen Täter von den Ermittlungsbeamt\*innen verhört. Stattdessen wurde die Familie von ihnen und Mitarbeiter\*innen des Justizsystems schikaniert. Die Familie hatte den Abschlussbericht angefochten. Seitdem warteten sie auf die Anhörung bei Gericht, das nun am 23.4.2024 die Klage der Familie abgelehnt hat. Nach Aussage der CHT-Kommission unterstreicht die Abweisung der Klage die Kultur der Straflosigkeit in den CHT und den systematischen Schutz mutmaßlicher Täter.

Ruth Oelgeklaus  
Koordinationsgruppe Bangladesch



## CHITTAGONG HILL TRACTS COMMISSION

**CHT Commission expresses profound shock over the court's acceptance of the investigation report clearing accused perpetrators in Kalpana Chakma's disappearance case.**

**28 April 2024**

The CHT Commission is deeply saddened and dismayed by the recent ruling issued by the Chief Judicial Magistrate Court, Rangamati on Tuesday, April 23, 2024, regarding the disappearance of indigenous rights activist Kalpana Chakma. Under the supervision of Rangamati Senior Judicial Magistrate Fatema Begum Mukta, the court's decision to accept the police's final report, thereby absolving all suspects<sup>1</sup>, has left us profoundly shocked and disappointed.

Kalpana Chakma, an organizing secretary of the Hill Women's Federation, was a mere 23 years old when, on June 12, 1996, she was forcibly taken from her home at gunpoint, along with her two brothers, at New Lallyaghona, Baghaichari, Rangamati, allegedly, by security forces from a nearby army camp. Though her brothers managed to escape, Kalpana was taken by the abductors.<sup>2</sup> Before escaping, Kalpana's brothers managed to identify at least three of the abductors: the then Lieutenant Ferdous of Kojoichari army camp and two Village Defence Party (VDP) personnel, Nurul Haq and Saleh Ahmed<sup>3</sup>. Subsequently, Kalpana's brother, Kalindi Kumar Chakma, initiated legal action against the perpetrators, but justice continued to elude the family. Over the years, the case underwent investigations by 38 officers who failed to submit any final report. In a disheartening turn of events, the final report submitted in 2016 by the then Superintendent of Police of Rangamati, Sayed Tariqul Hassan, as the 39th investigation officer, failed to hold anyone accountable for the abduction<sup>4</sup>. Kalpana's brother alleged that during the investigation, none of the accused were interrogated by the investigation officers<sup>5</sup>; rather, Kalpana's brothers and family were harassed by the investigation and judicial system<sup>6</sup>. The victim's family filed a Naraji (no-confidence) petition challenging the final report, and since then, the hearing petition had been ongoing until this Tuesday, when the court rejected the plaintiff's petition and upheld the report submitted in 2016, thereby clearing all accused perpetrators.

The court's decision to uphold the 2016 report and exonerate all accused perpetrators has deeply dismayed us. The Commission is appalled by the court's acceptance of an investigation report lacking integrity, rather than ordering further investigation. This ruling not only emphasizes the

<sup>1</sup> <https://www.thedailystar.net/news/bangladesh/crime-justice/news/kalpana-chakma-abduction-after-28-years-court-accepts-final-report-3594098>

<sup>2</sup> <https://www.amnesty.org/en/documents/asa13/5011/2016/en/>

<sup>3</sup> <https://www.kapaeeng.org/kalpana-chakma-abduction-case-sp-again-fails-to-submit-report-and-court-set-new-date-7-april-for-submission/> and <https://www.thedailystar.net/op-ed/politics/the-kalpana-chakma-i-know-and-the-one-i-never-will-95593>

<sup>4</sup> <https://www.thedailystar.net/news/bangladesh/crime-justice/news/kalpana-chakma-abduction-after-28-years-court-accepts-final-report-3594098>

<sup>5</sup> <https://www.newagebd.net/article/204000/no-trace-no-justice-in-27-years>

<sup>6</sup> <https://www.newagebd.net/article/204055/index.php>

**CHT COMMISSION  
INTERNATIONAL SECRETARIAT**

C/O IWGIA, Classensgade 11E 2100  
Copenhagen, Denmark



chtcomm@gmail.com  
iwgia@iwgia.org



+45 35 27 05 00  
+880-02-9114660



<https://chtcommission.org>  
<https://iwgia.org/en/cht>



entrenched culture of impunity within the CHT but also exposes the systemic protection granted to alleged perpetrators, especially when they are military personnel. Instead of being held accountable, one of the alleged perpetrators, Lieutenant Ferdous, was even promoted to Major after the incident<sup>7</sup> and subsequently served in the UN Peacekeeping Operations<sup>8</sup>.

The CHT Commission unequivocally condemns this miscarriage of justice and views it as a severe blow to the already fragile trust in the justice system within the CHT region. In accordance with articles 3 and 9(1) of the International Covenant on Civil and Political Rights, as well as article 1 of the United Nations Declaration on the Elimination of Violence Against Women, Bangladesh bears a solemn obligation to pursue justice for Kalpana Chakma. However, beyond mere legal obligations, the pursuit of justice for Kalpana Chakma stands as a profound moral imperative, essential for fostering confidence among the indigenous peoples of CHT not only in the justice system but also in the government and the state itself. The unresolved case of Kalpana Chakma represents more than just a failure of the legal system; it is a stark reminder of the broader challenges faced by the indigenous peoples of CHT, in seeking accountability and redress for human rights violations.

The CHT Commission urgently urges the government of Bangladesh to fulfill its duty to conduct a thorough and impartial investigation into the abduction of Kalpana Chakma, ensuring that all responsible parties are held accountable once and for all and to the fullest extent of the law. Additionally, we call upon the government to take concrete steps to address the systemic issues that have allowed impunity to persist in CHT.

On behalf of the CHT Commission,

Sultana Kamal  
Co-chair of the  
CHT Commission

Elsa Stamatopoulou  
Co-chair of the  
CHT Commission

Myrna Cunningham Kain  
Co-chair of the  
CHT Commission

<sup>7</sup> Bina D' Costa, rep., *Marginalisation and Impunity: Violence Against Women and Girls in the Chittagong Hill Tracts* (Chittagong Hill Tracts Commission (CHTC), IWGIA, and Bangladesh Indigenous Women's Network, 2014).

<sup>8</sup> Statement submitted at the Twenty-fifth session of the UN Human Rights Council. Document Number: A/HRC/25/NGO/27

CHT COMMISSION  
INTERNATIONAL SECRETARIAT

C/O IWGIA, Classensgade 11E 2100  
Copenhagen, Denmark



chtcomm@gmail.com  
iwgiawg.org



+45 35 27 05 00  
+880-02-9114660



<https://chtcommission.org>  
<https://iwgia.org/en/cht>

# MALAYSIA

Amnesty International Malaysia – Press Release – 22 June 2024

## STOP CRACKDOWN ON BAJAU LAUT PEOPLE

Amnesty International Malaysia condemns the detention of eight Bajau Laut stateless, Indigenous students, at least three of whom are children. The students were arrested following a peaceful protest outside the Sabah Chief Minister's office on 14 June and were released today after seven days in detention.

"The eight Bajau Laut students were held unjustifiably in police lock-up for seven days. These students, including children, were victims of blatant discrimination due to their identities as stateless persons and members of an ethnic minority. Though we are relieved they are now free, it is alarming they were arrested in the first place," said Katrina Jorene Maliamauv, Executive Director of Amnesty International Malaysia.

On 14 June, groups including students and non-governmental organisations held a peaceful demonstration, dubbed #KamiMahuAir (#WeWantWater) outside the Chief Minister's office in Kota Kinabalu, calling for improved water access for students at the University of Malaysia Sabah.

Sixteen people were reportedly arrested after the demonstration, but only the eight students and their teacher were held on remand in detention. The students, who attend an alternative school for stateless students in Kota Kinabalu, Sandakan, and Semporna as they are denied access to state education, were held under the Immigration Act 1959/63. Their teacher, a Malaysian citizen, was released after two days in detention.

"Targeting stateless students for peacefully demonstrating is a direct attack on the right to freedom of expression and assembly. That they were detained for immigration offences is a cruelly vindictive act. Instead of suppressing peaceful protest, the Sabah state government should facilitate public demonstrations and focus their attention on the issue the protesters were seeking to highlight that is a concern to all in Sabah—access to water."

The detention of the students followed the eviction of Indigenous Bajau Laut people from their communities in Semporna, Sabah earlier this month. The Bajau Laut are a sea-faring community denied citizenship resulting in little access to basic services including state education, water, healthcare, and employment. As a signatory of the United Nations Convention on the Rights of the Child, Malaysia's treatment of stateless children violates its international legal obligations. Malaysia must also fulfill its obligations to recognise and protect Indigenous rights as part of its adoption of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples since 2007.

"The eviction of scores of Bajau Laut people from their homes and the waters which their livelihoods depend on is deeply alarming. This crackdown by the government on the Bajau Laut is indefensible and must end immediately."

"For years, stateless persons in Malaysia including the Bajau Laut have been denied access to citizenship, basic services and been subject to immigration clampdowns by the authorities. The systematic discrimination against stateless people and Indigenous persons by the government violates the obligations of the state to protect the rights and dignity of all people – their fundamental rights to life, to protest, to access clean water, to live in dignity, must be respected, protected and fulfilled."

# AUSTRALIEN

## „RAISE THE AGE“

### STRAFMÜNDIGKEITSALTER IN AUSTRALIEN MUSS ANGEHOBEN WERDEN

Seit 2018 setzt sich Amnesty International für die Anhebung des Strafmündigkeitsalters in Australien von 10 auf 14 Jahre ein. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit beginnt laut Gesetz mit dem Alter, in dem ein Kind verstanden hat, dass seine Handlungen falsch waren und strafrechtlich belangt werden kann.

Zu diesem Thema wurde auch im Amnesty Report Australien 2020 vom 07.04.2021<sup>1</sup> berichtet, siehe hierzu auch unsere Rundbriefe aus Mai 2021 und Juni 2023. Die Forderung u. a. auch von Amnesty International zur Anhebung der Strafmündigkeit von 10 auf 14 Jahre fand in der Öffentlichkeit große Unterstützung, obwohl die Legislative es ablehnte, die australischen Standards in dieser Hinsicht an die internationalen anzupassen.<sup>2</sup> Überrepräsentiert sind Aboriginal und Torres-Strait-Islander-Kinder in Haft. Zurzeit des Reports „Raise the Age“ (Amnesty International Australien, 2020) machten sie 64 % der 10–13-Jährigen in Haftanstalten aus.

Im Amnesty-Report 2021/2022 vom 29.03.2022 konnte festgestellt werden, dass es mittlerweile kleine Fortschritte bei den Bemühungen um eine Anhebung des Strafmündigkeitsalters gibt.<sup>3</sup> Im Oktober 2021 hat die Regierung des Australischen Hauptstadtterritoriums (*Australian Capital Territory ACT*) einen Gesetzentwurf vorgelegt, nachdem das Alter strafmündiger Kinder ab 2023 von 10 auf 12 Jahre und ab 2025 auf 14 Jahre angehoben werden soll.

In folgenden Territorien wurde bisher das Strafmündigkeitsalter angehoben bzw. erfolgt dies in den nächsten Jahren:

- Capital Territory (z. B. Canberra): 12 Jahre ab 2023, 14 Jahre ab 2025<sup>4</sup>
- Northern Territory: 12 Jahren ab 2023<sup>5</sup>
- Victoria: 12 Jahre ab 2024, 14 Jahre ab 2027<sup>6</sup>
- Tasmanien: 14 Jahre bis 2029<sup>7 8</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/amnesty-report-2020>

<sup>2</sup> Government of South Australia: Minimum age of criminal responsibility.  
<https://www.agd.sa.gov.au/law-and-justice/legislation/minimum-age-of-criminal-responsibility>

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/australien-2021>

<sup>4</sup> ACT Government (Australian Capital Territory Government): Raising the Age.  
<https://www.justice.act.gov.au/safer-communities/raising-the-age#:~:text=The%20ACT%20Government%20has%20raised,responsibility%20from%2010%20to%2012>

<sup>5</sup> Northern Territory Government: Criminal Code Amendment (age of criminal responsibility) Bill 2022.  
<https://justice.nt.gov.au/law-reform-reviews/law-reforms/criminal-code-amendment-bill-2022>

<sup>6</sup> Victoria Legal Aid: Raise the age of criminal responsibility to 14.  
<https://www.legalaid.vic.gov.au/raise-age-criminal-responsibility-14>

<sup>7</sup> Amnesty International Australia: Safer Future for Tasmanian Children as Age of Criminal Responsibility Raised to 14 without Exception.  
<https://www.amnesty.org.au/safer-future-for-tasmanian-children-as-age-of-criminal-responsibility-raised-to-14-without-exception/>

<sup>8</sup> Human Rights Law Centre: Landmark win as Tasmania commits to raising the age of criminal responsibility to 14:  
<https://www.hrlc.org.au/news/2023/12/6/tas-raise-the-age>



Diese Schritte sind zu begrüßen, aber die „Raise the Age“-Kampagnen laufen weiter. Amnesty International Australien fasst im Bericht „Raise the Age“ die Probleme zusammen, die ein solch geringes Strafmündigkeitsalter beinhaltet und fokussiert dabei Kinder aus Aboriginal-Gemeinschaften. Der Bericht sammelt Gründe für das Anheben des Strafmündigkeitsalters, formuliert Empfehlungen und berichtet von individuellen Erfahrungen. Er verweist insbesondere auf Programme, die von Aboriginal- und Torres-Strait-Islander-Gemeinschaften geleitet werden.

Amnesty International Australien stellt im Bericht „Raise the Age“ die Gründe für das Anheben des Strafmündigkeitsalters aus rechtlicher, psychosozialer, gesundheitlicher und Bildungsperspektive dar.

Eine Strafunfähigkeit von Kindern besteht darin, dass sie impulsiver als Erwachsene agieren und eher aufgrund von Emotionen und Gruppenzwang handeln. Psychische Erkrankungen, kognitive Beeinträchtigungen und soziale Umweltfaktoren spielen eine große Rolle darin, ob und welche Kinder straffällig werden. Auch die Fetal Alcohol Spectrum Disorder, FASD<sup>9</sup>, ist überrepräsentiert. Diese kann die Aufmerksamkeitsspanne betreffen, aber auch die Kognition, das Sprachsystem und das Erinnerungsvermögen. Diese Faktoren beeinflussen aber nicht nur das Begehen von Straftaten. Es hat auch Einfluss auf die kognitive und mentale Entwicklung von Kindern, die sie bei Verurteilung in einer Haftanstalt durchlaufen. Indigene Kinder sind in jedem australischen Territorium in Haftanstalten in erhöhtem Maße von Stressfaktoren wie Gewalt, Verwahrlosung, fehlender Aufmerksamkeit und der Trennung von der Familie betroffen.

Noch im März 2024 berichtete z. B. Human Rights Watch über den Tod zweier Jugendlicher. Einer der Jungen war mit 11, der andere mit 13 zum ersten Mal mit dem Strafsystem in Kontakt gekommen. Beide starben nach ihrer Entlassung aus der Haft – einer durch die eigene Hand, der andere durch eine Überdosis. Beide waren Angehörige indigener Gemeinschaften und hatten eine Behinderung.<sup>10</sup>

Um Kindern zwischen 10 und 14 Jahren die Inhaftierung zu ersparen, sollten Alternativen wie kognitive Verhaltenstherapie oder sogenannte „diversion programs“<sup>11</sup> eingesetzt werden. So könnte den Kindern der Kontakt mit dem Strafvollzugssystem erspart werden.

Kinder in Haftanstalten erhalten außerdem im Vergleich zu anderen Kindern seltener ihren Schulabschluss, besuchen nach der Haftentlassung seltener berufsbildende Schulen oder Universitäten und bekommen seltener einen sicheren Beruf. Amnesty International Australien appelliert, die Datenlage über Kinder und Jugendliche – insbesondere aus indigenen Gemeinschaften – zu beachten und zu erweitern und verweist auf den Bericht „Free to be Kids: National Plan of Action“.<sup>12</sup>

Obwohl mehrere Territorien bereits Schritte unternehmen, um das Strafmündigkeitsalter in Australien zu erhöhen, müssen die Bemühungen der „Raise the Age“-Kampagnen weitergehen. Der Bericht legt – gestützt auf wissenschaftliche Studien und Datenerhebungen von Regierungsinstitutionen – dar, warum das Strafmündigkeitsalter in Australien angehoben werden muss.

---

<sup>9</sup> Es handelt sich hierbei um Formen vorgeburtlicher geistiger und körperlicher Schädigungen, die bei Kindern auftreten können, deren Mütter während der Schwangerschaft Alkohol konsumierten.

<sup>10</sup> Human Rights Watch: Two Indigenous Boys in Australia Die Following Youth Detention.  
<https://www.hrw.org/news/2024/03/19/two-indigenous-boys-australia-die-following-youth-detention>

<sup>11</sup> Victorian Aboriginal Justice Agreement: Community-based diversion programs.  
<https://www.aboriginaljustice.vic.gov.au/the-agreement/aboriginal-justice-outcomes-framework/goal-23-fewer-aboriginal-people-progress-0>

<sup>12</sup> Change the Record: Free to be Kids. National Plan of Action.  
<https://www.amnesty.org.au/wp-content/uploads/2017/11/amnesty-report-national-plan-of-action-november-2017.pdf>

# FINNLAND

## KULTUR UND LEBENSGRUNDLAGEN DER INDIGENEN SÁMI NACH WIE VOR BEDROHT

Während seines offiziellen Besuchs vom 11.–15. März 2024 forderte Fabian Salvioli – UN-Sonderberichterstatter für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien der Nichtwiederholung – von der finnischen Regierung, das Gesetz über das Sámi-Parlament zu reformieren, um es mit internationalen Menschenrechtsstandards in Einklang zu bringen. „**Fortschritte in diesem Bereich werden ein Gradmesser für Finnlands wahres Engagement für die Rechte der indigenen Völker sein.**“, so Fabian Salvioli.

Des Weiteren forderte er Finnland auf, mehr Maßnahmen im Bereich der Übergangsjustiz (*transitional justice*)<sup>1</sup> zu ergreifen, um das Erbe der Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem Volk der Sámi aufzuarbeiten.

In Absprache und mit Zustimmung der Sámi muss es darum gehen, ein umfassendes Wiedergutmachungsprogramm zu entwerfen und dies umzusetzen. **„Dieses Programm muss eine Entschuldigung sowie Maßnahmen zur Entschädigung und Rückerstattung an die Sámi beinhalten.“**, sagte der UN-Experte. Er traf sich während seines Aufenthalts in Finnland mit Regierungsvertreter\*innen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Vertreter\*innen des samischen Volkes.

Im September 2024 wird er dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einen vollständigen Bericht über seinen Besuch vorlegen.<sup>2</sup>

### Zum Hintergrund:

Das Volk der Sámi litt im 19. und 20. Jahrhundert unter staatlichen und kirchlichen Assimilierungsmaßnahmen. Dazu gehörten die Zwangsunterbringung sámischer Kinder in Internaten, in denen es ihnen verboten war, ihre sámische Sprache zu sprechen, und sie gezwungen wurden, sich in die Mehrheitskultur der Gesellschaft zu integrieren. Einige wurden Berichten zufolge Opfer von Gewalt und Misshandlung. Die Sámi wurden religiös bekehrt, von ihrem Land vertrieben und ihrer Kultur beraubt.

Anlässlich seines Besuchs wandte sich die finnische Sektion von Amnesty International in einem Brief an den UN-Sonderberichterstatter und betonte darin, dass eine Stärkung der Selbstverwaltung für das Volk der Sámi ein wichtiger Schritt wäre, um eine Wiederholung erlittener Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Gleichzeitig bedauern die Vertreter\*innen von Amnesty International, dass es immer wieder zu Verzögerungen bei der Reform des Gesetzes über das Sámi-Parlament gekommen sei.

---

<sup>1</sup> ECCHR, European Center for Constitutional and Human Rights, <https://www.ecchr.eu/glossar/uebergangsjustiz/>

<sup>2</sup> Hier finden Sie die vorläufige Erklärung des UN-Sonderberichterstatters nach seinem Besuch in Finnland.



Obwohl die Rechte der Sámi und der Schutz ihrer Kultur in dem 2022 geänderten *Climate Change Act* und 2023 im *Nature Conservation Act* berücksichtigt wurden, gibt es immer noch schwerwiegende Mängel bei der Regulierung von Maßnahmen, die sich auf die Rechte und Interessen der Sámi auswirken. Dazu gehört u. a. das Vorgehen der Rohstoffindustrie. Trotz der Änderungen des Bergbaugesetzes wird dabei nach wie vor nicht berücksichtigt, dass die Regierung die „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ des sámischen Volkes einholen muss, bevor sie eine Genehmigung für Bergbauaktivitäten auf ihrem Land erteilt. Da der Druck auf die Landnutzung in den Gebieten der Sámi aufgrund politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen im Rahmen der Energiewende zunimmt, ist die Stärkung und Umsetzung dieses UN-Rechts ein dringendes Anliegen von Amnesty International. Die Organisation untersucht derzeit die Menschenrechtsrisiken und -verletzungen, die mit der Landnutzung in Zusammenhang stehen und eine Bedrohung für die Kultur und Lebensgrundlagen der Sámi darstellen.

Auch in **Schweden und Norwegen** wird die Kultur und Lebensweise der dort lebenden Sámi im Zuge der Energiewende massiv bedroht.

Vor dem Hintergrund des im März verabschiedeten EU-Rohstoffgesetzes regt sich in der EU die Hoffnung, die erst kürzlich in Per Geijer (Schweden) entdeckten riesigen Vorkommen Seltener Erden für die grüne Umstellung der Wirtschaft nutzen zu können – zumal diese eine Schlüsselrolle bei der Herstellung von Magneten für Batterien spielen. Für die dort lebenden Sámi würde die Ausbeutung dieser Mineralien das Ende ihrer Rentierhaltung und ihrer traditionellen Kultur bedeuten und eine Wiederholung vergangenen Unrechts.

**Weitere Informationen zu den Rechten der Sámi und zum Klimawandel in Norwegen** von der *Norwegian National Human Rights Institution* finden Sie hier:

„Canary in the Coal Mine“ Sámi Rights and Climate Change in Norway, 1. Februar 2024,  
[https://www.nhri.no/wp-content/uploads/2024/02/Report\\_Canary\\_in\\_the\\_Coal\\_Mine.pdf](https://www.nhri.no/wp-content/uploads/2024/02/Report_Canary_in_the_Coal_Mine.pdf)

Marianne Kersten  
 Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

**Mr. Fabian Salvioli**

The Special Rapporteur on the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence

AI FI 16/2024  
8.3.2024



AMNESTY INTERNATIONAL SUOMEN OSASTO

Hietaniemenkatu 7 A  
00100 Helsinki  
P: 09 8562 0600  
E: [amnesty@amnesty.fi](mailto:amnesty@amnesty.fi)  
W: [amnesty.fi](http://amnesty.fi)

## Inputs from Amnesty International for the Special Rapporteur's visit to Finland

Amnesty International Finnish Section welcomes the opportunity to give our written input regarding the rights of the Sámi as indigenous people and the promotion of truth, justice, reparation and guarantees of non-recurrence.

Amnesty International emphasizes, that a key step to be taken to prevent the recurrence of the human rights violations endured by Sámi would be urgent reform of the Act on the Sámi Parliament and strengthening the Sámi self-governance. Amnesty also highlights the need to review and develop legislation and policies in accordance with the international principle of free, prior and informed consent (FPIC).

Amnesty International is currently studying the human rights risks and violations connected to the land use pressures that threaten the Sámi culture and livelihoods.<sup>1</sup> Strengthening and implementing FPIC is an urgent matter, as the land use pressures in Sámi territories are increasing because of political and economic developments connected to the energy transition.<sup>2</sup>

In December 2023 Amnesty International prepared a submission to the review by the UN Human Rights Committee at its 140th session of Finland's follow-up report that included remarks and recommendations on the rights of the Sámi indigenous people. We would like to inform you about the main content of the submission, as it remains relevant. The following text is based on Amnesty's submission to the UN HRC, but the text is partly updated to consider the recent developments in the process of reforming the Act on the Sámi Parliament.

## AMNESTY'S SUBMISSION TO THE UN HRC ON RIGHTS OF THE SÁMI INDIGENOUS PEOPLE IN FINLAND

When Finland adopted the Act on the Sámi Parliament in 1995 the government stated that Sámi self-governance was intended to be dynamic so that the Sámi people could develop it

<sup>1</sup> More information about Amnesty's work: <https://www.amnesty.fi/just-transition-in-sapmi/>

<sup>2</sup> See for example: Norway wind farms at heart of Sami protest violate human rights, minister says (2.3.2023): <https://www.reuters.com/world/europe/norway-wind-farms-heart-sami-protest-violate-human-rights-minister-says-2023-03-02/>; Europe's Green Revolution Threatens Indigenous Culture (26.6.2023) <https://www.bloomberg.com/features/2023-sweden-indigenous-sami-green-energy/>; The green energy revolution's first casualties: Sweden's reindeer herders (7.12.2023) <https://www.politico.eu/article/ronnback-mine-sweden-reindeer-herders-sami-green-energy-revolution-first-casualties/>

themselves.<sup>3</sup> However, no self-governing changes have been made to the Sámi Parliament Act during the nearly 30 years the Act has been in force.<sup>4</sup>

Amnesty International regrets that there have been repeated delays in reforming the Act on the Sámi Parliament. Three previous governments since 2014 have failed to reform the Act. Currently the Act is being processed by the fourth government.

An issue particularly requiring reform is the compilation of the register of voters in Sami Parliament elections (Act on the Sámi Parliament section 3). According to the reform proposed in 2022, which was supported by the Sámi Parliament as well as many experts and human rights actors<sup>5</sup> the electoral lists of the Sámi Parliament elections should be reassembled by expanding the language criterion basis to the fourth generation and by removing the controversial, “Lapp criterion” that has been widely criticised and repeatedly condemned by various UN institutions. The current, outdated Sami Parliament Act defines a person as Sámi and thus allows the person to enter the electoral roll if “he is a descendent of a person who has been entered in a land, taxation or population register as a mountain, forest or fishing Lapp”. This criterion is controversial, and its current interpretation increases the risk of assimilation.<sup>6</sup>

Finland's current Government of Prime Minister Petteri Orpo has submitted the proposal on the Sámi Parliament Act to the parliament on 14 December 2023 and the reform is currently in the parliamentary proceedings.<sup>7</sup> The reformed proposal is based on the work carried out by a committee that was established to prepare the reform in 2020-2021 and this proposal has strong support from the Finnish Sámi Parliament.<sup>8</sup>

The prolonged uncertainty around the Act on the Sámi Parliament, as well as the aggressive social debate triggered by the political controversies about the Act<sup>9</sup> have adversely affected the well-being of the Sámi People.<sup>10</sup>

<sup>3</sup> The Government's proposal to the Parliament on the inclusion of provisions on the cultural self-government of the Sámi people into the Finnish Government and other legislation, [HE 248/1994 - Hallituksen esitykset - FINLEX®](#) (in Finnish) (accessed on 12 December 2023).

<sup>4</sup> Juha Guttorm, Saamelaiden itsehallinto Suomessa - dynaaminen vai staattinen?: tutkimus perustuslaissa turvatun saamelaiden itsehallinnon kehittämisestä lainsäädännössä vuosina 1996–2015, [“ Self-government of the Sámi people in Finland - dynamic or static?: a study in the legislation of the development of the self-government of the Sámi people protected in the constitution in the years 1996–2015”], 2018 (in Finnish) (accessed on 12 December 2023), <https://lauda.ulapland.fi/handle/10024/63446>. Leena Heinämäki et al., Saamelaiden oikeuksien toteutuminen: kansainvälinen oikeusvertaileva tutkimus [“Realization of Sámi rights: international legal comparative study”], 2017, Government Office, (in Finnish) (accessed 12 December 2023) <https://julkaisut.valtioneuvosto.fi/handle/10024/80900>.

<sup>5</sup> Sámi Parliament, Saamelaiskäräjät pettynyt perustuslakivaliokunnan päätökseen – perustuslakivaliokunta on pysäyttänyt saamelaiskäräjälain käsittelyn [“Sámi parliamentarians disappointed with the Constitutional Law Committee's decision - the Constitutional Law Committee has stopped the processing of the Sámi Parliament Act”], 24. February 2022 <https://www.samediggi.fi/2023/02/24/the-sami-parliament-is-disappointed-with-the-decision-of-the-constitutional-law-committee-the-constitutional-law-committee-has-stopped-handling-of-the-sami-parliament-act/?lang=en> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023). The Ministry of Justice, Saamelaiskäräjälain uudistus [“ The reform of the Sámi District Court Act”], 2023 [EDK-2023-AK-11136](#) (in Finnish) (accessed on 12 December 2023). The Parliament, Saamelaiskäräjät pettynyt perustuslakivaliokunnan päätökseen – perustuslakivaliokunta on pysäyttänyt saamelaiskäräjälain käsittelyn [“ Sámi parliamentarians disappointed with the Constitutional Law Committee's decision - the Constitutional Law Committee has stopped the processing of the Sámi Parliament Act”], 24 February 2023, <https://www.eduskunta.fi/FI/vaski/julkaisuMetatieto/Documents/EDK-2023-AK-11137.pdf> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023).

<sup>6</sup> FAKTALÄVVU, A Small Guide to the Sámi Definition in Finland, 9 February 2018, <https://faktalavvu.net/2018/02/09/a-small-guide-to-the-sami-definition-in-finland/> (accessed on 12 December 2023).

<sup>7</sup> Yle News: MPs begin reconsidering long-delayed Sámi Parliament law (14.2.2023) : <https://yle.fi/a/74-20074623>

<sup>8</sup> The Sámi Parliament, Saamelaiskäräjät hyväksyi Suomen hallituksen esityksen saamelaiskäräjälain muuttamisesta äänin 15-3, 29.11.2022, <https://www.samediggi.fi/2022/11/29/saamelaiskarajat-hyvaksyi-suomen-hallituksen-esityksen-saamelaiskarajalain-muuttamisesta-aanin-15-3/>.

<sup>9</sup> At the end of 2022, the Presidium of the Sámi Parliament of Finland (*Saamelaiskäräjien puheenjohtajisto tuomitsee saamelaisiin kohdistuvan vihapuheen*, 25.11.2022 <https://www.samediggi.fi/2022/11/25/saamelaiskarajien-puheenjohtajisto-tuomitsee-saamelaisiin-kohdistuvan-vihapuheen>) as well as the Archbishop of Finland and the Bishop of Oulu (*Arkkipiispa ja Oulun piispa vetoavat: saamelaisiin kohdistuvan vihapuheen on loputtava*, 1 December 2022, <https://www.oulunhiippakunta.fi/ajankohtaista/arkkipiispa-ja-oulun-piispa-vetoavat-saamelaisiin-kohdistuvan-vihapuheen-on-loputtava>) condemned hate speech against the Sámi and demanded an end to it. A little earlier, the ministers responsible for Sámi affairs and the presidents of the Sámi assemblies of Norway, Sweden and Finland also published a joint statement against threats and hate speech against the Sámi (*Ministerit ja saamelaiskäräjien puheenjohtajat: vihapuhetta vastaan on kamppailtava*, 5 February 2021, <https://valtioneuvosto.fi/-/1410853/ministerit-ja-saamelaiskarajien-puheenjohtajat-vihapuhetta-vastaan-on-kamppailtava>) ; Helsingin Sanomat, Saamelaiskäräjälain uudistus helpottaisi totuus- ja sovintokomission työtä, 15.11.2022, <https://www.hs.fi/mielipide/art-2000009200158.html>.

<sup>10</sup> Laura Jauhola et al., *Että puututtaisiin konkreettisesti” Seurantaselvitys vihapuheesta ja häirinnästä ja niiden vaikutuksista eri vähemmistöryhmiin* [“Hoping for a Concrete Intervention” Follow-up Survey on Hate Speech and Harassment and Their Effects on Different Minority Groups], Publications of the Ministry of Justice, 2022, <http://urn.fi/URN:ISBN:978-952-400-482-4> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023); Yle, *Saamelaisiin kohdistuva vihapuhe räjähti somessa – kirjoitusten sisältö on usein väkivaltaista* [Hate speech against the Sami exploded on social

According to a report by the Ministry of Justice, published in June 2022, experiences of silencing and restriction of social participation are common among the Sámi. Nearly half of the Sámi respondents of the survey said they had experienced hate speech or harassment, and the perpetrator was most often a politician or a person in a public position. Two-thirds of the respondents reported that hate speech or harassment affected their mental health.<sup>11</sup>

The commissioners of the Truth and Reconciliation Commission concerning Sámi People have called for the reform of the Act on Sámi Parliament for them to succeed in the challenging work. The commissioners have noted that a failure to reform the law strengthens the Sámi People's mistrust in the Finnish state, as well as increases intergenerational traumas, which the Commission is tasked to solve.<sup>12</sup>

Although the rights of the Sámi People and the protection of Sámi culture have been considered in the amended Climate Change Act (2022)<sup>13</sup> and Nature Conservation Act (2023),<sup>14</sup> there are still serious deficiencies in regulating activities that have an impact on the rights and interests of Sámi, such as extractive industries operations. For example, the amendments made to the Mining Act<sup>15</sup> still do not require the state to ensure the Sámi People's free, prior and informed consent before granting permission for mining activities in the Sámi homeland territory.

#### **Amnesty International recommends that Finnish authorities:**

- Revise section 3 of the Act on the Sámi Parliament, to ensure a definition of a Sámi in line with the right to self-identification of the Sámi people and fulfill Finland's international human rights obligations.
- Revise section 9 of the Act on the Sámi Parliament concerning the obligation of the authorities to negotiate with the Sámi Parliament in all far-reaching and important measures that may affect the status of the Sámi as Indigenous People, and ensure that the obligation to ensure free, prior and informed consent to respect the Sámi People's right to self-determination is guaranteed.
- Review existing legislation, policies and practices regulating activities that have an impact on the rights and interests of the Sámi People to ensure that the Sámi People's free, prior and informed consent is obtained in all instances.

For more information contact Kukka Ranta ([kukka.ranta@amnesty.fi](mailto:kukka.ranta@amnesty.fi)), Sámi rights advisor and researcher, Amnesty International Finnish Section.

---

media - the content of the writings is often violent], 23 November 2022 <https://yle.fi/a/3-12680310>. Yle, *Aikuisilla heräsi huoli saamelaisnuorista – vihapuhe tulee jo Rosa-Mären Juuson uniinkin* [Adults became concerned about the Sámi youth - hate speech is already in Rosa-Märe Juuso's dreams] 1. December 2022, <https://yle.fi/a/74-20006905> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023).

<sup>11</sup> Laura Jauhola et al, "Että puututtaisiin konkreettisesti" *Seurantaselvitys vihapuheesta ja häirinnästä ja niiden vaikutuksista eri vähemmistöryhmiin* ["Hoping for a Concrete Intervention" Follow-up Survey on Hate Speech and Harassment and Their Effects on Different Minority Groups], the Ministry of Justice, 2022, <http://urn.fi/URN:ISBN:978-952-400-482-4> (in Finnish) (accessed 12 December 2023).

<sup>12</sup> Helsingin Sanomat, *Saamelaiskäräjälain uudistus helpottaisi totuus- ja sovintokomission työtä* ["The reform of the Sámi District Court Act would facilitate the work of the Truth and Reconciliation Commission"], 15. November 2022, <https://www.hs.fi/mielipide/art-2000009200158.html> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023).

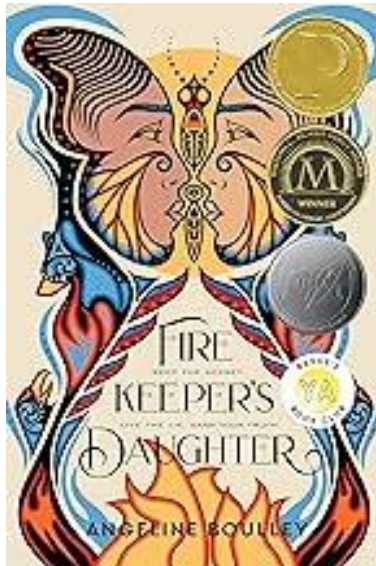
<sup>13</sup> Ministry of the Environment, *Climate change legislation*, <https://ym.fi/en/climate-change-legislation>, (accessed on 2. November 2023).

<sup>14</sup> Ministry of the Environment, *Reform of the Nature Conservation Act*, <https://ym.fi/en/reform-of-the-nature-conservation-act>, (accessed on 2 November 2023).

<sup>15</sup> Finland, *Laki kaivoslain muuttamisesta* ["Act on amending the Mining Act"] 2023, <https://www.finlex.fi/fi/laki/alkup/2023/20230505#Pidm46494957728000> (in Finnish) (accessed on 12 December 2023).



# BUCHTIPPS



**Angeline Boulley:  
Firekeeper's Daughter**

Deutsche Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch:  
**Claudia Max**

1. Auflage Januar 2024  
Herausgeber: cbj  
560 Seiten  
ISBN 978-3-570-31595-8  
Taschenbuch 11,00 €  
Gebundenes Buch 20,00 €

**Nominiert für den Deutschen  
Jugendliteraturpreis 2023**

Engl. Originalausgabe bei Henry Holt  
and Co (BYR), März 2021

Zum Buch:

**Bewahre das Geheimnis. Lebe die Lüge. Finde deine Wahrheit.**

Die 18-jährige Daunis Fontaine hat nie wirklich dazugehört, weder in ihrer Heimatstadt noch in der nahe gelegenen Ojibwe-Reservation. Denn sie ist halb weiß, halb Native American. Daunis träumt von einem Neustart am College, wo sie Medizin studieren möchte. Doch als sie sich plötzlich um ihre Mutter kümmern muss, beschließt Daunis, die eigenen Pläne vorerst auf Eis zu legen. Der einzige Lichtblick ist Jamie, der neue und sehr

charmante Spieler im Eishockeyteam von Daunis' Bruder Levi. Daunis genießt seine Aufmerksamkeit und hat sich gerade in ihrem Leben eingerichtet, als sie Zeugin eines schrecklichen Mordes wird. Damit nicht genug, wird sie vom FBI rekrutiert, um undercover zu ermitteln. Widerstrebend willigt Daunis ein und erfährt so Dinge, die ihre Welt vollkommen auseinanderreißen ...

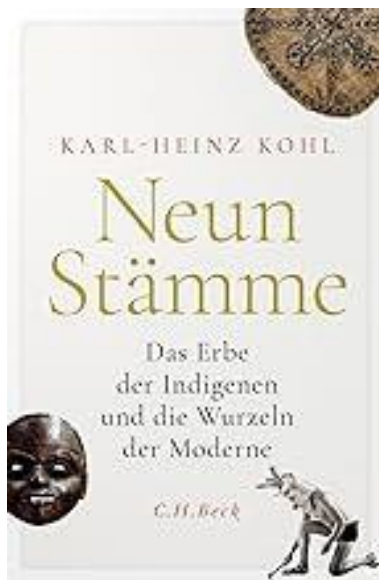
**Ein bahnbrechender, fulminanter Krimi über eine Native American, die in einen Mordfall verwickelt wird – ein Debütroman, der es direkt nach Erscheinen auf Platz 1 der New-York-Times-Bestsellerliste schaffte.**

Zur Autorin:

**Angeline Boulley**, registriertes Mitglied des Sault Ste. Marie Tribes der Chippewa Indians, ist eine Erzählerin, die über ihre Ojibwe-Gemeinschaft auf Michigans Oberer Halbinsel schreibt. Vor ihrer Karriere als Autorin war sie als Direktorin für das Office of Indian Education am U.S. Department of Education tätig. Sie lebt im Südwesten von Michigan, aber ihr Zuhause wird immer auf Sugar Island sein.

Leseprobe:

[https://www.penguin.de/leseprobe/Firekeepers-Daughter/leseprobe\\_9783570166017.pdf](https://www.penguin.de/leseprobe/Firekeepers-Daughter/leseprobe_9783570166017.pdf)



**Karl-Heinz Kohl:**

**Neun Stämme.**

**Das Erbe der Indigenen und  
die Wurzeln der Moderne**

312 Seiten

Verlag C. H. Beck

Erscheinungsdatum: 14.03.2024

ISBN 978-3-40681-350-4

32,00 €

### WAS DER WESTEN DEN INDIGENEN KULTUREN VERDANKT

Was haben Montaignes Kulturkritik und die amerikanische Demokratie, Freuds Totemismus-Theorie und Lévi-Strauss' Strukturalismus, Brücke-Maler und Surrealisten, Hippies und die Sexuelle Revolution miteinander gemein? Karl-Heinz Kohl zeigt am Beispiel von neun Stämmen, wie diese und viele andere Theorien, avantgardistische Strömungen, Emanzipations- und Protestbewegungen vom faszinierten Blick auf indigene Völker geprägt wurden. Er erklärt, wie die Indigenen sich die Faszination des Westens selbst zunutze machten und wie eng verflochten die scheinbar so gegensätzlichen Welten in der Moderne sind. Sein anschaulich und fesselnd geschriebenes Buch ist ein großer Wurf, der die Debatten über "kulturelle Aneignung" neu beleben wird.

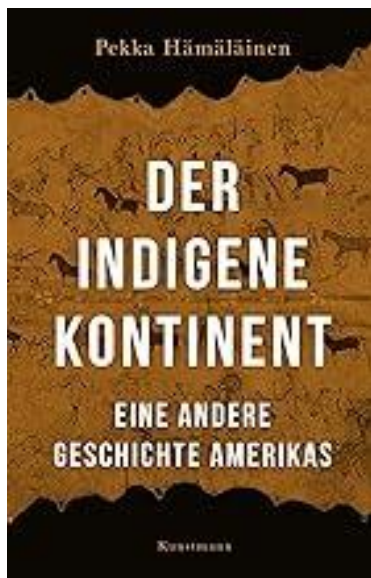
Seit den ersten großen Entdeckungsfahrten an der Schwelle zur Neuzeit haben Berichte von fremden Ländern und Menschen die Europäer in ihren Bann geschlagen. Ihre Nacktheit hat europäische Sitten in Frage gestellt. Ihre Gesellschaftsordnungen haben Protestbewegungen beflügelt. Ihre Kunst hat die europäischen Avantgarden inspiriert. Und ethnographische Beschreibungen haben – von Friedrich Engels' materialistischer Geschichtsauffassung bis zum postkolonialen «Anthropophagismus» – zu einer Flut an Theorien geführt, die teils bis heute unser Bild vom Menschen prägen. Karl-Heinz Kohl erklärt, warum der Westen vor allem in neun Stämmen sein Alter Ego gefunden hat. Er geht den Berichten über sie nach, erzählt anschaulich, wie sie über 200 Jahre lang die europäische Kultur auf den Kopf gestellt haben, und zeigt an vielen überraschenden Beispielen, wie sich auch die indigenen Kulturen in diesem Prozess verändert haben.

Zum Autor:

**Karl-Heinz Kohl** ist Professor em. für Kultur- und Völkerkunde an der Goethe-Universität Frankfurt a. M. und Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von 1996 bis 2016 war er Direktor des Frobenius-Instituts für kulturanthropologische Forschung.

Leseprobe:

[https://cdn-assetservice.ecom-api.beck-shop.de/productattachment/readingsample/15281033/36194842\\_leseprobe%20neun%20st%C3%A4mme.pdf](https://cdn-assetservice.ecom-api.beck-shop.de/productattachment/readingsample/15281033/36194842_leseprobe%20neun%20st%C3%A4mme.pdf)



**Pekka Hämäläinen:**

**Der indigene Kontinent  
Eine andere Geschichte Amerikas**

Übersetzt von Helmut Dierlamm und  
Werner Roller

655 Seiten

Verlag Antje Kunstmann

Erscheinungsdatum: 16.11.2023

ISBN 978-3-95614-564-3

48,00 €

Pekka Hämäläinen erzählt in »Der indigene Kontinent« eine andere Geschichte Nordamerikas, die konsequent die indigenen Völker in den Mittelpunkt stellt. Ein unverzichtbares Standardwerk, das deutlich macht, dass die amerikanische Geschichte vor allem eine Geschichte des indigenen Widerstands ist. Die Geschichte Amerikas wird immer noch so erzählt: Kolumbus »entdeckt« einen fremden Kontinent und kehrt mit Geschichten über ungeahnte Reichtümer in die »alte Welt« zurück. Die europäischen Imperien stürzen sich auf den Kontinent und versuchen, so viel wie möglich von dieser erstaunlichen »Neuen Welt« zu erobern. Obwohl sich die indigenen Völker wehren, können sie den Ansturm nicht aufhalten. Mit »Der indigene Kontinent« legt Pekka Hämäläinen eine weitreichende Gegenerzählung vor, die die grundlegendsten Annahmen über die amerikanische Geschichte erschüttert. Er zeigt eine souveräne Welt indigener Völker, deren Mitglieder keineswegs hilflose Opfer kolonialer Gewalt waren, sondern den Kontinent auch nach der Ankunft der ersten Europäer jahrhundertlang beherrschten. Selbst als die weiße Bevölkerung explodierte und die Landgier der Kolonialisten immer zügelloser wurde, blühten die indigenen Völker dank ihrer ausgefeilten Diplomatie und Führungsstrukturen auf. Der Beweis für den Widerstand der Ureinwohner wird heute in den Hunderten von indigenen Nationen deutlich, die es in den Vereinigten Staaten und Kanada noch gibt. »Der indigene Kontinent« ist eine Pflichtlektüre und gibt den indigenen Völkern ihren rechtmäßigen Platz im Zentrum der amerikanischen Geschichte zurück.

Zum Autor:

**Pekka Hämäläinen**, geboren 1967 in Helsinki, ist seit 2012 Rhodes Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Oxford.





**Dr. Katja Göcke:**

**Indigene Landrechte im internationalen Vergleich:** Eine rechtsvergleichende

Studie der Anerkennung indigener Landrechte in Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika, Neuseeland, Australien, Russland und Dänemark/Grönland

835 Seiten

Verlag: Springer Berlin Heidelberg

Erscheinungsdatum: 18.12.2015

ISBN 978-3-662-48704-04

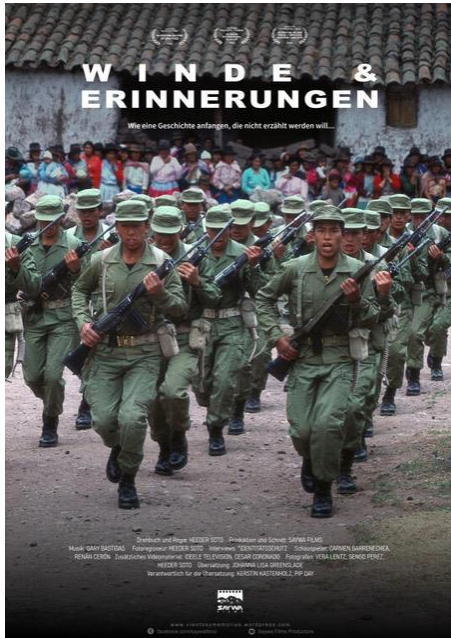
139,99 €

Das Werk beschäftigt sich mit der Frage, was genau unter indigenen Landrechten zu verstehen ist, wie sie im internationalen Vergleich realisiert werden, und ob der Schutz und die Durchsetzung indigener Landrechte in den einzelnen Ländern den völkerrechtlichen Mindestanforderungen entsprechen. Es bewegt sich hierbei auf der Schnittstelle zwischen öffentlichem Recht, Rechtsvergleichung und Völkerrecht. Im Ergebnis wird gezeigt, dass der Umgang der Staaten mit Landrechten indigener Völker den völkerrechtlichen Mindestanforderungen oftmals nicht entspricht. Ferner wird dargelegt, dass die Regierungen nicht auf die unterschiedlichen historischen Vorgehensweisen, durch die indigene Gebiete kolonisiert und indigene Völker in der Vergangenheit enteignet wurden, verweisen können, um eine Ungleichbehandlung indigener Völker in den unterschiedlichen Staaten oder in verschiedenen Regionen innerhalb ein und desselben Staates zu rechtfertigen. Stattdessen sind allein der politische Wille einer Regierung, die Einstellung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber indigenen Völkern und das Auftreten und die Organisation der indigenen Völker ausschlaggebend dafür, ob und in welchem Umfang diese ihre Rechte an ihren traditionellen Gebieten durchsetzen können.

Zur Autorin:

**Dr. Katja Göcke**, absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften an der Bucerius Law School in Hamburg und das LL.M.-Studium an der University of Sydney. Im Anschluss erfolgte eine mehrjährige Tätigkeit als Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. Sie arbeitet in einer Kanzlei als Rechtsanwältin im Außenwirtschaftsrecht.

# FILMTIPPS



**WINDE UND ERINNERUNGEN –**  
Wie eine Geschichte anfangen,  
die nicht erzählt werden will ...

**(Vientos & Memorias)**

Dokumentarfilm von Heeder Soto  
(Peru, 2022)

Zwischen 1980 und 2000 wurden im Bürgerkrieg zwischen der Guerilla-Organisation „Leuchtender Pfad“ und dem peruanischen Staat mehr als 90.000 Menschen ermordet. 28.000 Personen gelten bis heute als verschwunden, darunter auch der Vater von Heeder Soto. Besonders betroffen von diesem Konflikt war die indigene Bevölkerung in der Andenregion.

Bisher wurde über den Bürgerkrieg hauptsächlich aus Sicht der Opfer erzählt. Viele Fragen sind aber bis heute unbeantwortet. Heeder Soto, Sohn eines verschwundenen Vaters, versucht in seinem Dokumentarfilm, diese unbeantworteten Fragen aus der Sicht der Täter\*innen zu beleuchten, die auf verschiedenen Seiten zu den Waffen griffen. Im Film sehen wir Heeder Soto, wie er durch die Anden wandert auf der Suche nach den Spuren seines Vaters, begleitet von Wind und Nebel. Soto stellt sich den Täter\*innen und ihrer Verantwortung für die vielen Opfer. Er fragt sich: „Wer und wie war damals Feind, Opfer und Täter?“

„Winde und Erinnerungen“ wurde auf dem Film- und Kino Festival im August 2022 in Kolumbien und Peru gezeigt.

**Heeder Soto** ist Dokumentarfilmer, Ethnologe, Künstler und Menschenrechtsaktivist.

Länge des Films: 77 Min., Sprache: Spanisch, Quechua, mit deutschen Untertiteln

Trailer: <https://www.youtube.com/watch?v=VYgfkPaoMsY>

Interview mit Heeder Soto: <https://www.youtube.com/watch?v=srUQfZl0aa0>

Kontakt: [info@amnesty-peru-bolivien.de](mailto:info@amnesty-peru-bolivien.de)

Für Vorführungen als Amnesty-Gruppe bei freiem Eintritt fallen keine Lizenzgebühren an. Der Film wird zum Download bereitgestellt, Informationsmaterialien sind vorhanden.



**RHYTHM & RESISTANCE –  
Dokumentarfilm von Marco Keller  
in Kooperation mit Amnesty  
International**

Im Rundbrief von Mai 2021 hatten wir den Dokumentarfilm vorgestellt. Derzeit ist Marco Keller mit dem Film wieder bundesweit unterwegs, und die Doku kann mit oder ohne Regisseur für weitere Filmveranstaltungen gebucht werden.

RHYTHM & RESISTANCE ist ein Film für die kulturelle Vielfalt und die Achtung der Menschenrechte. Ein kämpferisches Porträt über den politischen Widerstand aus der brasilianischen Afro-Bewegung, der Bewegung von mutigen Frauen, Indigenen und LGBTQs.

Der Film erzählt die Geschichte von drei Protagonisten, die sich im Nordosten von Brasilien in der traditionellen Kulturszene engagieren. Bis zu dem Tag, an dem die Präsidentschaftswahlen im Land immer näher rücken. Auf einmal scheint nichts mehr wie zuvor und es gilt, den Populisten Jair Bolsonaro zu verhindern. Ein Film, der aufgrund der weltweiten Zunahme von rechtem Gedankengut und Rassismus eine hohe Aktualität hat. Dies gilt besonders 2024, in dem Jahr, in dem in den USA Präsidentschaftswahlen anstehen und auch in Europa rechtsgerichtete Parteien im Aufwind sind.

RHYTHM & RESISTANCE wurde 2022 mit dem zweiten Platz bei den Lateinamerikanischen Filmtagen in Leipzig ausgezeichnet.

Länge des Films: 95 Min., Sprache: portugiesisch mit deutschem Untertitel.

Homepage und Trailer unter: <https://www.coreoperation.de/rhythm-and-resistance>

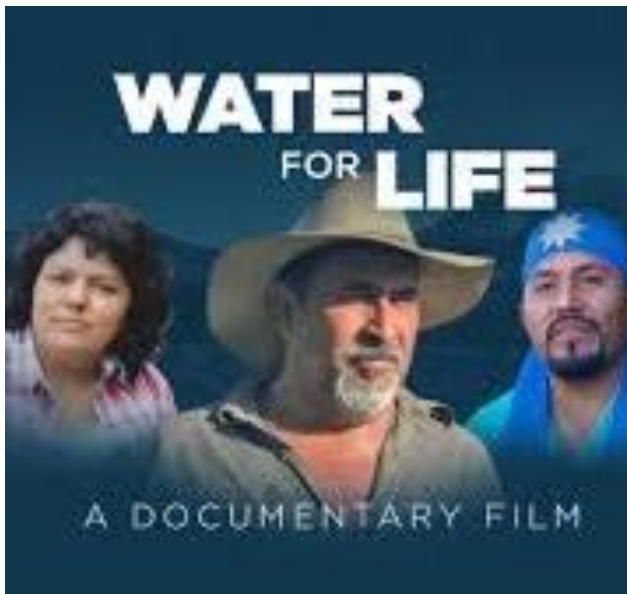
Kontakt: Marco Keller - E-Mail: [vertrieb@coreoperation.de](mailto:vertrieb@coreoperation.de) oder Tel.: (+49) 0179 - 2044834

-----

Im Rundbrief von Juni 2023 hatten wir den Dokumentarfilm „**THE TERRITORY**“ vorgestellt.

Im Januar 2024 ist er mit einem Emmy für außergewöhnliche Verdienste im Dokumentarfilmschaffen ausgezeichnet worden:

<https://news.mongabay.com/2024/01/grassroot-efforts-and-an-emmy-winning-film-help-indigenous-fight-in-brazil/>



**DOKUMENTARFILM**  
**„WATER FOR LIFE“**  
**(2023)**

Der Dokumentarfilm „Water For Life“ von Regisseur Will Parinello aus dem Jahr 2023 begleitet die Arbeit der indigenen Aktivist\*innen Alberto Curamil, Berta Cáceres und Francisco Pineda und ihren harten Kampf für Wasserrechte in Chile, Honduras und El Salvador.

Der Film beleuchtet ihren Aktivismus von allen Seiten und berichtet sowohl von unerwarteten Erfolgen vor Gericht als auch von Todesdrohungen und von dem Mord an Berta Cáceres.

Zu den Personen:

**Berta Cáceres** war eine Anführerin und Wasserverteidigerin der indigenen Lenca in Honduras, sie wurde am 02. März 2016 vor ihrem Haus ermordet. Seit ihrer Ermordung forderte Amnesty International, dass zu den Umständen ihres Todes unabhängige Ermittlungen, auch gegen die Hintermänner, durchgeführt werden, da vermutlich Staatsbedienstete involviert waren.

**Francisco Pineda** ist Landwirt in El Salvador, der gegen eine geplante Goldmine kämpfte, welche von *Pacific Rim*, einer US-amerikanischen Firma, finanziert wurde und die wertvolle Wasserressourcen vernichtet und das Wasser mit Zyanid vergiftet hätte.

**Alberto Curamil**, 2019 für sein Engagement mit dem Goldman-Preis ausgezeichnet, ist ein traditioneller Anführer (Lonko) der Mapuche in Chile. Gemeinsam mit anderen Anführer\*innen und Gemeindemitgliedern verteidigt er sein angestammtes Land gegen die Erschließung durch Forstunternehmen, welche auch den heiligen Fluss Rio Cautin bedrohen würde. Zuletzt wurde Curamil 2021 durch Schüsse von Polizeikräften verletzt, als sie ihn bei einer Demonstration verhafteten. Amnesty International hatte darüber berichtet.

Der Film möchte außerdem ein Augenmerk auf die steigende Anerkennung indigener Rechte lenken und wirbt für die Unterstützung der im Film gezeigten Kampagnen.

Momentan wird der Film weltweit auf Festivals gezeigt, u. a. in den USA und in Spanien. Man kann ihn aber schon jetzt für Filmvorführungen buchen.

Dies ist per E-Mail [info@waterforlife.film](mailto:info@waterforlife.film) oder über ein Formular auf der Webseite möglich:  
<https://waterforlife.film/watch-film/>

Sara Leman  
Koordinationsgruppe Chile/Venezuela



**YINTAH – bedeutet „Land“ und ist ein abendfüllender Dokumentarfilm über den Kampf der Wet'suwet'en Nation für ihre Souveränität.**

Es ist die Geschichte einer indigenen Nation, erzählt von zwei ihrer prominenten Sprecherinnen.

Der Film begleitet Howilhat, Freda Huson und Sleydo' Molly Wickham über mehr als ein Jahrzehnt bei der Rückeroberung und dem Schutz ihres angestammten Landes gegenüber der kanadischen Regierung und mehreren der größten Unternehmen für fossile Brennstoffe der Welt.

**Tsakë ze' Howilhat Freda Huson** ist Oberhaupt des Volkes der Unist'ot'en vom Wet'suwet'en C'ilhts'ëkhyu Clan. Im Jahr 2011 eroberte sie das angestammte Gebiet ihrer Familie zurück, um der Erschließung fossiler Brennstoffe zu trotzen, und wurde so zu einer anerkannten Führungspersonlichkeit im internationalen Kampf für die Souveränität indigener Völker.

Howilhat ließ ihr komfortables Leben hinter sich, um im Verlauf des durch Wet'suwet'en Land geplanten Gas-Pipeline-Korridors zu leben, und ebnete damit den Weg für andere Wet'suwet'en-Familien, ihr Land zurückzufordern. Mit Hilfe vieler Unterstützer\*innen baute sie ein Heilungszentrum für die Wet'suwet'en, um sich dort von der Gewalt des Kolonialismus erholen zu können. Für diese Arbeit ist sie international anerkannt und hat bei den Vereinten Nationen als Fürsprecherin für ihr Volk gesprochen.

**Tsakë ze' Sleydo' Molly Wickham** ist die Tochter eines Oberhauptes des Cas Yikh-Volkes des Gidimt'en-Clans. Seit zehn Jahren lebt sie mit ihrer Familie im angestammten Gebiet der Cas Yikh in einer Hütte, die strategisch günstig gebaut wurde, um einen idyllischen See vor dem Bergbau zu schützen. Nachdem sie jahrelang die Unist'ot'en unterstützt hatte, wurde Molly als ernannte Sprecherin des Gidimt'en Checkpoints auf nationaler Ebene bekannt. Als ihr Clan die Kontrolle über sein traditionelles Land zurückeroberte, stellte sie sich vor ihrer Haustür der Polizei entgegen und wurde zu einer anerkannten Ikone des Widerstands der Wet'suwet'en. Nachdem sie eine 55-tägige Blockade der Coastal GasLink-Pipeline angeführt hatte, erlebte sie aufgrund ihrer unerschütterlichen Verteidigung der Yintah gezielte staatliche Schikanen und anhaltende Kriminalisierung.

*Seit März 2024 wird der Film im In- und Ausland gezeigt und soll im Oktober 2024 auch von der BBC ausgestrahlt werden.*

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://www.yintahfilm.com/>

# INDIGENE KUNST

## BIENALE ARTE VENEZIG 2024

**BEI DER 60. AUSGABE DER BIENNALE ARTE IN VENEZIG UNTER DEM MOTTO „STRANIERI OVUNQUE“ (FREMDE ÜBERALL) HABEN INDIGENE KÜNSTLER DIE WICHTIGSTEN PREISE ERHALTEN.**

Mit dem Australier Archie Moore und der neuseeländischen Künstlergruppe Maori Mataaho Collective haben indigene Künstler die wichtigsten Preise erhalten.

Archie Moore erhielt den Goldenen Löwen für den besten nationalen Beitrag. In seiner Ausstellung beschäftigt sich Moore mit der Geschichte der Aborigines, zu denen er selbst gehört. Er ist Nachfahre der indigenen Kamilaroi und Bigambul. Moore gestaltete unter dem Titel "kith and kin" (aus dem Mittelenglischen etwa: "Freunde und Familie") den australischen Pavillon. Er zeichnete mit Kreide einen monumentalen Stammbaum der First Nations. So sind 65.000 Jahre Geschichte (sowohl aufgezeichnete als auch verlorene) in die dunklen Wände und an die Decke eingraviert und fordern den Betrachter auf, Lücken zu füllen und die inhärente Zerbrechlichkeit dieses traurigen Archivs in sich aufzunehmen. In einem Wassergraben schwimmend liegen redigierte offizielle Staatsakten, die Moores intensive Forschung sowie die hohe Inhaftierungsrate der Bevölkerung der First Nations widerspiegeln. Diese Installation zeichnet sich durch ihre starke Ästhetik, ihre Lyrik und ihre Beschwörung des gemeinsamen Verlusts für verborgene Vergangenheiten aus. Mit seinem Inventar aus Tausenden von Namen bietet Moore auch einen Schimmer einer Möglichkeit zur Erholung.

Den Preis für den besten Künstler erhielt das Maori Mataaho Collective. Die Künstlergruppe besteht aus vier Maori-Frauen aus Aotearoa in Neuseeland. Das Maori Mataaho Collective hat eine leuchtende gewebte Struktur aus Bändern geschaffen, die den Galerieraum poetisch durchziehen. Die Installation bezieht sich auf matrilineare Textiltraditionen mit ihrer gebärmutterähnlichen Wiege und ist sowohl eine Kosmologie als auch ein Schutzraum. Sein beeindruckendes Ausmaß ist eine technische Meisterleistung, die nur durch die kollektive Stärke und Kreativität der Gruppe möglich wurde. Das schillernde Schattenmuster, das auf die Wände und den Boden geworfen wird, erinnert an die Techniken der Vorfahren und weist auf die künftige Verwendung dieser Techniken hin.

Die farbenprächtige Fassade des zentralen Pavillons der Hauptausstellung wurde mit Symbolen des brasilianischen Mahku-Kollektivs gestaltet, das dem indigenen Amazonas-Volk der Huni Kuin angehört.